

77. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 17. Dezember 2008

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Vizepräsidentin	5689	3. Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes	
1. Regierungserklärung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in Brandenburg		Gesetzentwurf des Präsidenten des Landtages	
Ministerpräsident Platzeck	5689	Drucksache 4/6855	
Frau Kaiser (DIE LINKE)	5696	<u>2. Lesung</u>	
Baaske (SPD)	5701	Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses	
Frau Hesselbarth (DVU)	5706	Drucksache 4/7029	5713
Lunacek (CDU)	5709		
Frau Kaiser (DIE LINKE)	5712	4. Gesetz über die Erhebung von Steuern durch Kirchen und andere Religionsgemeinschaften im Land Brandenburg (Brandenburgisches Kirchensteuergesetz - BbgKiStG)	
Baaske (SPD)	5713	Gesetzentwurf der Landesregierung	
2. Gesetz zur Neuregelung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg		Drucksache 4/6872	
Gesetzentwurf der Landesregierung		<u>2. Lesung</u>	
Drucksache 4/6419		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur zur 2. Lesung		Drucksache 4/7033	5714
Drucksache 4/6894			
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur			
Drucksache 4/6968	5713		

	Seite		Seite
5. Gesetz zur Neuorganisation der Landesforstverwaltung des Landes Brandenburg		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Drucksache 4/7009	
Drucksache 4/6784		Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	
<u>2. Lesung</u>		Drucksache 4/7008	5720
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz		Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	5720
Drucksache 4/6965		Frau Stark (SPD)	5721
Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE		Claus (DVU)	5722
Drucksache 4/7051	5714	Petke (CDU)	5723
Frau Wehlan (DIE LINKE)	5714	Minister des Innern Schönbohm	5724
Frau Gregor-Ness (SPD)	5715	8. Gesetz zu dem Dritten Staatsvertrag vom 28. November 2008 zur Änderung des Staatsvertrages über den Ostdeutschen Sparkassenverband	
Schulze (DVU)	5716	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Helm (CDU)	5717	Drucksache 4/6997	
Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke	5717	<u>1. Lesung</u>	5725
Frau Wehlan (DIE LINKE)	5719	9. Bundesratsinitiative zur Senkung der Umsatzsteuer	
6. Erstes Gesetz zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes des Landes Brandenburg		Antrag der Fraktion der DVU	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Drucksache 4/6981	5725
Drucksache 4/6865		Frau Hesselbarth (DVU)	5725
<u>2. Lesung</u>		Dr. Niekisch (CDU)	5726
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz		Frau Hesselbarth (DVU)	5726
Drucksache 4/6966	5720	Anlagen	
7. Sechstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes		Gefasster Beschluss	5728
Gesetzentwurf der Landesregierung		Gefasster Beschluss zur 75. Sitzung am 19. November 2008	5728
Drucksache 4/6677		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
<u>2. Lesung</u>			

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 77. Sitzung des Landtages Brandenburg. Ich gehe davon aus, dass alle die, die heute hierherkommen wollten, es inzwischen auch geschafft haben. Wir dürfen uns dafür beim Kampfmittelbeseitigungsdienst, beim Zentraldienst der Polizei Zossen bedanken. Die Kolleginnen und Kollegen vom Munitionsbergungsdienst haben gute Arbeit geleistet.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr verehrte Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Ihnen mitteilen, dass Herr Sarrach mit Ablauf des 30. November 2008 auf seine Mitgliedschaft im Landtag Brandenburg verzichtet hat und dass Herr Matthias Loehr mit Wirkung vom 1. Dezember 2008 Mitglied des Landtages Brandenburg geworden ist. Er gehört der Fraktion DIE LINKE an. Herzlich willkommen, Herr Loehr!

(Allgemeiner Beifall)

Gibt es von Ihnen Bemerkungen zum vorliegenden Entwurf der Tagesordnung? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Deshalb möchte ich über diese abstimmen lassen. Wer mit der heutigen Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Tagesordnung ist einstimmig bestätigt. Wir verfahren also danach.

Bevor wir in den Tagesordnungspunkt 1 eintreten, begrüße ich ganz herzlich Schülerinnen und Schüler des Politikurses der Jahrgangsstufe 12 des Einstein-Gymnasiums Potsdam. Herzlich willkommen hier im Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne **Tagesordnungspunkt 1:**

Regierungserklärung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in Brandenburg

Herr Ministerpräsident Platzeck erhält das Wort. Bitte schön!

Ministerpräsident Platzeck:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zeiten sind zweifelsohne ernst. Die internationalen Finanzmärkte sind in diesem Herbst in eine Krise geraten, wie sie die Welt seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Die Folge dieser Krise ist ein scharfer Wachstumseinbruch, ein qualitativ ganz anderer Wachstumseinbruch, als wir ihn in einem auslaufenden Konjunkturzyklus normalerweise hätten erwarten können. Die Weltwirtschaft steht mit Sicherheit vor der schwersten Bewährungsprobe seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Krise macht um unser Land, um Brandenburg, selbstverständlich keinen Bogen; denn auch unsere Unternehmen agieren auf offenen Weltmärkten. Es ist deshalb logisch, dass unsere Wirtschaft von den konjunkturellen Folgen der internationalen Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen wird. Mitten hinein

in die besinnliche Vorweihnachtszeit müssen wir also am heutigen Nachmittag über ein Thema sprechen, das alles andere als erbaulich ist. Sie können sicher sein, auch mir wäre es lieber, heute eine andere Erklärung abgeben zu können bzw. dass eine solche nicht nötig gewesen wäre.

Die Politik steht in diesen Wochen und Monaten vor erheblichen Herausforderungen. In dieser Lage haben die Brandenburger ein Recht, zu erfahren, was ihre Landesregierung zur gegenwärtigen Krise sagt, und die Landesregierung hat die Pflicht, Orientierung zu geben. Die Bürger in unserem Lande wollen wissen, ob die Regierung in den kommenden Monaten mit Entschiedenheit an ihrer Seite steht, und sie wollen wissen, welchen Beitrag wir leisten, um die Konsequenzen der Krise abzufedern. In dieser Situation darf eine Regierung weder schweigen, noch darf sie schönfärben. Sie können sicher sein, wir werden weder das eine noch das andere tun.

Allerdings will ich auch gleich am Anfang sagen: Bangemachen gilt auch in einer solchen Situation nicht. Mit Bangemachen ist niemandem wirklich gedient. - 2009 wird nach allem, was absehbar ist, kein einfaches Jahr. Aber ob es gleich ein Jahr der durchweg schlechten Nachrichten wird, wie es die Kanzlerin angekündigt hat, bin ich mir nicht sicher. Ich glaube, eine solche generelle Ankündigung nimmt ein Stück zu viel Motivation und Zuversicht. Beides werden wir in diesem Jahr dringend brauchen, um die Herausforderungen gut meistern zu können.

Meine Damen und Herren! Unser gemeinsames Ziel darf nicht sein, diese Krise irgendwie zu überstehen. Unser Ziel muss es sein, mit neuen Chancen auf den Weg des Wachstums zurückzukehren. Mit dieser Art von Herausforderungen haben wir in unserem Land einige Erfahrungen. Jeder, der sich an die Situation von 1990 und die schweren Jahre danach erinnert, kann das - denke ich - bestätigen. Hier wurde länger gearbeitet als anderswo. Hier wurden weitere Wege zur Arbeit in Kauf genommen als anderswo. Wir haben nicht wenige Rückschläge erlitten und sind wieder aufgestanden. Das macht uns auch stärker, als wir in den Jahren vorher waren. Wir haben außerdem gelernt, dass andere auf dieser Welt auch nur mit Wasser kochen.

Ich glaube, wir haben keinen wirklichen Grund für Furcht oder Kleinmut, sondern wir haben in diesem Land auch gute Voraussetzungen, um die Krise zu meistern. Wir haben in Brandenburg in den vergangenen Jahren durchaus beträchtliche Erfolge erzielt. Wir haben in der Förderpolitik die Weichen richtig gestellt. Die Arbeitslosenzahl im Lande ist erheblich gesunken. Unsere Industrie ist wettbewerbsfähig und exportstark. Moderne Unternehmen haben in Brandenburg investiert und Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben inzwischen einen wirklich vitalen Mittelstand, und wir haben - im Vergleich gesehen - eine hervorragende Infrastruktur. Auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien sind wir weiter als die anderen Bundesländer. Wir sind dabei, unser Bildungssystem systematisch zu verbessern. Wir haben in den vergangenen Jahren den Landeshaushalt konsequent in Ordnung gebracht. Ich glaube, wir können mit Fug und Recht am Ende dieses Jahres sagen: Brandenburg ist zu einem Land im Vorwärtsgang geworden.

Wir haben vor vier, fünf Jahren auf die Erneuerung aus eigener Kraft gesetzt, und wir haben in Brandenburg alle zusammen gezeigt, dass diese Erneuerung aus eigener Kraft gelingen kann.

Daran haben viele mitgewirkt: unsere gut ausgebildeten, leistungsbereiten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aktive Unternehmer, tatkräftige Handwerker, Betriebsräte, Gewerkschaften, Verbände, engagierte Lehrer und Forscher in unserem Lande, Studenten, Schüler und Eltern und - nicht zu vergessen - tatkräftige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus allen demokratischen Parteien.

All das hat dazu beigetragen, dass sich in Brandenburg eine Kultur des Zusammenhalts entwickelt hat. Immer mehr Menschen haben erkannt: Wir sitzen in Brandenburg im selben Boot. Genau diese kollektive Einsicht macht durchaus eine Stärke unseres Landes deutlich. Das, was in Brandenburg an neuem Zusammenhalt entstanden ist, wird uns dabei helfen, die vor uns liegende schwierige Wegstrecke zu bewältigen.

Was genau liegt vor uns? - Meiner Ansicht nach lässt sich das gesamte Ausmaß, mit der sich die Volkswirtschaften der Welt auseinandersetzen müssen, gegenwärtig noch nicht einschätzen. Helmut Schmidt hat erklärt, wir hätten es mit einer Weltrezession zu tun. Diese weist einen Unterschied zu vergangenen Rezessionen auf: Wenn heute etwas geschieht, ereignet es sich - per Internet ist man überall innerhalb einer Stunde informiert - auf der ganzen Welt. Derjenige, der am Morgen die Börsen Nachrichten verfolgt, kann dies gut beobachten. Schließlich wird darauf geschaut, was einige Stunden zuvor auf der anderen Seite der Weltkugel geschehen ist.

Fakt ist: Bis die Finanzmärkte in geordneten Bahnen verlaufen, wird es noch längere Zeit dauern. Niemand kann seriös prognostizieren, wie drastisch die Rezession ist und wie lange sie andauern wird. Dennoch ist Angst niemals ein guter Berater. Was uns dabei klüger macht, sind die gesammelten eigenen Erfahrungen. Aus diesem Grund müssen wir darüber sprechen, was in Brandenburg als Nächstes zu tun ist, um die Krise so gut wie möglich zu bewältigen.

Der Erkenntnisgewinn mit Blick auf das große Ganze ist eindeutig. Die Rezession, die nun die Realwirtschaft erfasst, ist kein Naturereignis - dies sollten wir uns verdeutlichen -, sondern wurde von Menschen gemacht und ist das Resultat der Ideologie vollständig freier Märkte. Diese Ideologie hat sich aus meiner Sicht ein für allemal endgültig als untauglich erwiesen.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Was waren denn die Botschaften? - Die Botschaften der vergangenen Jahre lauteten immer gleich: Wirtschaft wird von der Wirtschaft betrieben! Staat, halt' dich heraus! - Dies hat - bis das dicke Ende kam - vor allem den Lehman Brothers dieser Welt genutzt. Sie haben uns immer wieder erklären wollen, wie Wirtschaft tatsächlich funktioniert. Jetzt, in der Krise sind sie jedoch kleinlaut geworden. Sie sind fast nicht mehr zu vernehmen. Die Folgen ihres Handelns sind jedoch dramatisch und müssen von anderen ausgebadet werden.

Von unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erwarten wir allenthalben und überall ganz selbstverständlich Vernunft, Anstand und Verantwortungsgefühl. In einigen der Etagen der Lehman Brothers dieser Welt wurden jedoch die Worte Vernunft, Anstand und Verantwortungsgefühl in den vergangenen Jahren zu Fremdwörtern. Die Bürger haben nicht zu Unrecht das Gefühl - das hört man von früh bis spät an allen Ecken des Landes -, die Zeche zahlen zu müssen. Dies macht sie wütend, was sehr verständlich ist.

Die Finanzkrise zeigt, was geschieht, wenn Geld versucht, die Welt zu regieren, und wenn der ungehemmte Wettbewerb sowie die Ideologie der rücksichtslosen Gewinnmaximierung herrschen. Die Herrschaft der marktradikalen Ideologie ist mit lautem Knall zu Ende gegangen. Ich wünsche mir, dass sie nie wiederkehrt.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Diese Ideologie führte dazu, dass den Bürgern in Amerika - ohne Rücksicht auf deren Leistungsfähigkeit - bis vor kurzem komplett kreditfinanzierte Hauskäufe - natürlich mit Blick auf damit verbundene Provisionen für die Kreditvermittler - aufgeschwätzt wurden. Diese Ideologie führte dazu, dass im Bankgeschäft Eigenkapitalrenditen in Höhe von bis zu 25 % die normale Messlatte des Geschäftserfolgs wurden, auch wenn Volkswirtschaften zugleich nur um 2 bis 3 % gewachsen sind. Diese Ideologie führte auch dazu, dass Bankmanager vor allem dann erfolgsorientierte Bonuszahlungen erhalten haben, wenn sie besonders waghalsige, kurzfristige und abstrakte Geschäfte abgeschlossen haben.

In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten haben viele Investorengruppen ausgesprochen ruppig - völlig unbeeindruckt von den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - agiert. Ich erinnere nur an die McKenzies dieser Welt: Egal, wohin sie kamen, wurde stets davon gesprochen, 10 % Rendite reiche nicht aus, schließlich könne man auch 20 % herausholen. - Dies haben wir in unserem Land leider erleben müssen. Hier sei an den Verkauf von Grohe in Herzberg erinnert. Dort reichten 15 % Rendite angeblich nicht aus, weil man auch 20 % hätte bekommen können.

Diese Ideologie führte auch dazu, dass sich in Deutschland der Kapitalmarkt auf extrem komplizierte Finanzprodukte wie Zertifikate stürzte, deren Funktionsweise - wie wir heute wissen - nicht einmal die damit handelnden Banker verstanden und durchschaut haben. Sie haben Anlageempfehlungen ausgesprochen, für die sich ein ehrlicher Kaufmann hätte schämen müssen. Jedoch gehört zur Ehrlichkeit der Situationseinschätzung - dies muss klar sein -, dass Käufer den Zusammenhang von hoher Renditeerwartung und hohem Risiko zu leichtfertig verdrängt haben. Schließlich können gierige Banker nur erfolgreich sein, wenn gierige Kunden vorhanden sind - dies muss so deutlich gesagt werden -, denn sonst würde das System nicht funktionieren.

Die Konsequenz aus all dem ist heute unübersehbar. Wir befinden uns - ich denke, mit der Aussage greift man nicht zu hoch - mitten in einem epochalen Umbruch. Ein Zurück zur alten Tagesordnung des zügellosen Kapitalismus wird es nicht geben. Es ist die Zeit des Neubeginns, es ist auch die Zeit des neuen Denkens. Aus dem Kollaps eines Finanzsystems, das Altbundeskanzler Helmut Schmidt zutreffend als Raubtierkapitalismus bezeichnet, müssen wir nun - das ist unsere Pflicht - die richtigen, zukunftssträchtigen Schlüsse ziehen. Helmut Schmidt schreibt in seinem jüngsten Buch:

„Keine Marktwirtschaft und kein Markt schafft automatisch Marktordnung, Wettbewerbsordnung und soziale Gerechtigkeit. Überall muss die Regierung für Ordnung sorgen, nirgendwo kommt Ordnung von selbst.“

„Nirgendwo kommt Ordnung von selbst.“ - Diese grundlegende Einsicht haben die Anhänger der Deregulierung in den ver-

gangenen Jahren systematisch verdrängt und vergessen. Ich wünsche mir und uns allen, dass sie aus den Erfahrungen der vergangenen Wochen und Monate neue Schlüsse ziehen.

An dieser Stelle möchte ich jedoch davor warnen, der Versuchung nachzugeben, das Kind jetzt - weil die Situation ist, wie sie ist - mit dem Bade auszuschütten. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass in diesen Tagen an einigen Stellen auch klammheimliche Freude - zum Teil offen ausgelebte Freude - über den Ausbruch der Krise herrscht. Da und dort erhoffen sich einige, dass an die Stelle der marktwirtschaftlichen Ordnung nun doch wieder eine Form des real-staatssozialistischen Systems treten könnte.

Wir müssen uns bewusst machen, dass es Marktideologen und absoluten Verstaatlichungsideologen um etwas anderes geht: Es geht inzwischen längst um das Recht behalten.

Es geht darum, Recht zu behalten, statt um das Wohlergehen wirklicher Menschen aus Fleisch und Blut. Beide Seiten verkünden sogenannte ewige Einsichten, ewige Wahrheiten, was einen immer skeptisch machen sollte, wenn so etwas verkündet wird. Wenn dann verheerende Folgen eintreten - das haben wir auf dieser Welt mehrfach erlebt und erleben es jetzt gerade wieder -, erklären sie sich für deren Eintreten für restlos unzuständig; damit haben sie nichts zu tun bzw. haben es nicht gewollt.

So leicht darf und wird es sich diese Landesregierung nicht machen. So leicht werde ich es mir auch selber nicht machen. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die wir für die Bürger dieses Landes tragen. Darum müssen wir gründlich, sehr gründlich hinsehen und die Konsequenzen unseres Handelns so gut wie irgend möglich ab- und einschätzen.

Das, was wir heute wissen, ist: Unrettbar in die Krise geraten ist eine bestimmte Form von regellosem Kapitalismus. Ich sage genauso klar: In der Krise steckt ausdrücklich nicht das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. In die Krise geraten ist auch nicht das Prinzip eines sozial verantwortlichen Unternehmertums, das glücklicherweise auch bei uns im Land Brandenburg breit vertreten ist. Im Gegenteil, das sozial verantwortliche Unternehmertum werden wir in den kommenden Jahren dringend brauchen, um die Fehlentwicklungen in der vergangenen Zeit zu korrigieren. Denn eines steht, glaube ich, für uns alle fest: Der Markt darf kein Selbstzweck sein, er darf kein Ort sein, an dem sich Rücksichtslose durchsetzen können. Wirtschaft ist nicht alles, und eine Wirtschaft, die nicht den Menschen dient, hat schlicht und einfach ihre Bedeutung, ihre wirkliche Bestimmung verfehlt.

Die richtige Antwort auf die jetzige Entwicklung liegt aber in der Luft, wir können sie spüren; man hat sie im Bauch, aber auch im Kopf. Das Soziale und das Demokratische sind die Richtschnüre für die künftige Entwicklung, für unser Handeln. Sozial und demokratisch muss unsere Gesellschaft organisiert und geführt werden, sonst funktioniert sie nicht, meine Damen und Herren. Das haben die letzten Jahre ganz klar gezeigt.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE sowie vereinzelt bei der CDU)

Ich bin mir sicher, das gilt für unser Land, das gilt für Europa, das gilt für die ganze Welt.

Wir brauchen künftig eine wirksame Kontrolle auf den Finanzmärkten. Das heißt, alle Bankrisiken müssen transparent werden. Selbstverständlich wird es viele Geschäfte nicht ohne Risiko geben. Die Frage ist, ob diese Risiken auch transparent erkennbar dargestellt werden. Die nationale und die europäische Aufsicht müssen gestärkt werden. Wir sollten - ich halte das für dringend überfällig - wirklich eine internationale Bankenaufsicht schaffen. Rating-Agenturen müssen strengen Standards und Maßstäben unterworfen und schärfer kontrolliert werden.

Man muss sich mal überlegen, dass Rating-Agenturen eingerichtet wurden, um Wirtschaftsabläufe sicher zu machen, um zu sagen, wenn einer mit dreimal A geratet ist, kann man vertrauen. Genau sie waren mit die Achillesferse für die Entwicklung, weil vorwiegend Einrichtungen gegen die Wand gefahren sind, die dreimal A geratet waren.

Es muss verboten werden, riskante Finanzprodukte zu verkaufen, ohne die Risiken selbst abzusichern. Meinetwegen soll jemand solche Produkte herstellen und verkaufen, aber er muss die Risiken bei sich absichern und darf sie nicht neben die Bilanz stellen. Auch das haben wir massenweise gehabt. Ich bin auch der festen Überzeugung - auch wenn das mancher als einen schönen Sport sieht -, spekulative Leerverkäufe sollten schlicht und einfach verboten werden, nicht konditioniert, sondern einfach verboten werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Neben einem regulierten Finanzmarkt brauchen wir einen vorsorgenden Sozialstaat, einen Sozialstaat, der systematisch in die Fähigkeiten der Menschen investiert, ihnen aber zugleich auch verlässlichen Schutz bietet. Das alles sind Konsequenzen, die wir aus der Krise ziehen müssen.

Lassen Sie mich zur deutschen und auch zur brandenburgischen Sicht kommen. Nicht nur - auch das gehört zur Komplexität, aber auch zur Ehrlichkeit - amerikanische Banken, auch deutsche Banken haben in den vergangenen Jahren erhebliche Fehler gemacht. Risiken sind falsch eingeschätzt worden oder wurden übersehen. Das Vertrauen in die Branche hat erheblich gelitten. Nur 22 % der in einer Umfrage des Bundesverbandes Deutscher Banken Befragten haben gesagt, dass ihr Vertrauen in die Banken in den letzten Monaten nicht gelitten habe - nur noch 22 %. Es muss also den Banken auch daran gelegen sein, Vertrauen zurückzuerlangen.

Es ist nicht einfach, den Menschen zu erklären, warum nun ausgerechnet für Banken über Nacht milliardenschwere Rettungspakete geschnürt worden sind, für Banken, die in den vergangenen Jahren Milliardengewinne gemacht haben. Das fällt schwer zu erklären, und das wird uns weiter schwerfallen zu erklären, meine Damen und Herren.

Aber wem auch immer wir die Verantwortung zuweisen, wir alle, die gesamte Volkswirtschaft können auf Banken und auf Finanzmärkte nicht verzichten. Ich glaube, das hat sich auch bei allen hinreichend verklärt. Sie versorgen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger mit Kapital, sie stellen Spar- und Anlageformen auch für die Alterssicherung bereit; letztlich sind sie der Blutkreislauf des Wirtschaftssystems. Das muss man sich auch in dieser schwierigen Situation klarmachen. Wenn der nicht mehr funktioniert, ist der Organismus am Ende. Es geht ohne Banken nicht.

Das Rettungspaket ist deshalb nicht für Banker gemacht, sondern es ist für die Volkswirtschaft gemacht und eben auch für viele kleine, mittlere und große Unternehmen und für Sparerinnen und Sparer. Dafür ist das Rettungspaket gemacht. Die Alternative wäre gewesen, Montag früh um 9 vor der Bank zu stehen und keinen Pfennig Geld mehr ausgezahlt zu kriegen, weil alles weg ist.

Wir werden allerdings in Zukunft auf die Seriosität der Banken genauer achten müssen. Vertrauen können sich die Banken zurückerwerben, wenn sie ihrer Aufgabe wieder nachkommen, nämlich, schlicht und einfach die Wirtschaft mit Darlehen zu bedienen.

Wir hören mittlerweile von Wirtschaftsvertretern, Kammern und Unternehmern Bedenkliches genau in dieser Frage und in dieser Richtung. Geldinstitute sind zurückhaltend, der Interbankenverkehr funktioniert immer noch nicht, und es werden zu wenig Kredite vergeben. So tragen aus meiner Sicht die Banken momentan dazu bei, die Realwirtschaft noch zusätzlich in Bedrängnis zu bringen. Die Kanzlerin hat mit ihrer Kritik Recht:

„Erst hat die Regierung die Banken mit einem Rettungspaket gestützt, jetzt kommen sie ihrer Aufgabe nicht nach.“

Ich möchte auch von hier aus noch einmal an alle Banken, auch an die Banken in unserem Land, sehr deutlich appellieren: Leisten Sie Ihren Beitrag in dieser komplizierten Situation, leisten Sie Ihren Beitrag zum Gemeinwohl, und kommen Sie Ihrer Aufgabe nach, stärken Sie der Wirtschaft vor Ort den Rücken! Die Wirtschaft braucht es gerade jetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vertreter der Deutschen Bank haben vor wenigen Stunden genau dies zugesagt. Darüber bin ich froh. Mir wurde auch gesagt, man habe aus den Fehlern, die auch diese große Bank Anfang des Jahrzehnts gemacht habe, unter anderem der Rückzug aus der Fläche - das muss man ja auch mal klar sagen -, gelernt und wolle ihn nicht wiederholen.

Lassen Sie mich ein Wort zu den Sparkassen sagen. Die Sparkassen zeichnen sich auch in diesen Zeiten als verlässliche Partner gerade der mittelständischen Wirtschaft aus. Sie werden als kommunal verankerte Kreditinstitute ihrer Verantwortung in der Region gerecht, sie kümmern sich um die Region, damit die Menschen etwas davon haben. Wir sehen heute sehr deutlich, dass das deutsche Bankenmodell mit starken Sparkassen und Genossenschaftsbanken ein wichtiger Baustein zur Bewältigung der Finanzkrise in unserem Land ist. Wir sollten daran auch nicht mehr rütteln lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Stabilisierung des Geldkreislaufs ist unser wichtigstes Instrument, um die Wirtschaft insgesamt durch die Krise zu führen. Das Erfolgskriterium kann man ganz klar beschreiben, Vizekanzler Steinmeier hat es mit drei Begriffen beschrieben: Beschäftigung, Beschäftigung, Beschäftigung.

Das Maßnahmenpaket des Bundes, Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung, soll in diesem Sinne Impulse für

Investitionen geben. Es geht darum, mit gezielten Förderungen Unternehmen, Kommunen, aber auch Privathaushalte zu Investitionen in Höhe von rund 25 Milliarden Euro anzuregen.

Ich verhehle auch nicht, dass man sich vortrefflich darüber streiten kann, ob die verbesserte Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen und eine zeitlich befristete Kfz-Steuerbefreiung wirklich so wirkungsvoll, so impulsgebend sind oder einfach an manchen Stellen auch nur Mitnahmeeffekte auslösen. Vielleicht hätte man sinnvollerweise eine Verschrottungsprämie für Autos einführen sollen. Auch die Debatte ist ja gelaufen und läuft weiter. Aber, meine Damen und Herren, das ist schon ein bisschen Beckmesserei; das sehe ich auch ein. Das Paket bleibt trotzdem ein richtiges Signal in dieser Zeit. Deshalb haben wir im Bundesrat auch zugestimmt.

Unser Beitrag - der brandenburgische Beitrag - zu diesem Impulspaket für die Periode bis 2012/13 beläuft sich dabei - auch das darf man nicht verschweigen - auf ca. 250 Millionen Euro. Das ist für uns kein kleiner Betrag. Das will ich ganz klar sagen. 250 Millionen Euro ist, wie ich denke, an der Stelle richtig eingesetztes Geld. Lassen Sie mich, wenn wir bei den Finanzen sind, auf das schöne, viel diskutierte Thema - wir werden Weihachten auch noch Emotionen erleben - Steuern eingehen.

Ich sage hier ganz klar: Ich bin gegen Konsumgutscheine, weil ich glaube, dass sie eher Strohfeuer auslösen. Man muss nur einmal Einzelhändler fragen, wie das Handling sein sollte: Wenn ein 500-Euro-Schein mit 200 Euro Zuzahlung nicht komplett eingelöst wird, sondern nur 320 Euro mit 124 Euro Zuzahlung eingelöst werden, wie soll man dann zum nächsten gehen? Ich halte nichts davon.

Ich halte aber auch nichts davon, wenn der Staat heute auf Steuereinnahmen verzichten soll. Wir werden gerade in den nächsten ein, zwei Jahren dringend einen handlungsfähigen Staat brauchen. Man kann sagen: So wertvoll war er selten. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, und ein handlungsfähiger Staat muss konzentriert und aktiv agieren können. Dieses Geld würde uns für wichtige Investitionen an vielen Stellen fehlen, würde aber bei nicht wenigen nur zur Erhöhung der Sparquote führen. Auch das muss man ganz nüchtern sagen.

Dieser Entlastungseffekt würde sich mit Sicherheit auch nur auf einen Teil der Bevölkerung konzentrieren. Rentner, einkommensschwache Familien, Familien mit Kindern würden davon am wenigsten profitieren. Sie wären diejenigen, die das Geld als erste ausgeben und in den Kreislauf bringen würden. Deshalb halte ich diese Idee nicht für eine wirklich zielführende.

(Beifall bei SPD und CDU)

Viel besser kann das Geld am Markt wirken, wenn wir damit wirklich nachhaltige Investitionen tätigen. Ich glaube aber nicht, dass es unbedingt vieler neuer Programme bedarf. Wir sollten die vorhandenen Strukturen nutzen und Finanzmittel gezielt einbringen. Das Erfinden komplett neuer Programme würde zu viel Zeit verstreichen lassen, die wir im Moment nicht haben.

Meine Damen und Herren, wir bereiten uns im Moment auf eine Marktschwäche vor, die Brandenburg erst in einigen Monaten wahrscheinlich mit voller Kraft erreichen wird. Dann müssen Maßnahmen laufen. Dann dürfen wir nicht mehr in der Fin-

dungs- oder Erfindungsphase sein. Deshalb sollten wir - auch das halte ich für zeitgemäß - bei den gesetzten Prioritäten bleiben: Bildung, Wissenschaft, Klimaschutz, Energieeffizienz und Infrastruktur.

Die Neuausrichtung unserer Förderpolitik - das Stichwort lautet regionale Wachstumskerne - hat uns deutlich vorangebracht und hat sich bewährt. Wir müssen aus meiner Sicht angesichts der Herausforderungen der Krise nicht weniger, sondern noch stärker auf Zukunftsbranchen setzen.

Ich bin überzeugt: Mit Investitionen in Energieeffizienztechnologien, in erneuerbare Energien, in Recycling und Abfallwirtschaftstechnologien, aber auch in Mobilität und Verkehrstechnologien werden wir die Märkte der Zukunft erobern. Wenn wir schon die Krise haben, sollten wir sie so nutzen, dass wir danach besser aufgestellt sind als vorher, weil es ein Leben nach der Krise geben wird. Wir sollten heute Investitionen tätigen, die keine Strohfeuer entfachen, sondern durch die wir danach besser aufgestellt sein werden.

(Beifall bei der SPD)

In einigen Bereichen, zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien oder auch der CO₂-Abscheidungstechnologie, sind wir heute schon - das gilt europa- und teilweise weltweit - ganz vorn. Das müssen wir aufbauen.

Außerdem kommt es uns zugute, konsequent auf den Aufbau einer leistungsstarken Wissenschaftslandschaft gesetzt zu haben: Innovation, neue Technologien, wirtschaftliche Entwicklung brauchen Wissenschaft. Hier beginnen wir nicht bei null. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir auf den Schwerpunkt Energieforschung und Förderung der Energietechnologie gesetzt.

Lassen Sie mich nur das Verbundprojekt Geoenergie nennen, in dem die Forschungskompetenzen der BTU, des GFZ und der Universität Potsdam gebündelt sind. Auch die in Brandenburg geschaffene Klimaplattform als bundesweit derzeit einmaliges Netzwerk von Forschungseinrichtungen und Hochschulen ist ein herausragendes Beispiel für zukunftsorientierte Forschung.

Ich möchte mit diesen wenigen Beispielen nur zeigen: Wir tun, was in unserer Kraft steht. Unsere Kraft ist nicht unendlich groß. Wir sind kein großes Land. Dazu gehört alles. Dazu gehört vor allem, weiterhin in die Zukunft unseres Landes zu investieren. Ich finde, es ist keine Nebenbemerkung, wenn wir feststellen, dass im nächsten Jahr in unserem Landeshaushalt 1,8 Milliarden Euro für Investitionen bereitstehen. 1,8 Milliarden Euro! Das ist pro Kopf gerechnet - das sind ungefähr 700 Euro pro Bürger - mehr als in den meisten Ländern der Bundesrepublik - deutlich mehr, wie man an dieser Stelle sagen muss.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Stärken in unserem Land. Jetzt müssen wir diese Stärken mobilisieren. Wir haben ein Investitionspaket geschnürt. Jetzt müssen wir es umsetzen. Die Landesregierung hat unter Federführung von Ulrich Junghanns gemeinsam mit der Investitionsbank bereits konkrete Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft auf den Tisch gelegt. Die Maßnahmen beinhalten erstens ein Sonderkreditprogramm zur Liquiditätssicherung auf der Basis des von der ILB des Landes angebote-

nen Brandenburg-Kredits. Es geht uns darum, den Unternehmen zu helfen, Gesamtfinanzierungen für Investitionsvorhaben darzustellen. Deshalb wird die ILB Hausbanken bei der Investitionssicherung unterstützen.

Zweitens: Globaldarlehen und Einzelfinanzierung zur Investitionssicherung. Die Investitionsbank wird das Bürgschaftsinstrumentarium zur Überbrückung von Finanzierungsengpässen bei Betriebsmitteln und Anschlussfinanzierung verstärken.

Drittens: Die Bereitstellung von Risikokapital und Nachrangdarlehen zur wichtigen Eigenkapitalstärkung der brandenburgischen Unternehmen.

Viertens: Ein Darlehensprogramm für Klimaschutz und Infrastrukturinvestitionen.

Diese vier Maßnahmen haben ein Volumen von 400 Millionen Euro. Ich will an dieser Stelle sagen: Es ist gut, dass wir die ILB - das ist nicht überall, nicht in jedem Bundesland derzeit so - als verlässlichen, vertrauenswürdigen Partner an unserer Seite haben.

Dies waren erste Schritte. Weitere werden folgen. Wir haben unter Leitung des Chefs der Staatskanzlei dazu eine Arbeitsgruppe gebildet. Ich sage aber noch einmal: Es geht nicht um Aktionismus. Diese Arbeitsgruppe wird länger arbeiten müssen, denn die Wirkungen der Krise, die heute noch nicht alle absehbar sind, werden uns länger begleiten. Es wird leider nicht in wenigen Wochen oder Monaten vorbei sein.

Wir wollen unsere Erkenntnisse und Analysen - auch die der anderen Bundesländer und der Bundesregierung - zusammenbringen und ausarbeiten, wo und wie wir sinnvoll wirtschafts- und beschäftigungspolitisch Maßnahmen auf den Weg bringen können. Wir ziehen geplante Investitionsvorhaben des Landes zeitlich vor und beschleunigen die Planungsarbeiten. Anfang Dezember hat das Kabinett 25 prioritäre Maßnahmen in den regionalen Wachstumskernen beschlossen. Wir haben hier - auch das ist nötig, wenn man Wirkungen erreichen will - einen ausreichenden Vorrat an umsetzungsreifen Vorhaben. Das sind die bereits in den Vorjahren beschlossenen, aber noch nicht fertigen Maßnahmen. Wir werden nach Wegen suchen, die Umsetzung nochmals zu beschleunigen.

Wir werden übrigens auch darauf drängen, dass es der Bund bei seinen Investitionen in Brandenburg genauso macht. Solche Projekte sind zum Beispiel der Neubau des Schiffshebewerks Niederfinow oder der lang ersehnte und nun endlich kommende Ausbau der Zugstrecke Berlin-Cottbus. Außerdem erhalten wir in den nächsten zwei Jahren 54 Millionen Euro extra für den Bau und die Erhaltung von Bundesfernstraßen - auch kein kleiner Betrag, der auch erst einmal sinnvoll umgesetzt werden muss.

Wir werden uns verstärkt um Investitionen in Schulgebäude, Kindertagesstätten und Schulsportstätten kümmern. Nach wie vor gibt es solche Gebäude, die in einem deutlich sanierungsbedürftigen Zustand sind. Nach allem, was man hört, wird der Bund ein Schulsanierungsprogramm über mehrere Jahre auflegen. Das werden wir, wenn es denn kommt, kofinanzieren. Das Gleiche gilt für das Programm zur energetischen Gebäudesanierung. Sollte dieses Bundesprogramm wider Erwarten nicht zustande kommen, werden wir die Neuauflage des Landespro-

gramms zur Förderung von Investitionen in Schulgebäude und Schulsportstätten anpacken.

(Beifall bei der SPD)

Für ländliche Räume prüfen wir derzeit die Möglichkeit, bereits vorhandene Programmmittel aus ELER zusätzlich für Investitionen in Kindertagesstätten zu nutzen.

Wir werden auch die Breitbandstruktur ausbauen. Breitbandversorgung ist heutzutage eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wachstum und Arbeitsplätze. Es ist so etwas wie eine infrastrukturelle Lebensader, genauso wie Straßen und Stromleitungen. Die Versorgung in unserem Land ist noch nicht flächendeckend. Wir haben uns deshalb zum Ziel gesetzt, die weißen Flecken auf der Landkarte bis Ende 2009 im Wesentlichen zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist technisch realistisch. Durch den in Brandenburg bereits abgeschlossenen Umstieg auf die digitale Verbreitung des Antennenfernsehens sind Frequenzen frei geworden. Diese werden den Aufbau von Breitbandinternet in ländlichen Regionen wesentlich erleichtern. Die Landesregierung wird dabei auch die Sendemasten zur Verfügung stellen, die für den digitalen Polizeifunk errichtet werden.

Wir werden sicherstellen, dass das Konjunkturprogramm und andere aktuelle Investitionsprogramme des Bundes wie das Klimaschutzprogramm gänzlich ausgeschöpft werden. Das gilt auch für europäische Programme. Wir werden alles dafür tun - auch das ist nicht nur eine Fußnote -, dass die Förderprogramme des Bundes, des Landes, aber gerade auch die der EU noch besser in Brandenburg ankommen. Dazu gehört aber auch, dass die EU in Brüssel jetzt wirklich ernst macht, endlich ernst macht - die Zeichen stehen gut -, und ihre Verfahren vereinfacht und beschleunigt. Da hat sich etwas eingeschungen, was einfach aus guten Zeiten heraus viel zu lange dauert und viel zu undurchsichtig ist. Wir werden auch unsere eigene Öffentlichkeitsarbeit zu den Förderprogrammen deutlich verbessern.

(Beifall des Abgeordneten Hammer [DIE LINKE])

Ich mache immer wieder die Erfahrung, dass manches Programm in den Kommunen, aber auch bei Unternehmen und gerade bei Bürgern unbekannt ist. Auch wenn sie dem Titel nach bekannt sind, kommen sie nicht zur Anwendung, weil sie schlicht und ergreifend für den Alltag zu umständlich angelegt sind.

Wir wollen, dass Unternehmer auch in dieser schwierigen Zeit weiterhin in unserem Lande investieren; wir konnten ja gerade eine große Investition in Höhe von 630 Millionen Euro in Eisenhüttenstadt begrüßen. Deshalb garantieren wir, dass die förderfähigen GA-Anträge aus dem Landeshaushalt kofinanziert werden. Wir werden die Verwaltungsverfahren der Landesbehörden beschleunigen.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Thema, das mir ganz besonders am Herzen liegt, einige Sätze sagen: Arbeitsplätze und deren Sicherung. Wir werben für Qualifizieren statt Entlassen und arbeiten an einem entsprechenden Programm. Das heißt, dass die Zeit der Kurzarbeit von Unternehmen und Mitarbei-

tern für Fort- und Weiterbildung genutzt werden soll. Mir ist es wichtig, dass sich sowohl Unternehmen als auch Gewerkschaften und Betriebsräte Folgendes deutlich vor Augen halten: Ohne qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt es keine wettbewerbsfähigen Unternehmen. Wer Fachkräfte jetzt gehen lässt, wird ein großes Problem dabei haben, sie später wiederzubekommen. Nach dem Abschwung kommt der Aufschwung. So funktioniert die Marktwirtschaft. Das sollten wir nicht aus den Augen lassen.

Damit meine ich Qualifizierung nicht nur unmittelbar arbeitsplatzbezogen. Nicht nur für die Beschäftigten in unseren Unternehmen ist Weiterbildung wichtig, sondern wir brauchen auch an sich gebildete Bürger. Wir brauchen Bürger, die ihr Wissen immer wieder aktualisieren und erweitern. Deshalb prüfen wir auch die Förderung für arbeitsplatzunabhängige Qualifizierung. Ich habe die Arbeitsministerin gebeten, mit der Bundesregierung nach Möglichkeiten zu suchen, zur Vermeidung von Entlassungen und Kurzarbeit auch in kleinen und kleinsten Betrieben so etwas realistisch nutzbar zu machen. Dort sind nämlich noch viele Barrieren, sodass man vor diesem Instrument noch zurückschreckt.

Es ist gut, dass im Rahmen des kommenden Konjunkturpakets des Bundes über weitere positive Veränderungen beim Kurzarbeitergeld nachgedacht wird. Im ersten Paket ist die Bezugsdauer auf 18 Monate verlängert worden. Das war ein sinnvoller, ein richtiger Schritt, der auch ein ganzes Stück Sicherheit für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich bringt. Aber ich denke, das war nur ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen; denn das Kurzarbeitergeld ist eine gute, eine wichtige Brücke zwischen konjunkturschwachen und -starken Phasen, eine Brücke, um Entlassungen vermeiden zu können. Manchem Arbeitgeber, gerade den kleineren, wäre schon geholfen, wenn er bei den von ihm zu tragenden Sozialversicherungsbeiträgen Unterstützung fände. Das werden wir mit der Bundesregierung auch bereden.

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Stichwort ein paar Sätze sagen: ländlicher Raum. Die EU hat bekanntlich die schrittweise Kürzung von Agrardirektbeihilfen für landwirtschaftliche Betriebe beschlossen. Diese zusätzliche Kürzung der Direktzahlungen in Höhe von 4 % für unsere Großbetriebe ist eine wahrlich bittere Pille und bedeutet gleichzeitig einen Paradigmenwechsel. Auch nach 2013 - da müssen wir realistisch sein - sind weitere einschneidende Veränderungen im Agrarbereich zu erwarten. Deshalb müssen wir auch unsere Arbeitgeber im ländlichen Raum unterstützen, sodass unsere Betriebe wettbewerbsfähig bleiben und die Arbeitsplätze gesichert werden. Dabei müssen wir uns auch den neuen Herausforderungen, Klimawandel, Wassermanagement und Erhalt der biologischen Vielfalt, selbstverständlich stellen. Wir wollen deshalb die Modulationsmittel so einsetzen, dass wir beide Aufgaben erfüllen und die Investitionen insbesondere in landwirtschaftliche Betriebe unterstützen.

Neben den Einzelmaßnahmen müssen wir uns übergreifend auch auf das besinnen, was man so schön „unternehmerische Verantwortung“ nennt. Marktwirtschaft braucht Menschen, die im Wortsinn etwas unternehmen, Menschen, die Ideen, den Mut und die Risikobereitschaft haben, das umsetzen zu wollen, und die nicht bei Rückschlägen sofort aufstecken. Solche Menschen brauchen wir in allen Lebensbereichen, vor allem und gerade in der Wirtschaft. Ich weiß sehr gut, dass wir in Bran-

denburg sehr viele sehr verantwortungsvolle Unternehmer haben, und zwar insbesondere im Mittelstand. Sie haben mit ihrer Leistung den Löwenanteil am Aufschwung der vergangenen Jahre erarbeitet. Brandenburg baut jetzt auf ihre Kraft.

Was muss man aber konkret noch dazu sagen? Verantwortungsvolle Unternehmer trennen sich nicht vorschnell von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wenn es wirtschaftlich schwierig wird, und schon gar nicht in Zeiten großen Fachkräftebedarfs. In Betrieben herrscht nicht selten auf beiden Seiten auch Verständnis füreinander. Die Unternehmer wissen, dass sie auf ihre Mitarbeiter angewiesen sind, und umgekehrt.

Einige Unternehmen haben in den vergangenen Wochen Kurzarbeit anmelden müssen. Besonders hart betroffen sind bekanntlich die Automobil- und die Automobilzulieferbranche, aber auch Große in Brandenburg wie ArcelorMittal in Eisenhüttenstadt und Mercedes-Benz in Ludwigsfelde. Ich weiß sehr gut, dass es sich keine der Geschäftsführungen mit diesem Schritt leicht gemacht hat. Ich habe unternehmerische Entscheidungen dieser Art auch niemandem abzunehmen. Aber meine Empfehlung möchte ich auch an diesem Nachmittag noch einmal klar und deutlich aussprechen, und zwar adressiert auch und gerade an solche großen Unternehmen: Halten Sie Ihre Fachkräfte auch in Krisenzeiten! Sie werden Sie in Bälde dringend wieder brauchen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gegenwärtige Krise ereilt Brandenburg - man kann wahrscheinlich sagen: ganz Ostdeutschland - in einer ungünstigen Situation. Sie trifft viele Menschen in einer Situation, in der sie gerade begonnen hatten, Vertrauen zu fassen und Boden unter die Füße zu bekommen. Hunderttausende Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sich in den vergangenen Jahren aus den größten Schwierigkeiten der Nachwendezeit herausgearbeitet. Viele haben erst vor kurzem einen neuen Arbeitsplatz und damit Zukunft und Perspektive gefunden, eine Familie gegründet, ein Eigenheim erworben oder ein Auto gekauft - und das alles in Verhältnissen, die noch nicht gefestigt sind. Darum ist die Sorge gerade vieler Menschen in Ostdeutschland groß, dies alles könnte jetzt wieder bedroht sein. Umso größer sind ihre Erwartungen an Staat und Politik. Umso größer sind ihre Befürchtungen in der Krise, erneut ins Hintertreffen zu geraten. Umso labiler ist die Stimmung hier im Osten. Ein Land, zwei Gesellschaften: Die neueste Untersuchung des Sozialwissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer hat soeben erst gezeigt, wie verbreitet dieses Lebensgefühl auch fast zwei Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung immer noch ist.

Ich möchte nicht, dass die Wirtschaftskrise das Verhältnis von Ost und West weiter beeinträchtigt; im Gegenteil: Gerade in dieser Krise sollten wir in Deutschland zusammenrücken. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass Ostdeutschland in den schwierigen Entscheidungen, die in den kommenden Monaten vor uns liegen, in jeder Hinsicht auch auf Augenhöhe beteiligt wird. Gerade in der wirtschaftlichen Krise werden wir, wird die Regierung die Interessen aller Brandenburger auf sämtlichen politischen Ebenen von Berlin bis Brüssel mit altem Nachdruck vertreten.

„Kinder, vergesst nicht, der eigentliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander“, sagte Regine Hildebrandt. Dieses lebenskl-

ge Motto hat viele in unserem Lande, auch mich, geprägt. Mag sein, dass diese Grundhaltung, die Gemeinsinn und Gemeinsamkeit in den Mittelpunkt stellt, aus historischen Gründen im Osten Deutschlands noch viel mehr verbreitet ist als anderswo, mag auch sein, dass gerade deshalb die Empörung über die Auswüchse der regellosen Märkte hier bei uns besonders heftig ausfällt. Wirtschaft ist nicht alles, und eine Wirtschaft, die nicht den Menschen dient - ich sagte es vorhin schon -, hat ihre Bestimmung verfehlt. Diese Prinzipien bieten nicht die schlechteste Orientierung in schwierigen Zeiten, und wir sollten deutlich an ihnen festhalten. Ich sage an der Stelle aber auch: Was uns jetzt nicht weiterhilft, ist zu viel rückwärtsgewandte Verklärung, Verklärung dergestalt, dass im Staatssozialismus so etwas nicht passiert wäre, wie häufig zu hören ist. Man muss tatsächlich ganz klar sagen: Nein, so etwas wäre mit Sicherheit nicht passiert.

Aber auch der Staatssozialismus war alles andere als eine lauschige, gut eingerichtete Wärmestube. Natürlich bedeutete die DDR für Millionen von Menschen - auch für mich - über Jahrzehnte ganz normal gelebtes Leben mit allem, was dazu gehört: Familie, Freundschaften, Höhen und Tiefen, Freud und Leid.

Für einiges fand die DDR auch ausgesprochen gute Lösungen - inzwischen werden sie auch in den alten Bundesländern diskutiert und nachgeahmt -: Polikliniken, Ganztagschulen, Kindertagesstätten; man könnte die Reihe fortsetzen.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer alt genug ist und sich ehrlich erinnert, weiß auch genau, wie es damals tatsächlich aussah und wie es zuzuging, gerade in den späten Jahren des real existierenden Sozialismus, und er kennt auch noch das Gefühl - es war ein eher lähmendes Grundgefühl - der Vergeblichkeit. Dieses Gefühl hat die letzten Jahre des Lebens in der DDR gekennzeichnet.

Ich habe einmal sinngemäß Christa Wolf zitiert. Mittlerweile liegt mir der Wortlaut vor, und ich will das Zitat noch einmal vortragen. 1982 hat sie in ihr Tagebuch geschrieben:

„Eben dies, die bleiern-graue Resignation, das bequeme Sich-Gehen-Lassen hat ja die allermeisten Leute erfasst, die normalerweise schöpferisch sein könnten: Wer eine Generation lang daran gehindert wird, gibt es schließlich auf. Oder geht weg. Mehltau legt sich über alle und alles.“

Ich glaube, besser, als Christa Wolf es getan hat, kann man die Stimmung der 80er Jahre nicht in zwei Sätze fassen.

Nein, wir dürfen uns auch in diesen schwierigen Zeiten nicht zu falschen Schlüssen verleiten lassen. Die DDR war nicht reformierbar und nicht überlebensfähig. Vor Ungerechtigkeit und Willkür hat sie ihre Bürger nicht geschützt. Deshalb wollte am Ende eine große Mehrheit nichts dringlicher als einen Neuanfang. Darum haben wir Ostdeutsche mit der friedlichen Revolution von 1989 das Richtige getan: die DDR beendet und uns auf den Weg in ein geeintes, demokratisches Deutschland gemacht, in ein Land mit mehr Freiheit, mehr Wohlstand und besseren Lebenschancen.

Ich höre die Einwände sehr wohl und nehme sie ernst: Was nützt uns die schönste Freiheit, wenn die Marktwirtschaft genauso schlecht funktioniert wie der Staatssozialismus damals? - So wird heute nicht selten gefragt. Ich glaube, eine solche Gleich-

chung führt in die Irre. Die demokratische Gesellschaft mit ihren Grundrechten und Grundfreiheiten ist und bleibt ein Wert an sich.

(Beifall bei SPD und CDU)

An unsere 1989 erkämpfte Freiheit haben wir uns gewöhnt. Ich bin mir sicher: Wir würden sie bitter vermissen, ginge sie uns im 21. Jahrhundert noch einmal verloren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich meine Rede in einem Satz zusammenfassen müsste, würde er lauten: Wir Brandenburger sind von der globalen Krise betroffen, aber wir können ihr auch viel entgegensetzen. Ich bin mir meiner Verantwortung bewusst und verspreche den Menschen in unserem Lande: Was immer die Landesregierung tun kann, wird sie tun. Wo immer wir sinnvoll helfen können, da werden wir helfen. Wo immer wir von Brandenburg aus Einfluss auf den Bund nehmen können, werden wir das tun, damit die Krise auch in ganz Deutschland schnell, energisch und wirkungsvoll kleingehalten bzw. beendet werden kann.

Die Felder, auf denen die Landesregierung aktiv wird, habe ich Ihnen soeben erläutert:

Erstens: Wir haben Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft auf den Weg gebracht.

Zweitens: Wir investieren, wo wir können, wo wir es für sinnvoll halten und so schnell, wie wir können.

Drittens: Wir sorgen dafür, dass die Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen tatsächlich ineinandergreifen, um Beschäftigung zu sichern.

Viertens: Wir denken weiter. Die Arbeitsgruppe der Staatssekretäre wird weitere Vorschläge ausarbeiten.

Meine Damen und Herren! 2009 wird es auch gute Nachrichten geben. Deshalb sollten wir das Weihnachtsfest und den Jahreswechsel nutzen, um die Kräfte zu sammeln. Ich wünsche Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes in diesem Sinne einen kraftvollen und - bei aller Sicht für die Realität - zuversichtlichen Start in das neue Jahr. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU sowie vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. - Ich gebe die Redezeiten für die anderen Fraktionen bekannt: Der Ministerpräsident hat 48 Minuten gesprochen. Sie können sich danach richten, wenn Sie wollen; Sie können aber auch weniger reden.

Ich gebe jetzt der Abgeordneten Kaiser das Wort.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Für welche Fraktion, Frau Vizepräsidentin?)

Sie spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, die Linksfraktion begrüßt es ausdrücklich, dass Sie sich in der aktuellen Situation zu Wort gemeldet haben und sich den Problemen stellen. Ich finde, dass Sie sich zu lange nicht zu Wort gemeldet und alles dem Lauf der Dinge überlassen haben. Selbst von Ihrem Wirtschaftsminister sind Sie inzwischen überholt worden.

Ja, Herr Ministerpräsident, wenn es unsere wichtigste Aufgabe ist, über Politik der sozialen Verantwortung nicht nur zu reden, sondern sie auch glaubwürdig zu vertreten, und wenn wir dabei bleiben, dass Politik gerade in solchen Zeiten gestalten kann und muss - was wir ausdrücklich unterstützen -, dann ist es Zeit, dass die Regierung, dass Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst werden.

Wir alle kennen die Empfehlung von Max Frisch: Krise kann ein produktiver Zustand sein; man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen. - Nehmen wir Max Frisch beim Wort und nutzen wir die Chance, Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre zu korrigieren! Denn auch wir sehen es wie Sie: Ein „Weiter so!“ regierender Politik, ein „Weiter so!“ in Brandenburg kann und darf es nicht geben.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Was nun Ihre Regierungserklärung anbelangt, Herr Ministerpräsident, so fanden wir die Analyse nicht wirklich neu. Vieles allerdings sehen wir auch so. Diesen Stand der Debatte hatten wir in der Aktuellen Stunde im Oktober bereits erreicht. Wir haben vielleicht etwas mehr erwartet.

Aber Sie wollten Orientierung geben; ich denke, das ist Ihnen gelungen. Wichtiges ist gesagt. Der Beifall meiner Kolleginnen und Kollegen macht deutlich, dass DIE LINKE vieles von dem unterstützt und auch einige ihrer Anträge wiedererkannt hat. Ich hoffe, Ihr Werben, Ihre Appelle werden gehört, zum Beispiel bei den Banken. Ich allerdings bin davon überzeugt, dass Werben und Appelle nicht ausreichen werden.

Deshalb frage ich, was Ihre Pläne und Vorschläge betrifft, nach Verbindlicherem, nach Konkreterem. Wo ist Ihr Konzept für die nächsten ein bis zwei Jahre? Ich bin mir ziemlich sicher: Wir werden uns hier bereits im Januar wieder über all diese Dinge unterhalten. Wir werden weiter diskutieren und einiges nachzuholen haben.

„Finanzkrise“ ist das Wort des Jahres 2008. Es steht für eine katastrophale Entwicklung, zunächst im Banken-, Immobilien- und Finanzsektor. Der weltweite Casino-Kapitalismus ist zusammengebrochen, jene irrsinnige Selbstverwirklichung des Kapitalismus, die uns nicht nur begrifflich die Trennung zwischen aberwitzigen Geldgeschäften auf der einen und der inzwischen so genannten „Realwirtschaft“ auf der anderen Seite brachte. Selbst - oder gerade - im Niedergang ist dieser Casino-Kapitalismus dazu in der Lage, die Realwirtschaft in den Abgrund zu stoßen. Diese Realwirtschaft aber besteht aus tatsächlich erbrachten Leistungen von Millionen von Menschen.

Die geistige Basis dieser Entwicklung war die Ideologie des Neoliberalismus, von der sich manche allerlei erhofft haben

mögen. Diese Ideologie brachte aber letzten Endes nicht mehr Freiheit und unternehmerische Kreativität, sondern unterhöhlte die sozialen Grundlagen der Freiheit. Unternehmerische Verantwortung verkam - Maximalprofit gegen Arbeitsplätze. Jetzt droht diese Ideologie die Ökonomie selbst fast zum Erliegen zu bringen.

Mit der größten Rettungsaktion in der Geschichte der internationalen Finanzmärkte haben Politik und Zentralbanken reagiert und die Kapitalmärkte mit Hunderten von Milliarden Euro geflutet. Allein in Deutschland wird den Banken mit über 500 Milliarden Euro unter die Arme gegriffen, finanziert vom deutschen Steuerzahler - wieder eine gigantische Umverteilung von unten nach oben!

(Lunacek [CDU]: Bürgschaften, Frau Kollegin!)

Ja, Bürgerinnen und Bürger sollen erneut für das geradestehen, was Finanzmanager und Bankiers in den vergangenen Jahren verzockt haben.

(Frau Dr. Funck [CDU]: Vor allem Staatsbanken!)

Übrigens ist „verzockt“, sehr geehrte Frau Kollegin, das zweitplatzierte Wort des Jahres 2008. Eine traurige Skala!

Bürgerinnen und Bürger stehen für diejenigen gerade, die diese Krise verschuldet haben, und zugleich werden sie zunehmend Opfer dieser Krise. Wenn wir auf Brandenburg sehen - der Ministerpräsident hat es benannt -: Kurzarbeit bei Daimler, Zwangsferien in Eisenhüttenstadt und drohende Entlassungswellen. Das ist die Realität im Lande. Für die Beschäftigten in der Weihnachtszeit und mit dem Blick auf das neue Jahr keine guten Nachrichten. Sicher, der Bau der Papierfabrik in Eisenhüttenstadt und die damit neu entstehenden Arbeitsplätze sind ein erfreuliches, aber nur ein Zeichen in dieser Krisenzeit.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, bereits jetzt sind ja die Auswirkungen der Krise dramatisch, und sie reichen weit über den Finanzsektor hinaus. Wir erleben nicht mehr nur eine Krise der Finanzmärkte, sondern eine Krise der gesamten Weltwirtschaft. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus hat nicht nur ein kollabierendes Finanzwesen zu verantworten, sondern auch eine weltweite soziale Krise mit steigenden Nahrungsmittelpreisen, wachsender Armut, Einkommensungleichheit, Arbeitslosigkeit und dramatischen Auswirkungen auf Energie und Klima. Eben diese Verflechtung der Krisen bleibt uns, und die macht es auch so kompliziert.

Die aktuelle Krise, denke ich, ist zudem auch eine Vertrauens- und Gesellschaftskrise, eine Krise der Politik. Warum? Nicht nur in unserem Land fragen sich die Menschen: Wie konnte es so weit kommen? Wer trägt dafür die Verantwortung? Welche Auswirkungen wird diese Krise noch haben? Wer trägt am Ende die Verluste? Welche politischen Schlussfolgerungen müssen nun aus dieser Krise gezogen werden?

Auch wenn wir selbstverständlich nicht auf jede Frage eine hundertprozentige Antwort haben, so sind wir doch in der Pflicht, nach Antworten und vor allen Dingen nach Lösungen zu suchen. Das sind wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg gemeinsam schuldig.

Eines muss ganz klar ausgesprochen werden: Es waren bewusste politische Entscheidungen, ohne die wir nicht in diese Krise geraten wären.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Nichts davon kam heimlich, still und leise.

Erinnern wir uns: Unter der Überschrift „Deregulierung“ wurden auch in Deutschland zunächst durch Rot-Grün windige Finanzprodukte, Kreditverbriefungen, Hedgefonds und gefräßige „Heuschrecken“ massiv gefördert. Die Bankaufsicht wurde doch in den vergangenen Jahren nicht gestärkt, sondern geschwächt! Im Koalitionsvertrag von Rot-Schwarz werden „Produktinnovationen und neue Vertriebswege“ ausdrücklich gestützt. Noch Mitte dieses Jahres wurde das sogenannte Wagniskapitalgesetz verabschiedet, in dem Finanzinvestoren viele Steuerprivilegien eingeräumt bekamen.

Nicht irgendwer, Herr Ministerpräsident, sondern Politik hat der gegenwärtigen Krise den Weg geebnet. Die Bürgerinnen und Bürger registrieren sehr wohl, dass es sich dabei um demokratisch legitimierte Entscheidungen handelte. Sie erleben, dass Demokratie nicht vor folgenschweren Fehlern schützt. Gerade weil die Lehren der DDR uns bestärken, sagen wir: Trotz dieser aktuellen Erfahrungen ist es jetzt an uns, dafür zu sorgen, dass aus dieser aktuellen Erfahrung der Bürgerinnen und Bürger, die im Einzelnen von politischen Parteien, von Personen, von politischen Kräften enttäuscht sind, keine Krise der Demokratie an sich wird.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Deswegen gewinnt ein zweites Prinzip an Bedeutung: nämlich, dass Demokratie nicht nur Entscheidungen legitimiert. Es beinhaltet auch, dass Politiker für ihre Entscheidungen und deren Folgen gegenüber denen einstehen, die ihnen auf Zeit ihre Macht übertragen haben. Also der allererste, aber noch nicht hinreichende Schritt ist das Eingeständnis von Fehlern. Der zweite ist die Bereitschaft zu Korrekturen und der dritte das ernsthafte Bemühen um Glaubwürdigkeit. Dafür müssen die Konzepte zur Krisenbewältigung überzeugend und die Absichten unbezweifelbar ehrlich sein und nicht wieder nur soziale Einschnitte beinhalten.

Herr Ministerpräsident, ja, die Menschen sind empört, und das ist auch zu verstehen. Empört sind sie darüber, dass den Banken Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, aber für Kinder von Langzeitarbeitslosen nach wie vor gerade einmal 211 Euro pro Monat vorhanden sind. Die Banken aber sind doch für die Krise wesentlich verantwortlich! Empört sind Menschen auch darüber, dass die Große Koalition im Bund über Nacht einen riesigen Rettungsschirm für die Banken aufspannt, sich aber seit Jahren um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns drückt.

Diese unglaubliche Ungerechtigkeit wird nicht kleiner, weil es derzeit keine Alternative gibt - keine Alternative deshalb, weil ohne staatliche Hilfsmaßnahmen eine Kettenreaktion ausgelöst worden wäre, die den gesamten Wirtschaftskreislauf zum Kollabieren gebracht hätte. Das sehen wir sehr wohl auch. Aber auch, wenn es momentan kaum Alternativen gibt, darf Politik nicht möglichst schnell wieder zur Tagesordnung übergehen.

Nun sagen auch Sie, Herr Ministerpräsident, die Rezession sei von Menschen gemacht und das Resultat einer Ideologie vollständig freier Märkte, einer Ideologie, wonach Wirtschaft in der Wirtschaft gemacht werde und der Staat sich heraushalten solle. Aber das alles wurde eben nicht nur von den Lehman Brothers dieser Welt propagiert, sondern auch von Politikerinnen und Politikern in Deutschland, auch in Brandenburg,

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

auch von Leuten, die Ihnen gut bekannt sein dürften. Ich zitiere:

„Wirtschaftspolitik ist eine Dienstleistung“ für die Wirtschaft. „Es kommt darauf an zu verstehen, wie die Wirtschaft denkt und was sie will.“

Das hat Alfred Tacke gesagt, der langjährige Begleiter von Gerhard Schröder und ein Sozialdemokrat. Und Schröder selbst war es, der keine linke oder rechte, sondern nur gute oder schlechte Wirtschaftspolitik kannte.

Ich weiß Ihren selbstkritischen Ansatz sehr wohl zu würdigen, Herr Ministerpräsident. Sie wissen auch, ich empfinde keine Häme, wie niemand in meiner Fraktion.

(Ach nein? und Oh! bei SPD und CDU)

Wir alle müssen ständig dazulernen. Aber ein bisschen konkreter möchte es dann schon sein, wenn selbstkritische Bemerkungen auch überzeugen sollen. Deswegen kommen wir zu den Reaktionen auf diese Krise:

Meine Damen und Herren, damit sich solche Vorgänge nicht ständig wiederholen, müssen wir hier schon noch einmal darüber sprechen, was getan werden muss. Sie, Herr Ministerpräsident, haben hier im Landtag in diesem Zusammenhang erst kürzlich von dritten Wegen und demokratischem Sozialismus gesprochen. Heute war davon nicht mehr so viel zu hören. Es ist ja vielleicht der Koalitionspartnerin geschuldet, dass Sie angesichts der Herausforderungen zwischen dem ersten und dem vierten Advent vom dritten Weg abgekommen sind.

Aber wir waren uns doch darin einig: Mit dieser Krise sind erneut große Fragen auf die Tagesordnung gerückt: die Fragen nach dem Verhältnis von Markt und Staat, von Wirtschaft und Politik, von Risiko und Sicherheit, auch die Fragen von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung, von Macht und Teilhabe. Das ist die Ebene, denke ich, auf der Korrekturen vorgenommen werden müssen, und zwar Korrekturen grundsätzlicher Art. Kleiner, meine Damen und Herren, ist es nicht zu haben. Von Vorschlägen, wie die künftige Regulierung aussehen soll, war bislang - das tut mir leid - auch nur die Rede. Wo bleibt der Beschluss, die privaten durch staatlich kontrollierte Ratingagenturen zu ersetzen? Wo bleibt das Verbot von hochriskanten Finanzinstrumenten wie unter anderem Hedgefonds? Wo bitte sind die Vorschläge zur Stärkung der öffentlichen und genossenschaftlichen Banken und zur Stärkung der Einnahmehasis der öffentlichen Haushalte, zum Beispiel durch Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen mit Wertpapieren und Devisen? Wann kommt denn endlich die Zulassungspflicht für bestehende und neu entwickelte Finanzprodukte, der sogenannte Finanz-TÜV? Und warum setzt sich Brandenburg

nicht energisch für die Schaffung einer Bundessteuerverwaltung ein, um eine einheitliche Anwendung des Steuerrechts auch strukturell sicherzustellen?

(Bischoff [SPD]: Das haben wir gemacht!)

Herr Ministerpräsident, ich spreche Sie auch als ehemaligen Bundesvorsitzenden der SPD an. Warum setzen Sie sich nicht einmal an die Spitze der Bewegung und bringen konkrete Vorschläge ein, die auch bundespolitisch in die richtige Richtung zielen? Sie sagen - auch das teile ich -:

„Ein Zurück zur alten Tagesordnung des zügellosen Kapitalismus wird es nicht mehr geben.“

Ja klar, das darf nicht sein. Aber dafür müssen wir, denke ich, doch gemeinsam etwas tun! Wir können und sollten eine Gemeinsamkeit feststellen: Mit der bisherigen Art, wie Finanz- und Haushaltspolitik verstanden und gemacht wurden, wird man dieser Krise nicht Herr werden, nicht hier in Brandenburg und nicht im Bund.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Wir erleben plötzlich, wie es möglich ist, in einem Umfang Ressourcen freizusetzen, den man sich vor ein paar Monaten kaum vorstellen konnte.

Natürlich geht es dabei nicht um „Wünsch Dir was“. Aber in diesem historischen Moment muss man doch den Kopf frei haben, um das Notwendige zu benennen! Man darf nicht schon wieder die Schere im Kopf haben, die das Denken von der Lösung abschneidet.

Was das politische Programm der Linken anbelangt, so folgt es diesem Grundsatz. Wenn man mit der Konzentration auf das Mögliche Erfolg haben will, muss das Notwendige und Ausichtsreiche erst einmal benannt und diskutiert werden.

Wir wissen, dass dazu Ressourcen in einem bislang nicht für möglich gehaltenen Umfang notwendig sind. Also muss man auch die Verteilungsfrage neu stellen!

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die jahrelange Umverteilung von unten nach oben - die Ergebnisse, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen auf dem Tisch; die Zahlen sind eindeutig -, ob durch zu geringe Lohnsteigerungen oder staatliche Steuergeschenke an Reiche und Vermögende, war hoch gefährlich und sozial ungerecht; das wissen Sie auch.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Das obere Zehntel der Haushalte in Deutschland, Frau Schier, verfügt inzwischen über zwei Drittel des Gesamtvermögens. Wenn Sie das gerecht finden - ich nicht! Es ist notwendig, diese Verteilungsverhältnisse wieder ins Lot zu bringen. Wir brauchen einen Kurswechsel in der Steuer-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Wir brauchen eine Umverteilung von oben nach unten, um die Binnennachfrage wieder zu stärken und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und zu stabilisieren.

Was die bundespolitische Ebene betrifft, so leugnet niemand, dass es in den letzten Jahren in Deutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung gab. Von dem waren jedoch viele Menschen ausgeschlossen.

Jetzt gleitet Deutschland in die wohl tiefste Rezession der Nachkriegsgeschichte.

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihre Distanz zu vielen bundespolitischen Maßnahmen sehr wohl wahrgenommen. Die Zeit der Mythen, die Zeit des Rückzugs der Politik aus der sozialen Verantwortung ist vorbei. Wir alle wissen: Bei einem „Weiter so!“ der Politik wird das „Leben wie bisher“ nicht „weiter so“ gehen können.

Ein Beispiel: Sie, die Mitglieder der Regierungsfractionen hier im Landtag, argumentieren immer wieder, dass der Arbeitsmarkt durch die Agenda-2010-Politik auf die Rezession gut vorbereitet sei. Wir sagen ganz klar, die Agenda 2010 war eben kein vorsorgender Sozialstaat; das ist jetzt zu sehen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich gehe davon aus, dass auch Sie die Realität sehen. Die sieht anders aus! Anfang Dezember beschloss der Bundestag die Beitragssenkung der Arbeitslosenversicherung von 3,3 auf 2,8 %. SPD- und CDU-Abgeordnete dieses Hauses begrüßten das. Ich weiß nicht, warum. Denn damit steht nun künftig wieder weniger Geld für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Sehen Sie das nicht?

Angesichts des beginnenden Konjunkturabschwungs und der noch nicht absehbaren Folgen der weltweiten Finanzkrise für den Arbeitsmarkt brauchen wir keine Beitragssenkung. Sehen den Augen steuert man so auf ein neues Defizit und damit auf eine begrenzte Handlungsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit zu. Bereits jetzt rechnet die Bundesagentur - trotz derzeitiger Rücklagen - wegen sinkender Beitragseinnahmen im nächsten Jahr mit einem Minus von 5 Milliarden Euro für das operative Geschäft. In dieser Logik sind dann weitere Kürzungen des Arbeitslosengeldes vorprogrammiert. Das ist doch wohl verfehlte Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Um zu verhindern, dass Deutschland in eine bodenlose Wirtschaftskrise abgleitet, muss jetzt alles daran gesetzt werden, die binnenwirtschaftliche Schwäche auszugleichen. Es braucht kurzfristige konjunkturstabilisierende Maßnahmen.

Aus Sicht meiner Fraktion, aus Sicht der Linken gehören dazu:

Erstens: die dringend notwendige Eindämmung des Niedriglohnssektors, unter anderem durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Der deutsche „Sonderweg“ muss endlich beendet werden. In nahezu allen europäischen Ländern sind Mindestlöhne mittlerweile gängige Praxis.

Zweitens: die Erhöhung der Arbeitseinkommen. Gegen die schwache Binnennachfrage helfen nur höhere Löhne und Ein-

kommen; also auch die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags und endlich des Hartz-IV-Regelsatzes.

Drittens: Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, um insbesondere Älteren und Langzeitarbeitslosen eine wirkliche Perspektive in dieser Krisenzeit zu bieten.

Viertens: Es bedarf eines wirksamen staatlichen Konjunkturprogramms, das diesen Namen auch verdient. Was die Bundesregierung bisher vorgelegt hat, reicht bei weitem nicht.

Auch wenn Ihr Kabinett, Herr Ministerpräsident, dem Konjunkturpaket der Bundesregierung im Bundesrat dann doch irgendwie zustimmte, Sie wissen, es war keine Glanzleistung. Der Vergleich mit anderen Ländern macht es deutlich. Das Programm der Bundesregierung ist nicht nur aus der Sicht meiner Fraktion wirkungslos und völlig unzureichend. Man braucht bloß einmal die bundesweit erscheinende Tagespresse zur Kenntnis zu nehmen.

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung reicht viel zu wenig in die Zukunft bzw. ist zu wenig daran orientiert. Der Versuch, den Erlass der Kfz-Steuer als Konjunkturmaßnahme und Hilfe für die Automobilbauer verkaufen zu wollen, hat es inzwischen in die Satiresendungen geschafft. Aber das Lachen bleibt einem im Halse stecken. Ich bitte Sie! Niemand wird sich nur wegen der Mini-Steuerersparnis einen Neuwagen kaufen. Vielmehr hat diese Subvention - mehr ist es nicht - keine nachhaltigen Effekte, sondern negative, verzerrende Eigenschaften.

Auch die verstärkte steuerliche Absetzbarkeit von Handwerksleistungen ist aus Sicht der Linken kein Königsweg. Sie ist mit bürokratischem Aufwand verbunden, und wer nichts zum Absetzen hat, wird davon nicht profitieren. Die Linke setzt dagegen die sofortige Einführung von ermäßigten Mehrwertsteuersätzen auf arbeitsintensive Dienstleistungen. Selbst die EU-Kommission sieht das zur Unterstützung von klein- und mittelständischen Unternehmen bereits vor - den sogenannten Small Business Act. Dies wäre wirtschaftspolitisch viel wirksamer und ein unbürokratischer Weg zur Stabilisierung der Konjunktur.

Die Milliarden, die das Konjunkturpaket des Bundes kostet, wären besser in einem öffentlichen Investitionsprogramm für Straßen, Schienen und die energetische Sanierung von kommunaler Infrastruktur angelegt.

Kommen wir zur Landesebene! Wir sehen in Brandenburg: In vielen Bereichen ging es voran. Weil viele Menschen gearbeitet und sich etwas aufgebaut haben - ja, Herr Ministerpräsident, das ist eben so -, gibt es nun auch viel zu verlieren. Das wollen wir und Sie den Brandenburgerinnen und Brandenburgern ersparen.

Es gab jedoch auch Bürger, die ausgegrenzt waren und keine positive Bilanz ziehen. Insbesondere für die jungen Leute ist der Weg ins Leben in vielerlei Hinsicht schwer. Auch ohne Finanzkrise gäbe es eine Menge zu tun. Das ist keine linke Miesmacherei. Ihr Wirtschaftsminister, Herr Ministerpräsident, hat das erst dieser Tage festgestellt: Auch in der Boomphase 2006/07 lagen Brandenburgs Wachstumsraten unterhalb des Durchschnitts der ostdeutschen Länder. - So Herr Junghanns in der schriftlichen Antwort auf eine Anfrage. Auch von einer unterdurchschnittlichen Exportquote ist darin die Rede.

Was die Linke will, was ich will, ist doch nur eines: Wir dürfen hinter den Herausforderungen der Finanzkrise nicht die Herausforderungen verstecken, die in der Entwicklung des Landes selbst liegen. Das ist ja auch wieder eine Ermutigung. Die jetzige Krise taugt nicht zum Instrument der Verklärung der Ergebnisse regierender Politik in Brandenburg.

Sie wissen, die Linke - namentlich Herr Christoffers - hat frühzeitig konjunkturstabilisierende Maßnahmen in die öffentliche Debatte eingebracht. Diesbezüglich war von der Landesregierung lange nichts zu vernehmen. Ich glaube, es ist nach wie vor nicht unbedingt auf eine heile sozialdemokratische Welt zu setzen, Herr Ministerpräsident, nur weil die Finanzminister allerorten Sozialdemokraten sind. Denn inzwischen brach die Rezessionswelle über Deutschland, also auch über Brandenburg, herein.

Als erster fand der Wirtschaftsminister seine Sprache wieder und präsentierte am Rande der letzten Landtagssitzung im November seine Planung für ein Mini-Konjunkturpaket. In Zusammenarbeit mit der ILB sollen vier Förderprogramme zur Liquiditätssicherung und zur Stärkung der Eigenkapitalquote aufgelegt werden. Dieses Päckchen weist deutliche Parallelen zu Forderungen der Linken auf. Es ist sicher ein erster kleiner Schritt, doch viele weitere sind noch nötig - und bitte mehr Konsequenz bei der Umsetzung.

Was Sie sagen, um die Kreditklemme zu überwinden, findet durchaus unsere Zustimmung. Allerdings: Ein Globaldarlehen ist die eine, die Umsetzung für die einzelnen Unternehmen die andere Seite. So etwas muss moderiert und begleitet werden, wie es beispielsweise Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf tut. Sie hätten ja schon mal sagen können, wie es bei uns bzw. bei Ihnen laufen wird, Herr Ministerpräsident. Sie haben eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt. Wir dachten wirklich, dass heute schon Ergebnisse ihrer Tätigkeit erkennbar sind. Zumindest könnte doch straffer mit dem umgegangen werden, was an Vorschlägen aus Land und Bund vorliegt. Es wird derzeit nicht deutlich: Wie wollen Sie das zusammenführen? Wie wird es im Land konkret umgesetzt? Gibt es dafür eine Strategie?

(Bischoff [SPD]: Noch mal nachlesen!)

- Ich lese es gern noch mal nach, Herr Bischoff, und wir können ja dann auch darüber reden.

(Zurufe von der SPD: Typisch, erst reden, dann lesen!)

Vorrangig ist es wichtig, es umzusetzen und zu verwirklichen. Ich glaube, dass uns dieser Gedanke heute doch zusammenbringen könnte.

Besonders ärgerlich wird das Verharren in bloßen Ankündigungen bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Am Programm „Qualifizieren statt Entlassen“ arbeiten Sie; wir haben es gehört. Die Förderung arbeitsplatzunabhängiger Qualifizierungen wird geprüft. Aber es geht um das Umsetzen, statt nur um Arbeiten und Prüfen.

Kurzarbeit, auch bei kleinen und Kleinstunternehmen, als realistische Option - okay, Sie suchen nach Möglichkeiten. Herr Ministerpräsident, wir denken, ein konkretes umfassendes Maßnahmenpaket für unser Land gehört nun endlich auf den Tisch,

ein Programm, mit dem die zu erwartenden Auswirkungen der Krise auf die Bürgerinnen und Bürger, die Realwirtschaft und die Kommunen des Landes Brandenburg minimiert werden könnten. Die Beschäftigungs- und die finanzielle Situation von Unternehmen im Land müssen damit stabilisiert und Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden. Nur so kann ein Programm in Brandenburg ermöglichen, dass die Binnenkaufkraft gestärkt wird. Die Linke und meine Fraktion hier im Landtag hat ihre Vorschläge dazu mehrfach genannt und öffentlich dargestellt. Wir tun es heute gern noch einmal:

Erstens: Setzen Sie sich für die Einführung von ermäßigten Mehrwertsteuersätzen auf arbeitsintensive Dienstleistungen ein!

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Zweitens: Lassen Sie uns die Eigenkapitalsituation von kleinen und mittelständischen Unternehmen verbessern und eine Neubestimmung von Exportversicherungen vornehmen, um die Exportwirtschaft zu stärken!

Drittens: Unterstützen Sie verstärkt Wissenschaft, Technologie und Innovationen, insbesondere die Industrieforschung, zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Produkten und Verfahren!

Viertens: Investieren Sie jetzt in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung als eine der Grundvoraussetzungen, um die Zukunft einer Gesellschaft zu gestalten! Wenn wir schon gezwungen sind, Schulden zu machen, dann sollten es sinnvolle Investitionen sein, Investitionen in Bildung und Wissenschaft. Die Ankündigung der Bundesbildungsministerin Schavan, das 20-Milliarden-Euro-Paket für Schulen und Hochschulen zur Verfügung zu stellen, geht natürlich in die richtige Richtung. Doch es ist bis jetzt lediglich angekündigt. Hier erwarten wir vom Bund feste Zusagen, die dann in jedem Fall - das haben Sie gesagt - vom Land untersetzt und ergänzt werden müssen. Aber warum solange warten? Warum kann das Land nicht ein eigenes Programm auflegen, ohne abzuwarten, bis der Bund Ja oder Nein gesagt hat? Für vieles sind wir doch auch selber zuständig. Zum Beispiel, Herr Baaske, für eine bessere personelle Ausstattung von Kitas und Schulen. Das wurde dieses Jahr schon zweimal abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Es werden mehr Lehrkräfte, mehr Sozialarbeiter und mehr Sonderpädagoginnen benötigt.

Fünftens: Um auch die Investitionsquote und die öffentliche Nachfrage im Land zu stabilisieren, können und müssen EU-Strukturfondsmittel dieser Förderperiode, die eigentlich erst für 2012 und 2013 vorgesehen sind, bereits im kommenden Jahr für wichtige Projekte im Bereich der Infrastruktur in Kommunen und Gemeinden sowie auf dem Gebiet des Bildungssektors vorgezogen werden. Machen Sie doch von dieser Möglichkeit Gebrauch!

Sechstens: Anstatt Mittel für Arbeitslosigkeit auszugeben, müssen wir sie gerade jetzt zur Finanzierung von gemeinwohlorientierter Beschäftigung nutzen. Der Kommunal-Kombi ermöglicht einen Einstieg. Im Rahmen dieses Programms könnten in Brandenburg ca. 11 000 Stellen geschaffen werden. Erst ein Bruchteil dieses Kontingents ist ausgeschöpft. Bund und Land haben die Zugangsmöglichkeiten und die Finanzierung halb-

herzig ausgestaltet. Zugangsvoraussetzungen für Arbeitsuchende sind zum Teil erschwert, das wissen auch Sie. Ich denke, es ist jetzt die Aufgabe der Landesregierung, die Kofinanzierung für das ganze Stellenkontingent zu sichern, und nicht nur für zwei Drittel.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Beseitigen Sie endlich diese Hemmnisse, Herr Ministerpräsident!

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, bundesweit werden etwa zwei Drittel der Bauinvestitionen von Kommunen getätigt. Ein weiterer Baustein für eine Stabilisierung der Konjunktur ist also auch die grundsätzliche Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Dazu gehört ein kommunales Investitionsprogramm. Lassen Sie uns bald über eine Summe reden. Das wäre ein Stück Verbindlichkeit und Berechenbarkeit. Natürlich sind Beträge von 1,7 Milliarden Euro, wie wir sie aus Hessen hören, oder von 650 Millionen Euro in Baden-Württemberg für uns kein Maßstab. Aber 50 Millionen Euro wie in Berlin wären doch realistisch.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir brauchen direkte staatliche Interventionen statt indirekter Anreize. Wir brauchen auch in Brandenburg ein Konjunkturprogramm, das diesen Namen auch verdient hat. Lassen Sie uns gemeinsam alle landespolitischen Spielräume nicht nur beschreiben, sondern auch nutzen! Welche Vorschläge, die Sie eingebracht haben, umgesetzt werden, hängt doch an Ihnen. Lassen Sie uns nicht nur Vorschläge unterbreiten, sondern hinterher auch etwas daraus machen! Es kann ja sein, dass dazu Mut gehört und man ungewöhnliche Wege gehen muss, aber diesen Mut dürfen die Brandenburgerinnen und Brandenburger von ihrer Regierung, von uns Parlamentariern doch erwarten. Davon gehe ich aus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Baaske. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Baaske (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, schönen guten Tag! Frau Kaiser, Sie haben vorhin ein paar Zitate gebraucht, ältere Zitate des Wirtschaftsministers, um wieder einmal unser Land schlechtzureden. Sie hätten eigentlich nur den heutigen Pressespiegel zu nehmen brauchen, um einige Zitate zu nennen: „Die Mark hat die Nase vorn bei der Konjunktur.“ Und: „Bei der Wirtschaftskraft führt Brandenburg im Osten.“ Oder: „Die Kaufkraft steigt in Brandenburg besonders stark.“ Und so weiter und so fort.

Das ist aus dem Pressespiegel von heute: Sie müssen keine alten Zitate nehmen, sondern könnten einfach in die heutige Zeitung schauen. Dann wüssten Sie, dass Brandenburg sich in den letzten Jahren ganz gut entwickelt hat. Aber das ist ja nicht Ihre Aufgabe, wie Sie meinen. Sondern Ihr Job scheint es immer

wieder zu sein, das Land schlechtzureden, wie Sie es gerade wieder versucht haben.

Wir haben hier vor zwei Monaten schon einmal über die Finanzkrise gesprochen und miteinander die Auffassung geteilt, dass diese Finanzkrise irgendwann in der Realwirtschaft ankommen wird. Uns allen war damals, so glaube ich, klar, dass es passieren wird, aber niemand hat gesagt und gedacht, dass es so schnell gehen wird, wie wir es derzeit erleben. Die Signale, die wir aus der Wirtschaft erhalten, sind sehr eindeutig. Das heißt auch, dass man jetzt nicht, verehrte Frau Kaiser, mit einem Plan kommen kann, wie man sich das in den nächsten zwei Jahren vorstellt. Die Zeiten, in denen wir einen Fünfjahresplan oder Zweijahresplan gemacht haben, sind vorbei. Es wird so nicht funktionieren. Wir müssen tagtäglich genau schauen, was geht und was nicht geht, und sollten uns dann darauf einstellen.

Auch heute kann niemand mit Sicherheit sagen, wo wir in zwei Monaten, geschweige denn in zwölf Monaten, also in einem Jahr, sein werden. Auch hier ist die Bewegung viel zu volatil. Trotzdem merken wir - das hat die Analyse des Ministerpräsidenten eben gezeigt -, dass sich jetzt langsam aber sicher der Nebel ein Stück lichtet. Wir erblicken rückwirkend besser, was eigentlich passiert ist. Noch lange erfassen wir nicht alles, was passiert ist. Aber wir bekommen ein bisschen mehr von dem mit, was in Amerika und auch auf den deutschen und den europäischen Märkten passiert ist. Wir können viel besser als zum Beispiel noch vor zwei Monaten sagen, was für uns in Brandenburg jetzt richtig ist, was falsch wäre usw. usf.

Ich teile Ihre Auffassung, dass es keinen Sinn macht, politisch aus der Hüfte zu schießen. Ich bin auch der Auffassung, dass wir bei den ersten Schüssen - gerade die Bundesregierung mit ihrer Kfz-Steuerermäßigung - daneben gelegen haben. Ich halte das für falsch. Das macht wiederum sehr deutlich, dass man sich gut überlegen muss, was man tut, und eben nicht einfach nur kurzfristig und schnell agiert, sondern gut überlegt und berücksichtigt, dass das entsprechende Potenzial, das wir brauchen, dahinter stecken muss.

Ich teile auch die Auffassung von Frank-Walter Steinmeier, der schon vor zwei Monaten gesagt hat, dass das, was wir an Krise auf uns zukommen sehen, durchaus das Potenzial hat, die Welt zu verändern, ähnlich wie Perestroika oder die Wende 1989/1990. Das hat auch der Ministerpräsident bei all dem, was er an Diagnose und Therapie dargestellt hat, sehr deutlich erklärt.

Ich glaube, dass es zunehmend wichtig ist und bleibt, dass wir uns miteinander Gedanken darüber machen, was die tatsächlichen Ursachen dieser Krise sind. Nur wenn wir die Diagnose ordentlich stellen, werden wir auch in der Lage sein, die Therapie so zusammenzustellen, dass sie auch Wirkung zeigt. Es macht keinen Sinn, einfach nur daraufloszuschimpfen. Ich glaube, dass es wichtig ist, im Detail nachzuschauen, welche Fehler haben die Banken gemacht, welche Fehler hat die Realwirtschaft gemacht, welche Fehler hat auch die Politik gemacht, um daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Da sind wir uns ja einig!)

Ich glaube aber auch, dass der einfache Ruf nach Steuersenkung, nach Neuverschuldung oder zum Beispiel nach irgendwelchen Gutscheinen mit Sicherheit nicht trägt. Das ist zu einfach, ganz so wird es nicht funktionieren. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass immer mehr Leute kommen, die schnell einmal etwas aus dem Hut zaubern, was sie immer schon einmal haben wollten, und meinen, gerade in dieser Zeit müsste das jetzt getan werden. Das ist alles sicherlich diskutierenswert, ob es aber tatsächlich trägt, ob es greift, ob es Jobs schafft, ist eine andere Frage.

Der Ministerpräsident hat vorhin viel dazu gesagt, und ich fand es gut, dass er noch einmal unterstrichen hat, wie wichtig ihm und uns das Soziale in dieser Marktwirtschaft ist. Gerade für Ostdeutschland ist es extrem wichtig, dass man das immer wieder hervorhebt. Wir alle wissen, wie kritisch die Ostdeutschen der Marktwirtschaft, aber auch der Demokratie gegenüberstehen. Wir müssen uns wirklich davor hüten - da fand ich Ihre Worte, Frau Kaiser, ganz gut -, diese Krise zu einer Krise der Demokratie werden zu lassen. Wir müssen deutlich machen, dass die soziale Marktwirtschaft, aber auch die Demokratie in der Lage sein werden, genau diese Probleme zu meistern, vor denen wir stehen.

Zudem müssen wir verdeutlichen, dass es nach unserer Erfahrung nichts Vergleichbares gibt, das die Problemlage in der gleichen Weise meistern könnte wie die Demokratie und die soziale Marktwirtschaft.

Brandenburg ist heute wesentlich besser als vor fünf Jahren - vor der ersten Krise, die ich persönlich politisch gestaltend miterlebt habe - aufgestellt. Die Arbeitslosigkeit ist um 40 % gesunken. Zum ersten Mal ist am Ende des Konjunkturzyklus die Arbeitslosigkeit niedriger als im vorherigen Konjunkturzyklus an der gleichen Stelle. Dies war schon seit langem nicht mehr der Fall.

Kollege Vietze, ich habe heute ein wenig auf der Internetseite www.rosaluxemburgstiftung.de gegoogelt. Dort müssen Sie einige Ihrer Schriften korrigieren; denn einige Ihrer Aussagen sind nicht zutreffend.

(Vietze [DIE LINKE]: Da haben Sie zu oberflächlich geschaut!)

Hinsichtlich der Finanztheorien und Wirtschaftstheorien - auch der modernen Welt und nicht nur der Margen - müssen wir unsere Lehren ziehen.

Unsere Industrie ist derzeit - im Vergleich zu vergangenen Jahren - breiter aufgestellt. Zwar sind wir industriell - dies beklagen wir stets in den vergangenen Jahren - längst nicht so breit aufgestellt wie andere Länder, jedoch kann dies auch ein Vorteil sein, weil wir kleinteiliger und damit auch flexibler in der Wirtschaft agieren können als diejenigen Länder, in denen Arbeitgeber 20 000 oder 30 000 Arbeitsplätze bieten können. Diese spüren viel eher, dass sich eine Krise in der Metallwirtschaft unter anderem auf die Autobranche negativ niederschlägt.

Unser Haushalt war im vergangenen Jahr zum ersten Mal ausgeglichen. Ich hoffe - der Finanzminister ist inzwischen wieder anwesend -, dass uns das auch in diesem Jahr gelingt. Leider sehen wir das für das nächste Jahr wesentlich skeptischer.

Die letzten internationalen Vergleiche haben gezeigt, dass unsere Schulen und Kitas wesentlich besser geworden sind. Des Weiteren haben die Arbeitsmarktreflexen - diesbezüglich sollten wir uns, Frau Kaiser, nichts vormachen - dafür gesorgt, dass wir in unseren Arbeitsagenturen und ARGEN sowie in den Optionsgemeinden hinsichtlich der Betreuung und Vermittlung sowohl von Langzeitarbeitslosen als auch von neu hinzugekommenen Arbeitslosen wesentlich besser aufgestellt sind.

Ich möchte mich nicht an die Zeit zurückerinnern und mir auch nicht vorstellen, wie wir dastünden, wenn heute noch auf einen Vermittler 1 000 Arbeitslose kämen. Die Situation aus dem Jahr 2004 ist heute für uns undenkbar. Wir wissen, dass wir noch lange nicht dort angekommen sind, wohin wir wollen. Dennoch sind wir diesbezüglich ein gutes Stück vorangekommen. Das hat deutlich etwas mit der Agenda 2010 und mit den Reformen am Arbeitsmarkt zu tun. All das ist wichtig und richtig. Dies braucht man, wenn man in diesen stürmischen Zeiten in unruhiges Wasser gerät. Die derzeitige Regierungskoalition hat dies vollbracht und dafür gesorgt, dass Brandenburg besser dasteht als in den vergangenen 18 Jahren. Dies ist unser Verdienst, auf das wir stolz sein können.

(Beifall bei SPD und CDU)

In den kommenden Monaten wird diese Koalition ihren Job machen. Dies erwarten die Brandenburgerinnen und Brandenburger von uns, und dieser Verantwortung werden wir auch gerecht werden.

Ich möchte deutlich sagen, dass der Wahlkampf in diesem Land erst nach dem 4. Juli 2009 beginnen darf. Das hat nichts mit dem amerikanischen Independence Day zu tun, sondern vielmehr damit, dass der 4. Juli 2009 wahrscheinlich der Tag unserer letzten Plenarsitzung vor der Wahl sein wird. Bis dahin haben wir alle noch viel Arbeit vor uns. Das, was wir an Zielstellungen haben und was sich in der nächsten Zeit noch an Aufgaben aufzutun wird - es wird noch vieles hinzukommen -, sollten wir auch abarbeiten.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, Sie haben - dies möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen - für all die Ideen, die Sie vorhin vorgetragen haben, die volle Unterstützung der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Für alle Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben, haben Sie den vollen Rückhalt von uns. Brandenburg braucht - das muss deutlich gesagt werden - insbesondere in dieser Zeit eine starke und handlungsfähige Regierung und einen erfahrenen und starken Ministerpräsidenten. Beides können wir vorweisen, worauf wir auch stolz sein können.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Lassen Sie mich drei Anmerkungen zur Regierungserklärung machen. Erstens: Worüber sprechen wir?

Herr Krause, macht Sie irgendetwas nervös?

(Krause [DIE LINKE]: Haben wir heute schon den 4. Juli?)

- Ich habe eben gesagt, dass wir bis dahin noch viel zu tun haben.

(Zuruf des Abgeordneten Hammer [DIE LINKE])

In der Tat sprechen wir über eine weltweite Finanzkrise. Diese Finanzkrise wurde zwar nicht in Brandenburg ausgelöst, betrifft jedoch auch unser Land. Sie wurde von Bankern ausgelöst, die den Hals nicht voll genug bekommen konnten, aber auch von Kunden - Matthias Platzeck hat es vorhin gesagt -, die aberwitzige Produkte gekauft haben. Ich glaube, dass etwas mehr gesunder Menschenverstand, etwas mehr Bodenhaftung und eventuell auch etwas mehr Achtung vor dem, was Menschen mit Händen und Füßen schaffen, insbesondere an der Wall Street, in der City of London und vielleicht auch in Frankfurt/Main dafür gesorgt hätte, dass so etwas nicht geschehen kann.

Mich persönlich ärgert es maßlos - dies habe ich bereits im Oktober gesagt -, mit welcher Arroganz und Selbstherrlichkeit in den letzten Jahren agiert wurde. Zudem ärgert mich, dass es viel zu wenige gibt, die bereit sind, ihre Schuld einzugestehen oder Verantwortung zu übernehmen.

Ich begrüße es, dass der Ministerpräsident gestern mit den Vertretern der Deutschen Bank gesprochen hat. Wenn von dort das Signal kam, hier helfen zu wollen, ist das in gewisser Weise sicherlich ein Eingeständnis. Dennoch fand ich es empörend, dass der Chefvolkswirt der Deutschen Bank in der vergangenen Woche gesagt hat, er rechne - aufgrund der Tatsache, dass die Banken derzeit kein Geld für gute Projekte in Deutschland geben würden - mit einer Rezession von 4 %.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Ja!)

Da muss ich mich tatsächlich fragen: Warum ändert dann diese führende Deutsche Bank nicht ihre Geldpolitik, wenn sie dies als Problem erkannt hat?

An dieser Stelle möchte ich noch Folgendes sagen: Frau Kaiser, es macht keinen Sinn - ich habe dies von Gregor Gysi, von Lafontaine und von Ihnen, Frau Kaiser, gehört -, durch das Land zu rennen und so zu tun, als würde Peer Steinbrück den Banken das Geld hinterherschmeißen. Schließlich müssen diese Banken die Bürgschaften teuer bezahlen. Die eigenkapitalersetzenden Darlehen kosten 8 %. Dies muss in aller Deutlichkeit gesagt werden. Es geht hier nicht um Geschenke an Banken, sondern darum, dass die Banken liquide Gelder bekommen können, dass die Banken Geld und Vertrauen untereinander gewinnen und in der Lage sind, die Volkswirtschaft mit Kapital abzusichern.

(Bischoff [SPD]: Mit Bürgschaften!)

- Ja, unter anderem mit Bürgschaften.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal deutlich sagen, dass es ein Job dieser Bundesregierung war, dafür zu sorgen, dass Banken dies aus der Verantwortung für die deutsche Wirtschaft können. Wenn die Bundesregierung mit Peer Steinbrück diese Verantwortung ins Land getragen hat, ist es nicht so, dass diese Verantwortung eine Einbahnstraße ist. Schließlich tragen auch die Banken eine Verantwortung. Sie müssen in den nächsten Monaten zeigen, dass sie dieser Verantwortung gerecht werden.

(Krause [DIE LINKE]: Dann zwingen Sie sie mit Regeln dazu!)

Das Signal von der Deutschen Bank habe ich gehört. Nun bin ich gespannt, wie sich das in der nächsten Zeit entwickelt.

(Krause [DIE LINKE]: Man kann nicht immer nur hoffen und glauben!)

Auf jeden Fall müssen wir dafür sorgen, dass Geld fließt. Ich bin Peer Steinbrück dankbar für seine klare Analyse der vergangenen Wochen, Monate und Jahre, für sein Eingeständnis, dass Fehler gemacht wurden, aber auch für die Handlungsoptionen, die er dieser Republik ermöglicht hat.

Die Finanzkrise geht mit einer Krise eines Wirtschafts- und Produktionsmodells einher, das unter dem Motto „größer, schöner, schneller“ - meinetwegen auch noch „teurer“ - gestartet ist. Dieses Produktionsmodell scheitert. Dies erleben wir unter anderem bei den kleinen und sparsamen Autos. Ich habe erst vor kurzem gelesen, dass der Absatz dieser Autos im letzten Quartal um 20 % gestiegen ist, jedoch die gesamte Branche mit dem Motto „größer, schöner, schneller, teurer“ eingebrochen ist. Dies betrifft nicht nur die Automobilwirtschaft, sondern gegenwärtig auch andere Produkte in der Realwirtschaft. Die Schwierigkeit für uns und die Wirtschaft besteht nun darin, dass beides - die Finanz- und die Produktionskrise - zum gleichen Zeitpunkt über uns hereinbricht.

Das Produktionsmodell der Zukunft muss, glaube ich, anders heißen. Es geht dabei um mehr Effizienz, mehr Intelligenz und mehr Ökologie/Nachhaltigkeit. Wer heute sparsame Autos entwirft und sparsame Produkte verkaufen möchte, ist nach wie vor gut am Markt aufgestellt. Dies wird insbesondere - das sage ich vor dem Hintergrund, dass es vor kurzem einige schlechte Schlagzeilen über die Solarbranche gab - bei den regenerativen Energien die Zukunft zeigen. Das Zeitalter, in dem Rohstoffe unbegrenzt und preiswert zur Verfügung standen, ist zu Ende. Dies muss jedem klar sein. Wir sollten uns auch nicht von den niedrigen Benzinpreisen täuschen lassen; denn diese werden nicht so niedrig bleiben. Vielmehr werden wir auch dort erleben, dass die Preise wieder steigen. Dessen sollten wir uns bereits jetzt bewusst sein.

Zweitens: Worauf kommt es an dieser Stelle in Zukunft an? - Effizienter, ökologischer und intelligenter muss die Richtschnur unseres Handelns sein. Wir sprechen derzeit über eine globale Krise. In dem Zusammenhang ist Brandenburg - wir wollen nicht vermessen sein - recht klein. Dies sollte uns jedoch nicht dazu veranlassen, uns zurückzulehnen und zu sagen: Wir können sowieso nichts tun. - Wir wollen und sollen nicht wie ein Kaninchen vor der Schlange hocken und zuschauen, wie andere handeln.

Das kann nicht unser Ding sein. Es gibt keinen Grund, sich zurückzulehnen, und wir wissen ganz genau, dass wir in Brandenburg alles daransetzen müssen, dass wir die Erfolge der letzten Jahre nicht begraben, sondern dass wir das machen, was wir in den letzten Jahren auch gemacht haben. Wir werden auch in der Krise - gerade in der Krise - um jeden Job in Brandenburg kämpfen. Wir Sozialdemokraten werden alles tun, um unser Sozialsystem zu schützen.

Ich möchte überhaupt nicht zulassen, dass wir unser soziales

Engagement der letzten Jahre auch nur an einer Stelle zurückfahren müssen, weil irgendwelche Fondsmanager den Hals nicht voll genug kriegen konnten.

Wir werden in Brandenburg auch keine sozialen Projekte streichen. Ich denke an den Schulsozialfonds, ich denke an die Unterstützung für die Schülerbeförderung, ich denke an die Unterstützung für Kitas etc., pp. Das werden wir nicht zulassen. Es wäre auch das völlig falsche und fatale Signal in dieser Situation.

Wir werden in den nächsten Wochen, Frau Kaiser, klug investieren. Ich glaube, dass es nicht darum gehen kann, hier mit irgendeiner Tonnenideologie zu starten und massenhaft Geld in die Landschaft zu pumpen. Die Vorschläge, die Sie auf Ihrem Parteitag gemacht haben, erinnern mich an das, was wir Anfang der 90er Jahre gemacht haben. Wir haben mitunter viel Geld wie Luft mit großen Schippen über den Maschendrahtzaun geschippt, und es ist damit längst nicht das passiert, was wir wollten. Wenn es eine Erfahrung gibt, die wir auch als Brandenburger in den letzten Jahren gemacht haben, dann heißt das, dass wir uns nicht auf -

(Bischoff [SPD]: Strohfeuer!)

- genau - ein Strohfeuer einlassen dürfen, sondern dass wir wirklich gezielt und effizient dort mit Geld einsteigen müssen, wo wir wissen, dass es Jobs erhält oder Jobs kreiert.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Die vergangenen Wochen haben aber auch gezeigt, dass die alten ökonomischen Weisheiten, auch die der Finanzmärkte, wirklich nicht mehr zutreffen. Ich darf daran erinnern, dass die Zentralbanken in Amerika - Sir Bernanke -, aber auch in Europa massiv ihre Leitzinsen gesenkt haben. Nach der alten Denke müsste das zwangsläufig dazu führen, dass Banken relativ preiswert auf dem Kreditmarkt agieren und Unternehmen Geld geben. Nix da! In Amerika nicht und hier nicht. Das heißt also, auch das alte Geldsystem wird nicht weiter so funktionieren, wie wir das bisher erlebt haben. Auch dort, muss man ganz deutlich sagen, stoßen Geldforscher, stoßen Wirtschaftsforscher, stößt auch die Prognosefähigkeit dieser Leute an ihre Grenzen. Manchmal geben sie es ja sogar zu. Ich wäre nur dankbar und froh, wenn sie mit diesen haarsträubenden Prognosen, die wir momentan hören, hinterm Berg hielten und nicht andauernd versuchten, damit auch noch Schlagzeilen zu machen.

Ich glaube, dass vor diesem Hintergrund, dass das Geld momentan eben nicht so fließt, jetzt wirklich die Stunde für öffentliche Investitionen ist. Der Staat muss handeln, und der Staat kann auch handeln, aber er kann es eben nur, wenn es ein starker Staat ist. Matthias Platzeck hat das vorhin sehr eindringlich gesagt.

Wir Sozis haben immer dafür gekämpft, dass der Staat handlungsfähig ist. Wir haben immer dafür gekämpft, einen Staat zu haben, der in der Lage ist, auch Geld in die Hand zu nehmen, um Infrastruktur, um Schulen, um Bildung, um all das voranzubringen. Dafür muss er Einnahmen haben.

Ich finde es, ehrlich gesagt, besonders absurd, wenn ich heutzutage Leute höre - auch aus der Bundespolitik -, die daher-

kommen und ganz laut rufen: Der Staat muss sofort die Steuern senken!, und schon im nächsten Halbsatz - dazwischen ist nur ein Komma - sagen: Der Staat muss zukünftig stark investieren. Beides zusammen geht nicht, es sei denn, der Staat verschuldet sich wieder stärker, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das kann man, glaube ich, miteinander nicht zulassen.

Aber die SPD-Fraktion unterstützt alle Maßnahmen, die dafür geeignet sind, dass in diesem Land stärker investiert wird. Ich fand die Ansage von Matthias Platzeck vorhin, ehrlich gesagt, nahezu berauschend,

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Was?)

dass wir Ende nächsten Jahres in der Lage sein werden, fast überall Breitband für das Internet anzubieten. Ich denke, das ist ein deutliches Signal für die erhöhte Attraktivität des Landes auch in der Fläche,

(Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE)

und ich glaube, dass das im Wesentlichen dazu beitragen wird, Jobs zu erhalten, Jobs zu kreieren und dafür zu sorgen, dass Menschen in allen Ecken des Landes und in der Fläche des Landes Arbeit kriegen können. Das ist eine Herausforderung für alle, aber ich bin - ich werde das nachher noch einmal sagen - Optimist genug und Realist zugleich, um zu wissen, dass wir das schaffen werden.

Ich unterstütze auch den Ansatz der Bundesregierung, in der nächsten Zeit stärker Investitionen in Schulen zu ermöglichen. - Frau Kaiser, da haben Sie vielleicht nicht richtig hingehört oder einen alten Redetext verwendet: Der Ministerpräsident hat deutlich gemacht, selbst wenn das Programm des Bundes nicht kommt, werden wir unser Kreditprogramm im Land fortsetzen;

(Beifall bei der SPD)

es ist jetzt ausgelaufen, aber es war ein erfolgreiches Kreditprogramm. Wir haben die Kommunen unterstützt, wenn sie Schulen, Kitas und Turnhallen bauen wollten, und haben ihre Zinsen übernommen. Ich glaube, gerade in der Zukunft - das zeigt ja gerade auch das, was wir auf dem Kapitalmarkt erleben - werden Zinsen nicht teuer sein. Das heißt, wir können mit relativ wenig Geld viel erreichen. Ich möchte die Landesregierung ausdrücklich ermuntern, diesen Weg schnell zu verfolgen. Wir haben Erfahrung mit diesem Programm, wir müssen da gar nichts neu erfinden, wir wissen, wie wir es umsetzen können, also sollten wir es auch ziemlich zügig anwenden.

Ich unterstütze auch den Ansatz, in Investitionen zu gehen, was Schienen, was Straßen, aber auch, was die ökologische Gebäudesanierung angeht. Das wird uns schneller machen, das wird auch die Heizkosten senken, und es wird das Land ökologischer und nachhaltiger machen.

All das wird mit Sicherheit Arbeitsplätze vor Ort schaffen, und es wird effizienter, es wird ökologischer, und es wird besser in diesem Land. Wir brauchen nicht irgendwelche Investitionen, wir brauchen Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur.

Und es geht - damit bin ich beim nächsten Thema - um Investitionen in Köpfe. - Das dritte Stichwort heißt ja, wie gesagt, „in-

telligenter“. Es ist sehr wahrscheinlich - da muss man kein Prophet sein -, dass die Nachrichten vom Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten nicht mehr so gut sein werden. Für jeden Einzelnen, der seinen Arbeitsplatz verliert, ist das eine ganz schlimme Nachricht. Grundsätzlich bleibt aber richtig, dass Brandenburg in dieser Zeit, aber auch in den nächsten Jahren gute Fachkräfte braucht, auch wenn wir jetzt eine konjunkturelle Delle erleben. Genau deshalb müssen die Arbeitsagenturen, müssen die Optionsgemeinden, müssen die ARGEn, müssen alle Partner des Arbeitsmarktes ihre Vermittlungs- und Betreuungsangebote verstärken, verbessern, besser sein als in der Vergangenheit.

Genau deshalb müssen wir, glaube ich, auch die Arbeitsmarktprogramme verstärken. Ich bin froh, dass es Dagmar Ziegler gelungen ist, bei den Verhandlungen mit dem Bund dafür zu sorgen, dass mehr Kommunen im Land in der Lage sein werden, den Kommunal-Kombi anzuwenden. Ob es nachher 11 000 oder 7 000 oder 5 000 Stellen sind, werden wir sehen. Ich sage nur, Herr Görke, Frau Kaiser, wir geben momentan in das Programm Kommunal-Kombi fast 40 Millionen Euro. Das ist ein Haufen Geld für dieses Land. Ich unterstütze alles das, was dazu beiträgt, dass diese Gelder auch abfließen. Aber ich warne davor, durchs Land zu rennen und zu sagen: Hier können wir noch mehr machen. - Das wird sehr schwer, weil es auch für Brandenburg ein relativ teures Programm ist. Aber wenn es hilft, Langzeitarbeitslose länger als ein halbes Jahr oder ein Jahr in Arbeit zu bringen, dann stehen wir zu den 40 Millionen Euro, und ich will alles daransetzen, wie gesagt, dass das Programm auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Aber es muss in den nächsten Monaten auch darum gehen, dass wir die Qualifikation unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern. Darum, denke ich, ist es wichtig, dass wir auch über Bildung in diesem Land reden. Wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, kein Jota davon abweichen, was die Verbesserung der Qualität unserer Bildung im Lande angeht. Damit meine ich Schulen, damit meine ich Kitas, damit meine ich Hochschulen. Aber ich meine damit auch die Qualifizierung von Arbeitslosen oder - der Ministerpräsident hat es gesagt - die Qualifizierung von Leuten, die jetzt in Kurzarbeit sind. Die Verlängerung der Zahlung des Kurzarbeitergeldes um ein halbes Jahr auf eineinhalb Jahre muss eben für die Arbeitslosen auch die Chance sein, sich für die Zeit des Wiedereinstiegs zu qualifizieren - für den Job, in dem sie noch in Kurzarbeit sind, oder für den Job, den sie danach kriegen können. Es kann nicht sein, dass sie eineinhalb Jahre, ein Jahr oder ein halbes Jahr verharren und warten, dass wieder irgendetwas passiert. Aktive Arbeitsmarktpolitik heißt investieren in die Köpfe. Ich glaube, wenn man darin investiert, kann man am allerwenigsten falsch machen, wenn man es klug und intelligent macht. Deshalb, wie gesagt, wollen wir in diesen Bereich investieren.

Auch in die Kitas wird im nächsten Jahr zusätzlich mit 10 Millionen Euro eingestiegen werden. Es geht dabei um Investitionen in die Kitas. Ich glaube, das ist nicht nur gut angelegtes Geld, weil es unseren Kindern zugutekommt, sondern es ist auch gut angelegtes Geld, weil wir damit Unternehmen vor Ort in Arbeit bringen.

Meine Fraktion, wie gesagt, ist ganz entschieden dafür, dass wir

das Investitionsprogramm über die Kreditfinanzierung für Schulen und Sportstätten wieder auflagen. Ich erlebe es, dass in vielen Kreisen danach ein lauter Ruf erschallt. Viele Kreise, viele Kommunen stehen als Schulträger Gewehr bei Fuß und sind dabei, wenn wir zinslose Schulbaurdarlehen vergeben können.

Worauf kommt es jetzt an? Frau Kaiser, Sie haben Recht. Es geht um Ehrlichkeit. Es geht um Verantwortung und um Zuversicht. Meine Fraktion trägt seit vier Jahren das Motto: „Mit dem Gesicht zu den Menschen!“ Wenn wir sagen „Mit dem Gesicht zu den Menschen“, dann machen wir das ehrlich. Zu dieser Ehrlichkeit gehört, klar zu sagen, was mit uns passiert und was in diesem Land passiert. Zu dieser Ehrlichkeit, Frau Kaiser, gehört aber auch, dass wir sagen, was geht und was eben nicht geht. Es geht eine ganze Menge. Davon bin ich ganz stark überzeugt. Das haben wir heute auch vom Ministerpräsidenten gehört, und das habe ich noch einmal unterstrichen. Aber es wird auf keinen Fall gehen, uns Hals über Kopf stärker als in der Vergangenheit zu verschulden. Das wird nicht funktionieren. Ihr 200-Millionen-Euro-Programm, geschweige denn Ihr 50-Milliarden-Euro-Bundesprogramm, ist nichts anderes als ein weiteres Stürzen in die Verschuldungsfalle. Das ist nicht generationengerecht und wird der Verantwortung, die wir in den letzten Jahren hatten, gerade was die Haushaltspolitik angeht, keinesfalls gerecht. Darum wird es so auch nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Es wird auch nicht gehen, um hier noch einmal Peer Steinbrück zu zitieren, dass wir uns ins Koma sparen. Das wird nicht machbar sein. Was wir machen müssen, ist, intelligent, zukunftsgerichtet, ökologisch und nachhaltig zu investieren.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Da habe ich meine Bedenken!)

- Nein, es ist nicht die Zeit der Tonnenideologie, sondern es ist die Zeit der intelligenten Maßnahmen.

(Unruhe)

Frau Kaiser, Ehrlichkeit, Verantwortung und Zuversicht - da bin ich beim Thema Verantwortung.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Sie haben Koma-Sparen gesagt!)

Auch die Opposition trägt in diesem Lande Verantwortung. Mit einer Politik nach dem Stil „Wünsch Dir etwas“ werden wir nicht weiterkommen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Die Lage ist zu ernst, um sich einfach nur hinzustellen und zu sagen: Scheißegal, interessiert uns nicht, woher das Geld kommt! Sie ist auch viel zu ernst, um auf dem Kapitalismus herumzuhacken und zu sagen: Alles schlimm, was der da macht.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [DIE LINKE])

- Nein, wir meinen, dass wir die Probleme mit Verantwortung, mit Zuversicht, aber insbesondere mit einer wirklich

klaren Analyse und nicht nur einfach mit Ausschütten von Geld lösen können. Wir werden sie in diesem Lande auch lösen können.

In Ostdeutschland ist es sehr wichtig, nicht zu versuchen, den Leuten irgendetwas einzureden, was man am Ende nicht halten kann. Ich glaube, dass zu viel versprochen und zu wenig gehalten wurde - nicht von uns. Es ist die Opposition, die sich mit Versprechen den Leuten andient und klar machen will, sie könne das schon richten. Fakt ist, dass es so nicht funktionieren wird.

Verantwortung habe ich genannt. Ehrlichkeit habe ich gesagt, aber auch Zuversicht. Ich bin von Natur aus ein optimistischer Mensch. Es nützt uns allen gar nichts, wenn wir von nun an mit hängenden Mundwinkeln durch die Lande rennen und sagen: Alles ganz schlimm. Das schaffen wir nicht. Die Krise überrollt uns. Um Gottes willen, was soll nur aus uns werden? - Ich will, dass wir mit Elan und mit scharfem Verstand die vor uns liegenden Aufgaben angehen.

Matthias Platzeck hat das sehr deutlich umrissen. Ich will, dass wir auch in diesem Land um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Ich will, dass wir all die sinnvollen und möglichen Investitionen, die vor uns liegen, durch eine effiziente Verwaltung hinkommen. Mit Zuversicht, Zusammenhalt und Entschlossenheit werden wir Brandenburg voranbringen können. Wir haben unsere Erfahrungen - Matthias Platzeck hat es gesagt - mit Umbrüchen. Wir haben schon ganz andere Situationen in diesem Lande gemeistert. Darum ist mir gar nicht bange, dass wir das mit diesen Erfahrungen und mit der nötigen Ge- und Entschlossenheit auch bewältigen werden, was vor uns liegt, ohne dabei das Erreichte aufs Spiel zu setzen.

Der Ministerpräsident hat die Richtung vorgegeben. Ich glaube, das ist eine ganze Menge wert. Wir können uns daran orientieren. Es gibt einen Altmeister für kurze Sätze. Kurze Sätze können manchmal ganz prägnant sein und Dinge auf den Punkt bringen.

(Einzelbeifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Franz Müntefering bringt das, glaube ich, ganz gut. Er selbst kokettiert damit, dass er sagt, lange Sätze könne er nicht. Ich will einmal zwei kurze Sätze von ihm etwas abwandeln: Ministerpräsident in Brandenburg ist gut. Brandenburg, alles Gute! - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Baaske. - Das Wort erhält Frau Abgeordnete Hesselbarth.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Von scharfem Verstand geprägt!)

Frau Hesselbarth (DVU):

Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Die Situation, in die uns die Globalisierung und gewissenlose Finanzspekulant gebracht haben, ist zweifellos ernst, sogar sehr ernst.

Die überwiegende Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik wie auch der Bürger unseres Landes ist für diese Situation nicht verantwortlich, diese sind aber die Leidtragenden der Folgen von Spekulantentum und finanztechnischem Größenwahn sogenannter Manager und Banker.

Jetzt wird nach dem Staat gerufen, wird förmlich um Hilfen gebettelt, und keiner der sogenannten Experten will das vorhergesehen haben. Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung war so gut, wie sie schlecht war. Die Bürger dieses Landes brauchen Zuverlässigkeit, sie brauchen Vertrauen, und sie brauchen Hilfe. Sie brauchen keine Versprechungen, die letztlich wieder nicht gehalten werden.

(Beifall bei der DVU)

An all den Punkten mangelt es in Ihrer Regierungserklärung. Es bleiben mehr Fragen als Antworten. Wer es immer noch nicht begriffen hat, solle sich vor Augen führen, dass der Binnenmarkt dabei ist zu kollabieren. Er folgt damit den Erscheinungen des noch kürzlich so hochgelobten Exportes und verkümmert auf ein Minimum.

Die Zahlen, die jetzt vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht werden, sind nicht nur erschreckend, nein, ich finde sie sogar dramatisch. 3 % Verlust am Bruttosozialprodukt für 2009 ist ein Wert, der nicht zu vernachlässigen ist. Auch unser Land wird an den Folgen dieses Einbruchs seinen Anteil zu tragen haben, und die Einschnitte kommen unaufhaltsam näher.

Ich sagte es schon, Herr Ministerpräsident: Nach Ihrer Regierungserklärung bleiben Fragen offen. Aber gehen wir systematisch vor. Meine Damen und Herren, alle roten oder rot-schwarzen Landesregierungen seit 1990 haben dieses Land und seine mittelständisch geprägte Wirtschaft - gelinde gesagt - stiefmütterlich behandelt. Sah man Anfang der 90er Jahre unter Ministerpräsident Stolpe noch tatenlos zu, wie die Treuhandanstalt und ihre Nachfolgerin die verbliebenen DDR-Firmen auf Brandenburger Boden platt machten, war man danach nicht in der Lage, dafür zu sorgen und die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine tragfähige Wirtschaftsstruktur in Brandenburg entstehen konnte. Stattdessen wurde bis zum Ende der letzten Legislaturperiode die sogenannte Leuchtturmpolitik betrieben, während man die kleinen und mittelständischen Firmen in Brandenburg mit ihrer geringen Eigenkapitaldecke im Regen stehen ließ. Die Folgen waren Investitionsruinen wie Lausitzring, CargoLifter, Chipfabrik und massenhafte Firmenpleiten beispielsweise in der Bauindustrie und Massenarbeitslosigkeit in Brandenburg.

Dann kam mit Beginn der laufenden Legislaturperiode die Rotstiftspolitik aus dem Hause Speer, wie man alle Jahre wieder in den zuständigen Ausschüssen besonders für Wirtschaft und Haushalt und Finanzen anhand der völlig unzureichenden Mittelabflüsse nachvollziehen konnte.

Dann kamen Sie, Herr Ministerpräsident, mit Ihrem famosen neuen Leitbild, was dazu führte, dass die gesamte Förderpolitik in den Bereichen Wirtschaft und Infrastruktur auf sogenannte Wachstumsbranchen in sogenannten Wachstumskernen fokussiert wurde und der Rest Brandenburgs förderpolitisch außen vor blieb.

Die Frage des Kollegen Homeyer von der CDU-Fraktion während der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses, wann es

endlich zu der Ausstrahlungswirkung der regionalen Wachstumskerne auf ihr Umland käme, wurde vom Vertreter der Staatskanzlei ziemlich kleinlaut mit der Bemerkung abgetan, dass man mal eben sehen müsse. Außerdem fehlt entsprechendes Datenmaterial, und eine Evaluierung soll ohnehin erst 2010 durchgeführt werden. Dieses „man muss mal eben sehen“ zeugt keineswegs von eigener Zuversichtlichkeit und schon gar nicht von eigener Überzeugung, nein, es erinnert vielmehr an Experimentierfreudigkeit dieser Landesregierung.

(Beifall bei der DVU)

Minister Junghanns hingegen beauftragte für die stolze Summe von 120 000 Euro die Firma Prognos AG, einen Bericht über die - so wörtlich - projektbegleitende Evaluierung der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderstrategie des Landes Brandenburg zu erstellen. Was dabei herauskam, war ein Gefälligkeitsgutachten allererster Güte. Angeblich habe man 1 000 Unternehmen in Brandenburg dazu befragt und 350 hätten geantwortet, wobei man auf meine entsprechende Nachfrage während der letzten Wirtschaftsausschusssitzung zu den befragten Unternehmen oder zumindest zu deren Branchen noch nicht einmal Angaben machen konnte. Aber da ja im Hause Junghanns das Motto gilt: „Wer zahlt, schafft an“, kam die Firma Prognos AG selbstverständlich zu dem vom Wirtschaftsministerium erwünschten positiven Ergebnis.

Man kann es natürlich auch anders ausdrücken. Analog der Bundesagentur für Arbeit mit ihren geschönten Arbeitsmarktstatistiken und getreu dem Ausspruch von Winston Churchill: „Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast“, beschäftigt das Wirtschaftsministerium Brandenburgs zwei Jahre lang für 120 000 Euro hochbezahlte externe Fachleute zur Erstellung eines Sonnenscheinberichts mit Selbstbeweihräucherungseffekt bezüglich der eigenen Wirtschaftspolitik. Mit diesem Geld hätte man wahrlich Sinnvolleres anfangen können, als die eigene Bevölkerung und die Mitglieder des Landtages zu belügen. Man hätte nämlich zum Beispiel Wirtschaftsförderung damit betreiben können.

(Beifall bei der DVU)

Als dann im Zuge der Diskussion über diesen Bericht zumindest vereinzelt Einwände kamen, sagte Minister Junghanns, dass es ja vereinzelt Sandkörner im Getriebe der neuen Förderstrategie geben könnte. Ich denke, es handelt sich hier wohl eher um Riesenfelsbrocken im Getriebe.

(Beifall bei der DVU)

Denn, meine Damen und Herren, schauen wir uns die Zahlen der Brandenburger Wirtschaft im Angesicht der auf uns zukommenden Wirtschaftskrise einmal an. Schauen wir uns an, wie Brandenburg auf die Krise, für die die Landesregierung zwar nicht verantwortlich ist, für die sie aber auch keine Vorkehrungen traf, vorbereitet ist. Also zu den Zahlen, Fakten und Daten:

Der Abschwung hat Brandenburg mit voller Kraft erreicht. Nun rächt sich Ihre Wachstumsbranchenfokussierung bei der Wirtschaftsförderung doppelt; denn einerseits lässt man die kleinen und mittelständischen Firmen, die nicht zu den Wachstumsbranchen gehören oder sich nicht in Wachstumskernen befinden, nach wie vor im ökonomischen Ruin versinken, und andererseits

sind es aber gerade die wenigen großen Firmen der sogenannten Wachstumsbranchen, die sozusagen als Konjunkturindikatoren die Folge der Wirtschaftskrise sogar als Erste zu spüren bekommen.

Auch Sie, Herr Minister Junghanns, haben vordergründig auf den Export gesetzt. Das rächt sich jetzt bitter. Ihr Fehler lag und liegt einfach in der quantitativen Einschätzung des Exports. Sie haben einfach den Rückgang der globalen Nachfrage und dessen Auswirkungen auf die Brandenburger Wirtschaft unterschätzt. Davor hat vor Jahren schon ein Parteikollege von Ihnen gewarnt; Ludwig Erhard, glaube ich, war es. Er hat damit auch Recht behalten, wie wir derzeit zu spüren bekommen.

Bei uns ist die Problematik nur etwas verspätet angekommen, da wir größtenteils in die osteuropäischen Länder exportieren. Aber jetzt hat es uns erreicht, und zwar mit ganzer Härte. Die Fakten in Brandenburg sprechen eine klare Sprache. Im Mercedes-Transporter-Werk in Ludwigsfelde wird wegen Auftragsmangels Kurzarbeit verhängt. Im Stahlwerk in Eisenhüttenstadt gilt sie schon, und weitere werden folgen. Damit versuchen beide Firmen, die Einschnitte für die Belegschaft möglichst gering zu halten. Ob das ausreicht, ist angesichts des rasanten Tempos der Talfahrt aber fraglich. Auch bei Rolls-Royce in Ludwigsfelde wird der Personalbestand verringert, obwohl das Unternehmen hauptsächlich im Instandsetzungssektor arbeitet.

Derzeit ist nicht absehbar, wann etwa die Autonachfrage wieder anspringt. Zu vermuten ist aber, dass es länger als nur ein paar Monate dauern wird. Die durch die Bundesregierung geplanten zweijährigen Steuersenkungen für Neufahrzeuge sind als Mittel zur Belebung des Binnenmarkts einfach nur lächerlich. Der einzelne Endverbraucher ist mit den derzeitigen Rabatten der Autohäuser schon wesentlich besser bedient als mit ein paar Euro Steuerersparnis. Trotzdem halten sich die Kunden zurück.

Die Krise wird Arbeitsplätze kosten, nicht nur zeitweise sondern auf Dauer. Den ersten Vorgeschmack darauf liefert die Firma ArcelorMittal, die in Eisenhüttenstadt bis zu 600 Stellen abbauen wird. Der vorausgegangene Stahlboom hat überdeckt, dass in der Branche ein latenter Druck besteht, Kosten zu sparen und die Produktivität zu steigern. In Krisenzeiten bedeutet das eben Personalabbau.

Meine Damen und Herren, so schön es ist, dass die ebenfalls in Eisenhüttenstadt geplante Papierfabrik 175 Stellen schaffen will, so gleicht das die Stellenfreisetzung in der Stahlbranche in keiner Weise aus. Was hier für Ludwigsfelde und auch für Eisenhüttenstadt gilt, gilt natürlich auch für alle übrigen Standorte sogenannter Wachstumsbranchen in unserem Lande. Selbst bei Bombardier in Hennigsdorf ist, wenn auch zeitlich verzögert, mit Produktionsausfällen zu rechnen, weil nämlich die Deutsche Bahn AG als Hauptauftraggeber ebenfalls von der Wirtschaftskrise betroffen sein wird. - Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Meine Damen und Herren, der Beschäftigungszuwachs in Brandenburg hat sich demnach auch in den ersten drei Quartalen des Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich abgeschwächt. Für 2009 rechnen alle anerkannten Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums von zwischen knapp 1 % bis zu 6 %. Brandenburg, bisher bereits im deutschlandweiten Vergleich auf einem der hinteren

Plätze, dürfte dieser Rückgang besonders stark treffen. Die ersten deutlichen Anzeichen der Rezession sind auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt ja bereits deutlich zu erkennen. So stieg der Arbeitslosengeld-I-Bezieher-Betrag seit vielen Monaten erstmals wieder an. Im November gab es 1,4 % Arbeitslosengeld-I-Bezieher mehr als im Vormonat. Auch die Zahl der älteren Arbeitslosen, der über 50, erhöhte sich weiter. Damit ist gerade jener Personenkreis von der negativen wirtschaftlichen Entwicklung betroffen, der an der vergangenen kurzen Aufschwungphase kaum Anteil hatte.

Außerdem stellt die Arbeitslosenstatistik in Brandenburg mit 156 771 Arbeitslosen ohnehin eine geschönte Sicht auf die tatsächliche Lage des Arbeitsmarkts dar. Nicht als arbeitslos in Brandenburg gelten nämlich rund 20 000 1-Euro-Jobber, 5 900 Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen und ca. 25 000 Nichtleistungsbezieher. Damit fehlen in der Statistik mindestens 50 900 Personen, die arbeitslos sind, aber nicht als arbeitslos gelten. Wenn es nach der Bundesregierung geht, soll die Statistik weiter frisiert werden, und es sollen künftig auch all jene aus der Arbeitsmarktstatistik fallen, die von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden.

Damit wären wir, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und von den Koalitionsfraktionen, im Übrigen schon beim nächsten Thema. Ich meine die soziale Lage hier im Lande, besonders auch von denen, die noch Arbeit haben. Der Anteil der Beschäftigten in Brandenburg, die wegen niedriger Löhne ihr Einkommen durch Arbeitslosengeld II aufstocken müssen, ist deutlich gestiegen. Das geht aus den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hervor. In Brandenburg verlief der Anstieg deutlich steiler als im Bundestrend. Im April erhielten insgesamt 71 500 Brandenburger mit Vollzeitstelle zusätzliche staatliche Hilfen. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor, da die fünf Optionskommunen, die sich um ihre Arbeitslosen selbst kümmern, die Daten verspätet melden. In den übrigen Städten und Gemeinden des Landes jedoch wurden im Juli 46 000 Menschen gezählt, deren Arbeitseinkommen aus Hartz-IV-Mitteln aufgestockt werden musste - 7,2 % mehr als im Januar und 10,7 % mehr als im Juli 2007.

Diese Entwicklung schreckte inzwischen selbst die Vertreter des Brandenburger Arbeitsministeriums auf. Dazu kommt die Tatsache, dass hierzulande immer mehr Menschen in die Schuldenfalle geraten. Wie eine Umfrage ergab, entschließen sich immer mehr Betroffene für die private Insolvenz als Ausweg aus ihrer Misere. Nach einer Statistik des Justizministeriums stieg die Zahl der Fälle in den vergangenen Jahren rasant an, insbesondere im Bereich sogenannter Mittelschichtfamilien. Hatten im Jahr 2001 noch 1 776 Privatpersonen und Kleingewerbetreibende Privatinsolvenz angemeldet, waren es 2007 schon knapp 5 000. Also, Herr Ministerpräsident Platzeck und meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, wohin man schaut, ob Wirtschaft, Arbeitsmarkt oder Sozialbereich - eine wahrlich stolze Bilanz Ihrer Regierungstätigkeit!

(Beifall bei der DVU)

Das Thema Demografie muss ich bei der Gelegenheit natürlich auch noch kurz ansprechen. Aufgrund Ihrer förderpolitischen Fehlleistungen - bezogen auf die berlinferneren Regionen unseres Landes; in Zukunft in potenzieller Form beschleunigt durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise - wird unser Land Brandenburg außerhalb des Berliner Speckgürtels

noch stärker ausdünnen als bisher. Das ist auch das Ergebnis einer jüngsten Bevölkerungsgruppenprognose der Bertelsmann Stiftung. Demnach werden 2025 etwa 140 000 weniger Menschen in Brandenburg leben als jetzt. Das entspricht einem Bevölkerungsrückgang um 5 %. Während die Einwohnerzahl in einigen Landkreisen um bis zu ein Viertel schrumpft, insbesondere in der Prignitz, der Uckermark und der Lausitz, ziehen immer mehr Menschen in das Berliner Umland. Dagegen müssen sechs Landkreise mit Bevölkerungsrückgängen von 20 % und mehr rechnen. So soll in der Stadt Frankfurt (Oder) trotz des dort entstandenen Solartechnologieparks die Einwohnerzahl bis 2025 um 23,5 % sinken.

In anderen Landstrichen geht die Vergreisung rapide voran, besonders auf dem flachen Land. Bei der Gruppe der über 80-Jährigen führt Brandenburg mit etwa 122 % Zuwachs die Länderliste deutschlandweit an. Kein Wunder, denn die Jungen, insbesondere Familien mit Kindern, haben dieses Land zum Großteil bereits vor Jahr und Tag verlassen. Dieser Wegzug wird sich im Zuge der Krise noch krasser verstärken.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu den konjunkturpolitischen Maßnahmen dieser Landesregierung, die das Konjunkturpaket der Bundesregierung flankieren sollen. Ist schon das Konjunkturpaket der Bundesregierung lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein, da man in Berlin der Krise lediglich mit der Ausweitung von Abschreibungsmöglichkeiten, die ja grundsätzlich richtig sind, einer zeitlich befristeten Kfz-Steuerbefreiung, die überhaupt nichts bringt, sowie einer marginalen Verbesserung der Mittelstandsförderung begegnen will, so sind die von Ihnen, Herr Junghanns und meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, geplanten flankierenden Maßnahmen buchstäblich ein schlechter Witz.

Die Bürgschaftsinstrumentarien des Landes sowie der Bürgschaftsbank sollen verstärkt werden, und das Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramm will man reaktivieren. Leider sind dafür jedoch nur minimale Mittel eingestellt. Der größte Witz: Es soll ein EFRE-Nachrangdarlehensfonds für den Mittelstand mit einer Finanzausstattung von 20 Millionen Euro - davon 15 Millionen Euro aus EU-Mitteln - eingerichtet werden. Und Sie glauben allen Ernstes, dass das ausreicht?

Dass das mit lächerlichen 500 000 Euro ausgestattete Mikrodarlehensprogramm, das seit mittlerweile eineinhalb Jahren auf Eis liegt, endlich aktiviert werden soll, möchte ich nur am Rande erwähnen.

Aber all das Gesagte steht selbstverständlich noch in den Sternen. Im Zuge der Diskussion während der vergangenen Wirtschaftsausschusssitzung mussten Sie, Herr Minister Junghanns, nämlich zugeben, dass all diese Maßnahmen von der Zustimmung der EU, insbesondere hinsichtlich der Erhöhung der EFRE-Vorschusszahlungen um 2,5 %, abhängen.

(Minister Junghanns: Das ist falsch!)

Kommt diese nämlich nicht zustande, werden selbst diese Maßnahmen nicht durchgeführt. Das haben Sie so gesagt!

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine echte Hilfe zur Stabilisierung der Konjunktur ist unter den derzeitigen Bedingungen eine schnellstmögliche Belebung des Binnenmarktes, denn er ist das Nächstliegende, was wir selbst beeinflussen können. Ich

meine damit nicht die Idee der Konsumgutscheine; ich meine damit eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf einen Wert, der mit Augenmaß gewählt wird. Ich bin fest davon überzeugt: Auch wenn Sie zu unserem diesbezüglichen Antrag, der diesem Hohen Haus vorliegt, schon jetzt Redeverzicht angekündigt haben - es gibt dazu keine Alternative.

(Beifall bei der DVU)

Ich denke, Sie wären gut beraten, unserem Antrag zu folgen. Dann bliebe Ihnen im Januar eventuell eine weitere Peinlichkeit vor unseren Bürgern erspart.

Auch was die Kreditvergaben anbelangt, sollte sich Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, schleunigst bewegen - bewegen und nicht reden!

(Beifall bei der DVU)

Es kann und darf nämlich nicht sein, dass die Verursacher dieser unsäglichen Finanzkrise unter einen regierungseigenen Rettungsschirm schlüpfen, sich an den auszureichenden Staatsmilliarden gesunden, aber die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Regen stehen lassen. Denn wer jetzt von den Banken 100 Euro Kredit haben möchte, muss dafür 200 Euro Sicherheiten nachweisen. Das sagen und fordern unter Umständen ausgerechnet die Banken, die Mitschuld an der Finanz- und Wirtschaftskrise tragen. So kann man Wirtschaft nicht beleben. Die Banken müssen hier stärker als bisher in die Pflicht genommen werden. Wir werden Sie, Herr Ministerpräsident, in die Pflicht nehmen, weil Sie sich vorgenommen haben, dies gegenüber den Banken selbst zu tun.

Meine Damen und Herren! 70 % der wirtschaftlichen Leistungsträger und Arbeitgeber in der Bundesrepublik sind mittelständisch geprägt. In Brandenburg sind es sogar noch mehr. Unter welchen Schirm können diese Unternehmen schlüpfen? Wie soll ein derartiger Betrieb Beschäftigungsgarantien abgeben, wenn er nicht über eine üppige Kapitaldecke verfügt wie Großkonzerne? Kurzarbeit und auch Entlassungen sind vorprogrammiert. Ihre Regierungserklärung geht aber mit keinem Wort auf derartige Probleme ein. Noch bietet das Land gerade diesen Unternehmen keine strukturierte Hilfe an, Herr Ministerpräsident, sondern nur Worte.

Als Fazit der Brandenburger Wirtschaftspolitik der vergangenen 18 Jahre und im Hinblick auf die vor uns liegende Wirtschaftskrise kann ich für die DVU-Fraktion nur feststellen, dass diese Landesregierung die Brandenburger mittelständisch geprägte Wirtschaft nicht nur jahrelang im Stich ließ und teils wissentlich und willentlich in den Ruin trieb - nicht zuletzt durch die neue Förderpolitik -, sondern dass diese Landesregierung auch keinerlei Vorsorge für die vor uns liegende wirtschaftliche Depression traf und selbst jetzt, angesichts der beginnenden Rezession, völlig hilflos, wie das Kaninchen vor der Schlange, verharrt und keinerlei auch nur annähernd effektive Maßnahmen gegen die Krise zu ergreifen in der Lage ist.

(Beifall bei der DVU - Bochow [SPD]: Das ist schon depressiv genug mit Ihnen!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält Herr Abgeordneter Lunacek. Er spricht für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Lunacek (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Weihnachtsfest steht vor der Tür und damit die Zeit von Ruhe und Besinnlichkeit. Aber in diesen Tagen blicken viele Menschen in Brandenburg mit Sorge in die Zukunft. Die Finanzmarktkrise und die wirtschaftlichen Prognosen haben Ängste ausgelöst. Zuerst, vor wenigen Monaten, war es noch die Sorge um eigene Ersparnisse. Mittlerweile hat sich das in die Sorge um den Arbeitsplatz gewandelt. Nahezu täglich melden die verschiedensten Branchen Gewinnbrüche, Auftragsrückgänge, schlechte Zukunftserwartungen; auch Stellenstreichungen stehen im Raum.

Aber ich möchte gleich am Anfang meiner Rede vor Panikmache warnen. Wir stehen vor einem wirtschaftlichen Abschwung, ja, aber nicht vor der Endzeit. Wirtschaft ist immer zu 50 % Psychologie. Wir sollten nicht den Fehler machen, alles ausschließlich schwarzzumalen; sonst verursachen wir eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Es ist völlig verfehlt, die soziale Marktwirtschaft infrage zu stellen und der Staatswirtschaft das Wort zu reden. Es ist nicht die soziale Marktwirtschaft, die versagt hat. Die soziale Marktwirtschaft ist außerordentlich leistungsfähig und sorgt gleichzeitig für einen fairen Ausgleich zwischen Leistungsstarken und Leistungsschwachen in unserem Land. Mit dieser Wirtschaftsordnung haben wir in Deutschland einen Wohlstand erreicht wie noch nie in der Geschichte unseres Landes. Die Unternehmen kalkulieren ihre wirtschaftliche Rentabilität, und für die Arbeitnehmer muss es sich lohnen, Leistung zu erbringen. Das sind die Grundfesten unserer Wirtschaftsordnung seit 1949.

Dass es im Wettbewerb dabei auch Grauzonen und schwarze Schafe gibt, ist leider Realität und muss sanktioniert werden. Aber wir sollten uns davor hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Ebenso sind pauschale Schuldzuweisungen an die privaten Banken verfehlt, denn auch sie sind wichtige Akteure des Wirtschaftslebens. Es gibt in Deutschland über 2 200 Kreditinstitute. Die ganz große Mehrheit davon arbeitet verlässlich und verantwortungsvoll.

Die Ursachen der Krise liegen woanders. Sie liegen darin, dass sich bei einem Teil der handelnden Personen im Bankensektor Verantwortungslosigkeit breitgemacht hat, die Gier nach immer mehr, nach Renditen von 20 %, 25 %, die nur auf vermeintlichen Wertsteigerungen basieren konnten. Monopoly im wirklichen Leben - und das in großem Stil. Diese Blase ist geplatzt.

Diese Krise hat ihren Ausgangspunkt nicht in Deutschland, sondern in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort wurden - im Übrigen beginnend in der Clinton-Ära und staatlich befördert - Kredite vergeben, die sich die Betroffenen in Wirklichkeit nicht leisten konnten. Jeder sollte Wohneigentum haben und dafür Kredite aufnehmen, ob er sich das leisten konnte oder nicht.

In Deutschland werden Kredite nach sehr viel strengeren Maßstäben vergeben. Jeder, der sich hier einmal Geld geliehen hat, weiß das. Da muss man sich ausziehen bis aufs Hemd und Sicherheiten haben. Die Regeln sind streng.

Aber auch deutsche Kreditinstitute haben international mitgespielt und sind an faulen Krediten beteiligt. Wer jetzt mit der

Staatwirtschaft liebäugelt, dem sei gesagt, dass es zum Großteil staatliche Banken waren, die hier Fehler gemacht haben, die bei diesem Spiel dabei sein wollten, staatliche Banken, in deren Aufsichtsgremien die Politik Vertreter entsendet, übrigens auch von der Linken. Im Verwaltungsrat der KfW ist, wie wir alle wissen, Oskar Lafontaine. Kapitalismus hin oder her - da ist dann doch das Hemd näher als die Hose.

In Deutschland sind es die Landesbanken, die zurzeit gigantische Abschreibungen vornehmen müssen, mehr als 20 Milliarden Euro. Dafür müssen zum Teil die Länderhaushalte aufkommen. Probleme haben zum Beispiel die Bayern LB, die HSH-Nordbank, die West-LB oder auch die Landesbank Baden-Württemberg. Wenn man sich anschaut, welche deutschen Kreditinstitute bisher staatliche Hilfen in Anspruch genommen haben, dann stellt man fest, dass es überwiegend die öffentlichen Banken sind.

Nun haben wir in Brandenburg keine Landesbank. Dazu mag der eine oder andere im Finanzministerium innerhalb der letzten Wochen und Monate gesagt haben: Gott sei Dank! - Aber auch die ILB ist, wie wir wissen, an einem risikoreichen Geschäft mit Lehman Brothers beteiligt und hat dabei voraussichtlich Verluste hinzunehmen.

Was wir brauchen, ist eine Rückbesinnung auf solides wirtschaftliches Handeln im Bankensektor. Nicht der Trickreichste darf zum Maßstab des Handelns werden, und nicht blanke Gewinnmaximierung ohne ausreichende Risikoabschätzung darf im Vordergrund stehen. Wir brauchen - da gebe ich dem Ministerpräsidenten völlig Recht - international verbindliche Regeln und strengere Standards für die Rating-Agenturen.

Meine Damen und Herren, die Politik steht bei dieser wirtschaftlichen Situation in der Pflicht. Die Bürger erwarten von uns, dass wir handeln, und zwar für wirtschaftliche Stabilität und die Sicherheit der Arbeitsplätze.

Die Bundesregierung hat angemessen reagiert und mit der Garantie der Spareinlagen für Vertrauen der Sparer gesorgt. Sie hat mit dem 480-Milliarden-Euro-Rettungsschirm für die deutschen Banken dafür gesorgt, dass der Geldfluss wieder in Gang kommt; denn darauf ist die Wirtschaft angewiesen.

Frau Kaiser, wenn Sie davon sprechen, dass 400 Milliarden Euro zu den Banken gespült werden, und das mit Umverteilung von unten nach oben kommentieren, dann muss ich Ihnen sagen: Das ist blanker Unsinn. Es sind Bürgschaften, die vergeben wurden, und auch nicht zum Nulltarif, sondern dafür muss bezahlt werden,

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

und zwar so, dass dieser Rettungsschirm von den Banken nicht so in Anspruch genommen wurde, wie man es sich ursprünglich vorgestellt hatte. Und es sind Beteiligungen, das heißt, der Staat wird Miteigentümer dieser Banken. Das Geld ist also nicht verschenkt.

Dieses Rettungspaket für den Finanzsektor war alternativlos. Es geht dabei nicht darum, den Banken etwas zukommen zu lassen - das kann man nicht oft genug sagen; denn die Linke läuft durch die Lande, ich habe es selbst bei Gysi erlebt, und erzählt das Gegenteil -, sondern darum, Zusammenbrüche zu

verhindern, die fatale Folgen für die Unternehmen dieses Landes hätten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein Programm zur Sicherung der Arbeitsplätze für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Das ist gut und richtig so.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Auch die konjunkturpolitischen Maßnahmen des Investitionspaketes über 32 Milliarden Euro liefern wichtige Impulse.

Man kann trefflich darüber streiten, ob jede einzelne Maßnahme so oder so richtig oder vielleicht besser hätte gemacht werden können, die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen oder der Steuerbonus für Neuwagen. Aber es sind alles Impulse für mehr Investitionen, und die brauchen wir. Brandenburg profitiert im Übrigen vom Verkehrsinvestitionsprogramm mit 54 Millionen Euro allein für Bau und Unterhaltung von Bundesstraßen. Außerdem werden mit der Bahnstrecke Berlin-Cottbus und dem Schiffshebewerk Niederfinow wichtige Projekte beschleunigt.

Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale, die wir parteiübergreifend begrüßt haben, ist auch eine Steuererleichterung auf den Weg gebracht worden, und das ist eine Steuererleichterung für die Leistungsträger in diesem Land. Es ist wichtig für diejenigen, die sich jeden Tag krumm machen, die früh zur Arbeit fahren und weite Wege zurücklegen; denn in Brandenburg haben wir längere Wege als anderswo. Auch das ist ein kleines Konjunkturprogramm, das das Bundesverfassungsgericht quasi vielleicht ungewollt auf den Weg gebracht hat.

In diesen Tagen werden auf Initiative der Bundeskanzlerin weitere Maßnahmen beraten, um die wirtschaftliche Abkühlung so gering wie möglich zu halten und das Abgleiten in eine größere Rezession zu verhindern.

Es muss aber bei allen Bemühungen klar sein, dass von staatlicher Seite lediglich Anreize und Hilfen gegeben werden können. Hektik und Aktionismus sind absolut nicht angebracht. Es sind Wirtschaftspolitik mit Augenmaß und zielgerichtete Hilfen gefragt. Es macht auch keinen Sinn, planlos Staatsgelder zu verteilen. Der Binnenkonsum in Deutschland ist bisher weiterhin stabil. An den ersten beiden Adventswochenenden lag der Konsum sogar über dem Durchschnitt des letzten Jahres. Es macht auch überhaupt keinen Sinn, 500-Euro-Einkaufsgutscheine zu verteilen. Das würde wahrscheinlich eher dazu führen, dass asiatische Flachbildschirme oder Handys gekauft werden. Die Auswirkung auf die deutsche Wirtschaft wäre wohl sehr gering.

Noch eines ist wichtig: Auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten darf die Haushaltsdisziplin nicht vollkommen unter die Räder kommen. Wir werden mehr Schulden machen müssen. Das muss man akzeptieren, das ist unausweichlich. Aber auch hier ist Augenmaß wichtig; denn wir müssen uns darüber im Klaren sein: Auch davon wird jeder Euro eines Tages zurückgezahlt werden müssen.

Was man nur mit Kopfschütteln quittieren kann, sind die Vorschläge der Linken, zum Beispiel solche unsinnigen Vorschlä-

ge wie Zwanganleihen bei Reichen. Diese Idee ist lediglich billiger Populismus und bedient tief sitzende Abneigungen. So etwas hätte keinen Einfluss auf die Konjunktur. Angesichts der Anzahl von „Reichen“ in Brandenburg müsste man diese wohl bis auf Hartz-IV-Niveau schröpfen, um überhaupt eine erkleckliche Summe zusammenzubekommen.

Meine Damen und Herren, auch die Landesregierung steht in der Pflicht. Auch wir in der Landespolitik tragen Verantwortung. Auch Brandenburg ist betroffen; denn das nächste Jahr wird im Zeichen einer zunehmend angespannten Wirtschaftslage stehen. Es ist unsere Pflicht, alle verfügbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, den Unternehmen zu helfen und ihnen die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu bieten. Deshalb war das Vorgehen des Wirtschaftsministers und der Landesregierung vorausschauend und verantwortungsvoll. Das von Ulrich Jungmanns am 19. November vorgestellte 400-Millionen-Euro-Paket ist eine wichtige Hilfe für Unternehmen im Land. Investitionsprojekte werden abgesichert, Finanzierungengpässe können überbrückt werden, die Eigenkapitaldecke von Unternehmen wird durch Bereitstellung von Risikokapital gestärkt und öffentliche Investitionen und die energetische Gebäudesanierung werden beschleunigt.

Ich bin auch dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er hier Weiteres angekündigt hat wie die Beschleunigung von Investitionsvorhaben oder auch ein Schulsanierungsprogramm - das wird ja voraussichtlich vom Bund in die Wege geleitet werden bzw. in dieser Richtung wird etwas unternommen - und Maßnahmen, um den Breitbandzugang für alle Bürgerinnen und Bürger hier in Brandenburg, insbesondere in den ländlichen Regionen, zu ermöglichen.

Wir als CDU-Fraktion haben dieses Thema schon vor über einem Jahr aufgerufen und immer wieder darauf gedrängt, dass etwas passieren muss. Der Landtag hat diesbezüglich einen Beschluss gefasst, und ich freue mich, dass jetzt konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden.

Auf eines möchte ich noch einmal hinweisen. Es darf nicht geschehen, dass sich durch die permanenten Negativschlagzeilen ein wirtschaftlicher Abschwung als selbst erfüllende Prophezeiung verstärkt. Ich fand es richtig, dass die Arbeitsministerin vor einigen Wochen vor Panikmache gewarnt hat. Das wäre ein schwerer Fehler. Wir stehen vor einem wirtschaftlichen Abschwung, aber Endzeitstimmung ist nicht angesagt.

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, hat sich am letzten Wochenende deutlich optimistischer bezüglich des kommenden Jahres gezeigt und rechnet beim Wirtschaftswachstum nicht mit Horrorszenarien. Dazu seien die Signale aus den Unternehmen zu unterschiedlich, und Deutschland sei in vieler Hinsicht gut aufgestellt. Er bemerkte dabei zu Recht, dass derzeit jedes negative Signal in der Wahrnehmung öffentlich und medial nach vorn gestellt und die positiven Zeichen ignoriert werden. Auch seine Warnung, jetzt nicht in Aktionismus zu verfallen, ist berechtigt, denn eine panikartige Stimmung kann viel kaputt machen.

In diese Richtung möchte auch ich argumentieren und - entgegen dem bisherigen medialen Trend - zu Zuversicht und Vertrauen in die eigene Stärke aufrufen. Um zu verdeutlichen, woraus ich meine Zuversicht schöpfe, möchte ich kurz beschreiben, wo wir in Brandenburg momentan stehen: Die Zahl

der Arbeitslosen in Brandenburg betrug im November 2008 ca. 156 000; das ist viel, zu viel. Ende 2005, also vor nicht einmal drei Jahren, waren jedoch noch rund 223 000 Menschen ohne Job, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 18 %; die jetzige Arbeitslosenquote liegt bei 11,6 %. Wir haben die Arbeitslosenquote innerhalb von gut drei Jahren um fast ein Drittel gesenkt.

Das Bruttoinlandsprodukt in Brandenburg ist im letzten Jahr nominal um fast 5 % gestiegen - das höchste Wirtschaftswachstum seit zehn Jahren. Auch in diesem Jahr ist ein erheblicher Anstieg zu erwarten.

Der Konjunkturreport des Wirtschaftsministeriums vom Juni dieses Jahres beschrieb überwiegend erfreuliche Entwicklungen:

Die Industrieunternehmen konnten ihre Umsätze in den ersten fünf Monaten im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahreswerten weiter erhöhen. Insgesamt stiegen die Umsätze bis einschließlich Mai 2008 um 5 % im Vorjahresvergleich. Die Beschäftigung wurde im selben Zeitraum um über 4 % ausgeweitet.

Der Auftragseingang in der Bauwirtschaft konnte im I. Quartal 2008 - trotz des bereits starken Vorjahresquartals 2007 - nochmals um knapp 13 % ausgeweitet werden.

Der Außenhandel entwickelte sich wesentlich dynamischer als noch Ende 2007. Die Ausfuhren waren um 7,5 % höher als im Jahr zuvor.

Die positive Entwicklung im Brandenburger Tourismus stimmt zuversichtlich. Es kamen 3,3 % mehr Gäste als im Jahr zuvor.

Wir sind durch die Weichenstellungen in den vergangenen Jahren besser für die Zukunft aufgestellt: Die Wissenschaftslandschaft ist gestärkt worden; ich darf daran erinnern, dass wir inzwischen 43 000 Studenten in Brandenburg haben. Zum Wintersemester 2007/08 ist die Quote um 4,3 % gestiegen.

Innovationsstarke Unternehmen haben einen immer größeren Anteil, zum Beispiel die Solarbranche, weitere Unternehmen im Energiesektor oder auch in der verarbeitenden Industrie. Wir haben bessere Voraussetzungen bei der Schulbildung und diesbezüglich bessere Ergebnisse; ich verweise auf die PISA-Studie.

Wir haben viele tüchtige Menschen im Land. Ich bin vor wenigen Tagen auf der Straße von einem älteren Herren angesprochen worden, der mich fragte: Herr Lunacek, sagen Sie mal, wie sehen Sie denn die Zukunft bei uns? - Ich habe darauf geantwortet: Ich sehe sie positiv. Wir stehen vor einer Konjunkturdelle. Das ist so, aber wir haben viele tüchtige und gut ausgebildete Menschen in Brandenburg. Wir tun viel, um aus der Konjunkturkrise herauszukommen. - Der Mann war in einem Alter, dass ich ihm sagen konnte: Sie haben eine Zeit erlebt, in der dieses Land völlig am Boden lag. Man hat sich wieder hochgearbeitet. Verglichen damit geht es uns heute viel besser. - Er sagte: Sie haben Recht, es ist gut, dass es Leute gibt, die die Zukunft positiv und optimistisch sehen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kaiser, wenn Sie hier immer wieder und jedes Mal, wenn Sie hier am Pult stehen, davon reden, dass sich die Armut im

Land ausweitet, und damit eine traurige Stimmung verbreiten, darf ich Ihnen eines sagen: Ich habe vor wenigen Tagen Zahlen in die Hand bekommen aus einem Kommentar eines Journalisten aus unserer Region, der sagt: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ist der Anteil der Einkommen, der auf die ärmsten 20 % der Bevölkerung entfällt, in der Zeit zwischen 1991 und 2005 von 9,7 % auf 9,4 % gesunken, während in der gleichen Zeit der Anteil, der auf die reichsten 20 % der Bevölkerung entfällt, von 35,2 % auf 35,9 % gestiegen ist.

Das Jahr 2005 - als die Arbeitslosigkeit ihren historischen Höchststand erreichte - ist das letzte Jahr, für das Vergleichszahlen vorliegen. In den letzten drei Jahren ist es hier deutlich aufwärts gegangen, sodass wir davon ausgehen können, dass sich die Promille-Unterschiede zwischen 1991 und 2005 inzwischen ausgeglichen haben. Es ist also nicht so, dass sich die Schere immer weiter öffnet, wie Sie es suggerieren. Ja, sicher, wir haben Probleme, gerade was die Kinderarmut angeht. Jedes vierte Kind in Brandenburg lebt von Hartz IV. Das ist viel zu viel, und da müssen wir etwas tun. Aber es ist nicht so, dass sich die Schere immer weiter öffnet.

Brandenburg ist inzwischen gut aufgestellt, und unsere Wirtschaft steht auf einem soliden Fundament. Die Firmen sind heute deutlich robuster aufgestellt als noch vor fünf oder sechs Jahren. Durch die enge Vernetzung mit Berlin bilden wir eine Metropolregion mit einem hohen Zukunftspotenzial und langfristig guten Perspektiven.

Gerade in dieser Zeit können wir uns über den Bau des BBI glücklich schätzen, denn der Bau des Großflughafens wird zur Erfolgsstory für den Mittelstand in der Region. Erstmals sind bei einem Großprojekt in Berlin und Brandenburg 81 % der zu vergebenden Aufträge an in der Region ansässige kleine und mittlere Firmen gegangen.

Ein weiterer Punkt ist die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Im November veröffentlichten die Institute DIW und ZSW - Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung - die bisher umfangreichste Vergleichsstudie aller 16 Bundesländer im Hinblick auf Nutzung und Potenziale der erneuerbaren Energien.

Das Ergebnis: Brandenburg erreichte den ersten Platz, vor Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Die Forscher würdigten vor allem die „Energierstrategie 2020“ und den systematischen Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Unternehmensansiedlung. Wir als neues Bundesland sind gut und richtig aufgestellt - besser als viele alte Bundesländer.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, wir müssen bei der sich abzeichnenden Konjunkturflaute bei allen Entscheidungen weiterhin auf Augenhöhe mit den alten Bundesländern sein, so sage ich: Jawohl, das müssen wir. Das sind wir. Wir sind in allen Gremien auf der Bund-Länder-Ebene beteiligt, und ich darf daran erinnern, dass die Bundeskanzlerin aus den neuen Bundesländern stammt und in Brandenburg einen Wohnsitz hat. Insofern mache ich mir keinerlei Sorgen, dass wir nicht auf Augenhöhe sind.

Der Titel der heutigen Regierungserklärung lautet: „Zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in Brandenburg“. Wir sollten selbstbewusster auf unsere eigenen Stärken vertrauen. So wichtig und

einzigartig diese Finanzkrise und deren Auswirkungen auch sind - jetzt gilt es, auf das bestehende Potenzial aufzubauen, Mut zu machen und anzupacken.

Alle Anreize und wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen sinnvoll und nachhaltig sein. Insbesondere Infrastrukturmaßnahmen, Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie gezielte Kaufanreize sind dabei erfolgversprechend. Bloßes Geld auf den Markt zu werfen bringt nichts - außer neue Schulden.

Jeder Unternehmer im Land weiß, dass er sich auf eine veränderte Situation einstellen muss. Nun gilt es, darauf zu reagieren, umzusteuern und gemeinsam mit den Mitarbeitern nach verantwortungsbewussten Lösungen zu suchen.

Nur so kann es gelingen, ökonomische Durststrecken auch ohne den Verlust von Arbeitsplätzen zu überwinden.

Die Landesregierung und der Landtag werden alles tun, um die Rahmenbedingungen in Brandenburg optimal zu gestalten, um die Maßnahmen der Bundesregierung bestmöglich umzusetzen und durch eigene Maßnahmen zu flankieren. Dafür benötigen wir einen engen Kontakt bzw. den ständigen Austausch mit den Kammern, Verbänden und Unternehmen. Dies ist unsere Aufgabe in den nächsten Wochen und Monaten.

Ich glaube auch im neuen Jahr 2009 fest an die fleißigen Arbeitnehmer und die wettbewerbsfähigen Unternehmen in Brandenburg. - Herzlichen Dank.

Amtierender Präsident Baaske:

Vielen Dank, Herr Lunacek. - Frau Kaiser, möchten Sie noch einmal reden? - Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein ernster Anlass, aus dem wir hier heute debattieren. Ich will diesen ausdrücklich nicht missbrauchen. Ich möchte nur die Gelegenheit nutzen, einige Dinge klarzustellen, weil ich, Herr Kollege Baaske, nicht verantworten kann, dass Sie möglicherweise weiterhin mit falschen Einschätzungen durchs Land laufen. Sie sprachen Studien an, die wir angeblich falsch interpretiert hätte. Hier sei alles so erfolgreich. - Wenn Sie sich die Fakten von heute noch einmal genauer anschauen, auch im Kommentar der „Märkischen Allgemeinen“, dann würden Sie sehen, dass der von Ihnen zitierte Aufschwung sich auf Zahlen von 2006 und auf sehr widersprüchliche Statistiken bezieht. Daher sollten wir das vielleicht noch einmal gemeinsam überprüfen. Das, was Sie hier gesagt haben, spricht jedenfalls überhaupt nicht für die aktuelle Situation.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einem weiteren Mythos entgegentreten. Es geht um die Arbeitsmarktstatistik. Ja, es gab einen konjunkturellen Aufschwung. Den haben wir nicht infrage gestellt. Im Gegenteil, den habe ich ausdrücklich bestätigt. Aber wir sollten uns nicht in die Tasche lügen, Herr Lunacek. Zum Ende des vorherigen konjunkturellen Aufschwungs, der vom Jahr 1998 bis zum Jahr 2000 dauerte, hatten wir hier in Brandenburg noch 810 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Jetzt haben wir noch 740 000. Das sind einfach weniger.

(Lunacek [CDU]: Weil Menschen weggezogen sind!)

Zu den Arbeitslosenzahlen, die sich verringert haben, müssen Sie wenigstens noch alle die dazurechnen, die aus der Statistik herausgefallen sind: zum Beispiel Leute in Maßnahmen der Arbeitsförderung - das sind fast 20 000, davon 15 000 1-Euro-Jobber -, über 70 000 Aufstocker - die zählen nicht als arbeitslos, müssen aber ihr Einkommen mit Arbeitslosengeld II aufstocken - und die Nichtleistungsbezieher - das sind in Brandenburg 25 000. Ich bitte Sie, die Arbeitslosenstatistik korrekt auszuwerten, damit wir uns nicht gegenseitig in die Tasche lügen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Was Ihre Einschätzung der Krise als konjunkturelle Delle betrifft: Ich glaube, dazu muss man gar nicht viel sagen. Das ist wohl eher ein verbaler Ausrutscher, den Sie nicht viel länger aufrechterhalten werden können.

Weil Weihnachten ist, möchte ich Herrn Baaske noch ein Papier übergeben, und zwar vom Chefökonom des DGB; denn es ging um Reichtum und Armut, um auseinandergehende Scheren und um Arbeitsplätze. In diesem Papier ist das alles sehr genau aufgezeigt. Der Autor war, wie gesagt, in unserer Fraktion. Er ist Mitglied der SPD. Ich denke, Sie können das, was ich hier gerade und auch in meinem ersten Redebeitrag gesagt habe, damit sehr genau nachvollziehen - und dann lassen Sie uns schlicht darüber reden.

Ich denke, wenn wir das, was der Ministerpräsident heute angekündigt hat, mit allen Vorschlägen der Fraktion zusammen tun, das ernsthaft verfolgen und vielleicht anders als sonst die Anträge, wenn wir sie alle für richtig halten, in diesem Landtag wirklich ernsthaft beschließen, anstatt sie aus Parteiläson abzulehnen, dann könnten wir in dieser Krisensituation seitens der demokratischen Fraktionen unserer Verantwortung wirklich gerecht werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Amtierender Präsident Baaske:

Vielen Dank, Frau Kaiser. - Ich muss jetzt Herrn Baaske fragen, ob er noch ein paar Worte sagen möchte. Er möchte gerne sagen, dass auch in der Statistik von 1998 die Leute nicht ausgewiesen wurden, die 2007 nicht ausgewiesen wurden. Zum anderen dankt er sehr für das Papier. Herr Horn ist nicht nur Mitglied der SPD, sondern auch Mitglied in meinem Ortsverein.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Dann reden Sie mal mit ihm!)

So klein ist die Welt mitunter.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Der Chefökonom vom DGB ist Herr Hierschel!)

Ich frage Herrn Lunacek, ob er noch etwas sagen möchte. - Das ist nicht der Fall. Frau Hesselbarth? - Auch nicht. Damit sind wir am Ende der Rednerliste und können Tagesordnungspunkt 1 beenden. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetz zur Neuregelung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6419

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung
und Kultur zur 2. Lesung

Drucksache 4/6894

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Drucksache 4/6968

Wir haben vereinbart, dass keine Debatte geführt wird. Ich komme also zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/6968 folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung gefolgt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
des Präsidenten des Landtages

Drucksache 4/6855

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses

Drucksache 4/7029

Auch hier wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich möchte daher direkt zur Abstimmung kommen. Es gibt dazu einen Änderungsantrag von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 4/7022, in dem die Änderung des § 5 vorgesehen ist. Ich stelle den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist die überzeugende Mehrheit. - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses in der Drucksache 4/7029. Wer dieser folgen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetz über die Erhebung von Steuern durch Kirchen und andere Religionsgemeinschaften im Land Brandenburg (Brandenburgisches Kirchensteuergesetz - BbgKiStG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6872

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 4/7033

Auch hier wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich darf damit direkt die Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/7033, Brandenburgisches Kirchensteuergesetz, zur Abstimmung stellen. Wer der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses folgen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist auch dieses Gesetz nach der 2. Lesung verabschiedet und kann verkündet werden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Gesetz zur Neuorganisation der Landesforstverwaltung des Landes Brandenburg

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6784

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Verbraucherschutz

Drucksache 4/6965

Des Weiteren liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 4/7051 vor.

Wir beginnen mit der Aussprache, die von der Fraktion DIE LINKE eröffnet wird. Frau Wehlan hat das Wort.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gute und weniger gute Entscheidungen liegen oft dicht beieinander, und manchmal haben sie auch direkt etwas miteinander zu tun, bedingen einander vielleicht sogar. Wir werden Sie mit unserer Bewertung, dass der vorliegende Gesetzentwurf alles andere

als ein großer Wurf ist, nicht überraschen. Insofern ist die Nachricht über den Durchbruch beim Tarifvertrag über Maßnahmen zur Begleitung des Umbaus der Landesverwaltung durchaus ein gewisser Trost.

Bei beidem, Forstreform und Tarifvertrag, steckt der Teufel im Detail. Nun gut, der Tarifvertrag ist ein Anliegen der Tarifparteien, die Forstreform ist Angelegenheit des Landtages. Wofür trägt nun das Parlament die Verantwortung? Dafür, dass mit dem Wald sorgsam umgegangen wird, dass er die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion erfüllen kann. Dafür ist eine funktionsfähige Verwaltung mit ausreichendem und qualifiziertem Personal vorzuhalten. Über den Umfang der Aufgaben entscheiden wir, Sie, der Landtag eben. Dazu empfehle ich Ihnen im Übrigen auch die Lektüre des Landeswaldgesetzes.

Ohne dass ich hier den nie mehr endenden Prozess der Forstreform noch einmal vollständig Revue passieren lasse, werde ich Ihnen natürlich nicht ersparen können, auf den nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE entscheidenden Fehler im jüngsten Reformprozess zu verweisen. Es ist die völlige Unterwerfung des Fachressorts unter ein Finanzdiktat, und das ohne Aufgabenkritik und ohne Beschreibung der zukünftigen Geschäftsfelder.

Gemeint sind die pauschalen drastischen Personalkürzungen und Budgetkürzungen sowie die willkürliche Auflösung von Strukturen. All das passt nicht zusammen und kreiden Ihnen, Herr Minister Dr. Woidke, die Beschäftigten zu Recht an.

Die Linke hat mit Unterstützung der SPD im Fachausschuss versucht - Herr Helm, dies war nur die ausgesprochene Frauenpower im Ausschuss; denn Sie hatten in der Anhörung auf den Beschluss verwiesen, dem Sie nicht zugestimmt haben -, diesen Prozess wieder in Gang zu setzen. Jedoch wurde dieser Beschluss bis heute nicht vollständig umgesetzt. Es wurde zwar ein Gutachten zu den verschiedenen Rechtsformen gefertigt, aber bis heute liegen keine abgeforderten Ergebnisse der Aufgabenkritik einschließlich der künftigen Strukturierung der Geschäftsfelder sowie der Darstellung der betriebswirtschaftlichen Effekte einer Rechtsformänderung vor.

Wie wollen wir jedoch eine Entscheidung über Rechtsform, Aufgabenspektrum, Personalzielzahlen und Finanzzuweisungen treffen, wenn nicht einmal die fundamentale Datenbasis dafür vorliegt, die eine Abschätzung der Folgen unserer Entscheidung ermöglicht, zumal mit einer Aufgabenkritik im Nachgang bereits formulierter Personalabbauzahlen die Beschäftigten in die Situation geraten sind, den künftigen Verlust des eigenen Arbeitsplatzes zu begründen? - Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass die aktuelle Forstreform kein ordentliches Verfahren bietet.

Erklären Sie mir bitte einmal, wer am 1. Januar 2009 Vorgesetzter von wem sein wird und wer wem gegenüber weisungsbefugt ist. Es gibt zwar einen Forstbetrieb auf dem Papier, jedoch keinen Leiter. Wenn behauptet wird, man müsse erst die Ämter auflösen, um den Forstbetrieb strukturieren zu können, ist dies wenig glaubwürdig. Herr Dr. Woidke, Sie müssen die Struktur zunächst klar ziehen, um anschließend nahtlos überführen zu können. Dies sind im Übrigen auch die Themen, die sich in der Anhörung als Kritikpunkte herauskristallisiert haben.

Um dieses ordentliche Verfahren zur Anwendung zu bringen

und in den nächsten Monaten Antworten auf die vielen offenen Fragen zu bekommen, haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Danach können Sie den Forstbetrieb formal errichten, eine Struktur und Aufgabenverteilung entwickeln und am Ende dieses Prozesses mit der Zustimmung des Parlaments in die neue Struktur überführen. Nur auf diese Weise wird ein Schuh daraus.

Auch die Linke - damit Sie mich nicht missverstehen - unterstützt eine finanzielle Konsolidierung und den Ansatz, für die Bewirtschaftung des Landeswaldes die Zuschüsse abzuschmelzen. Zudem sehen wir eine schwarze Null bis zum Jahr 2015 als möglich an. Das bedeutet aber auch, dass die Kosten für die Gemeinwohlaufgaben, die keinen Gewinn abwerfen, aus der Zuschussrechnung herausgerechnet werden müssen. Wenn wir - wie im Waldgesetz vorgesehen - den Forstbediensteten unter anderem Aufgaben der Waldpädagogik, des Umweltschutzes, des Forstschutzes und des Monitorings abverlangen, müssen wir dafür auch das Geld bereitstellen.

Zumindest hinsichtlich der Übertragung bzw. Streichung von Aufgaben haben Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, und wir gemeinsam im Fachausschuss die Gesetzesvorlage der Landesregierung korrigiert. Nun sind sowohl tätige Mithilfe für Privat- und Kommunalwald als auch die Unterstützung der forstlichen Zusammenschlüsse als künftige Geschäftsfelder wieder in der Gesetzesvorlage enthalten. Was aber ist mit dem dafür notwendigen Personal? - Dazu gibt es keine Aussagen. Dies ist bedauerlich; denn man muss davon ausgehen, dass die Landesregierung mit Personal rechnet, obwohl die beiden Aufgabenfelder, in denen das Personal tätig sein soll, nicht mehr vorgesehen waren. Zudem ist bedauerlich, dass wir die Landesforstverwaltung in eine ungewisse Zukunft schicken. Schließlich ist und bleibt ein Personalabbau von 40 % ein Kahlschlag, den wir im Landeswaldgesetz bewusst ausgeschlossen haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu einem weiteren Antrag meiner Fraktion: Ein Drittel des Landes Brandenburg ist mit Wald bestockt. Das sind etwa 1,1 Millionen ha Waldfläche, wovon wiederum etwa ein Viertel Landeswald ist. Jedoch steht unser Landeswald ab dem Jahr 2009 nicht mehr unter dem im Preußenwald-Moratorium verfügten Verkaufsstopp des Bundes. Der Fortschreibung dieses Instrumentes dient der Entschließungsantrag der Linken. Derzeit ist eine Veräußerung des Landeswaldes gemäß § 4 des Grundstücksverwertungsgesetzes aus verschiedenen Gründen möglich. Mit seiner Fülle von Ausnahmetatbeständen zur Veräußerung landeseigener Grundstücke kollidiert dieses Gesetz unseres Erachtens mit Geist und Buchstaben des Artikels 40 der Landesverfassung.

In diesem Zusammenhang ist besonders problematisch, dass mit § 4 des Gesetzes gewissermaßen ein Freibrief für den Verkauf von Landeswald gegeben worden ist. Wir wollen ein grundsätzliches Veräußerungsverbot für den Landeswald gesetzlich regeln. Dazu ist zumindest eine diesbezügliche Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes erforderlich. Selbstverständlich schließt das die Aufnahme eines Passus ein, dass der Verkauf von forstwirtschaftlichen Flächen aus übergeordneten wirtschaftlichen Gründen und zur Arrondierung mit Privat- und Kommunalflächen - wenn kein Flächenaustausch möglich ist - ausnahmsweise möglich sein soll. Bedingung dafür ist jedoch für uns, dass Verkäufe durch Zukäufe ausgeglichen werden müssen und somit das Prinzip der Nettobilanz gilt. Wir sind uns

darüber im Klaren, dass dies sehr wohl eine hohe Hürde ist. Jedoch soll dadurch gewährleistet werden, dass Ausnahmen auch Ausnahmen bleiben.

Kurzum: Wenn Sie sich für einen geordneten Forstreformprozess entscheiden, können Sie unseren Anträgen ruhigen Gewissens zustimmen. Brechen Sie nichts übers Knie, nur um die Forstreform vermeintlich rechtzeitig vor den Landtagswahlen vom Tisch zu haben. - Danke.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Für die SPD-Fraktion erhält die Abgeordnete Frau Gregor-Ness das Wort.

Frau Gregor-Ness (SPD):*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Die Bewertungen sind sehr unterschiedlich, obwohl wir uns in der Sache zum großen Teil auch im Ausschuss sehr einig waren. Frau Wehlan hat gesagt, es sei kein großer Wurf. Ich dagegen glaube, es ist der größte Wurf, den wir bisher in der Forst getätigt haben. Nachdem wir Forstreformen bislang stets an Strukturen und an deren Veränderung festgemacht haben, werden wir dieses Mal eine völlig neue Struktur ins Leben rufen. Wir wollen einen Landesbetrieb errichten. Die Errichtung eines Landesbetriebs setzt selbstverständlich den Beschluss des vorliegenden Gesetzes voraus. Dies beinhaltet nichts anderes als die Auflösung der unteren Forstbehörden.

Nun ist die treffliche Frage zu stellen und eventuell ein Streit darüber zu führen, was als Erstes zu tun ist. Wenn wir uns nicht festlegen, dass wir a) einen Landesbetrieb wollen und b) die unteren Behörden demzufolge auflösen müssen, kommen wir nicht in die neue Struktur. Dafür lassen wir uns ein Jahr lang Zeit. Diesbezüglich ist ein Aufbaustab zu installieren, der den gleitenden Übergang des in der Forst vorhandenen Personals in den neuen Landesbetrieb erst ermöglicht. Schließlich können wir nicht eine Hülle danebenstellen und in einer Schaltsekunde das Personal plötzlich überführen und umsetzen wollen. Dies wäre ein unrealistisches Herangehen.

Die Aufgabenkritik haben wir explizit eingefordert. Diese Aufgabenkritik hat im Ergebnis erbracht, dass bis auf 100 Stellen - im Zusammenführen aller einzelnen Kritiken, die aus den Ämtern zurückgekommen sind - eine Differenz zur Zielzahl 2015 besteht. Führt man die Synergien vor allem auch in den oberen Verwaltungshierarchien zusammen, sind diese 100 Personen durchaus auch darstellbar.

Unser großer Vorteil liegt darin, dass wir all das, was wir in der Anhörung erfahren haben und was vor allem vor dem Hintergrund eines noch nicht abgeschlossenen Sozialtarifvertrags in Rede stand, jetzt gelöst haben. Wir haben einen Sozialtarifvertrag, der alle in der Landesregierung bei künftigen Umstrukturierungsprozessen bindet und der selbstverständlich Sonderregelungen für spezifische Teilfelder, die aus der Forst heraus resultieren, enthält. Dies gilt, nebenbei bemerkt, entsprechend für Lehrer. Dadurch haben wir einen Großteil an Unsicherheit und an Unklarheit beseitigt. Dies wird uns zudem in der Arbeitnehmerschaft, in der Belegschaft und im Personal zugutegehalten.

Vor diesem Hintergrund bitten wir heute um Ihr klares Votum für diesen Gesetzgebungsprozess; denn wir brauchen Klarheit. In der Anhörung wurde auch vonseiten der Gewerkschaft und der Vertreter der Forst eindeutig gesagt, die Motivation der Mitarbeiter sei an einem Tiefpunkt angekommen, weil es an Klarheit fehle und man nicht wisse, wohin es geht. Diese Motivation können wir nur wiederherstellen, indem wir klare Prämissen setzen und sagen: Dort geht es hin. Bitte wirken Sie mit. - Dieses Mitwirken ist gewollt und erwünscht. Ich bin relativ optimistisch, dass dieses „Wir sind ein Team!“ als Leitbild der Forstverwaltung durchtragen wird und sich der Aufbaustab seiner Verantwortung durchaus bewusst ist.

Frau Wehlan hat bereits auf die von uns eingebrachten Änderungsanträge hingewiesen. Wir wollen selbstverständlich, dass tätige Mithilfe im Wald weiter stattfindet, weil wir bei diesen ganzen kleinteiligen Besitzverhältnissen für die Kleinstwaldbesitzer unterstützend wirken müssen. Wir wollen, dass diese Dienstleistung entsprechend den wettbewerbsrechtlichen Regelungen auf EU-Ebene stattfinden kann, und wir haben auch die Ministerialverwaltung in das ganze Paket des Personals mit einbezogen, weil wir eine Gleichbehandlung aller in der Forst Tätigen und Verantwortlichen gewährleisten wollten.

Wir müssen konstatieren, dass in der Aufgabenkritik natürlich die tätige Mithilfe enthalten war und demzufolge kein neues Personal oder vermehrter Personalbestand erforderlich ist. Als die Aufgabenkritik durchgeführt wurde, war für den Gesetzgeber noch gar nicht erkennbar, dass diese Aufgabe gestrichen werden sollte. Das kann auch nicht sein, weil in der Anhörung massiv darauf hingewiesen worden ist, wie notwendig diese Dienstleistung aus der Forst heraus für die Fläche des Landes ist.

Ich bitte Sie, unserem Beschlusstext zuzustimmen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE ist absolut überflüssig, weil wir im Rahmen des Grundstücksverkehrsgesetzes alles geregelt haben, was dazu notwendig ist, und mit dem Entschließungsantrag, liebe Frau Wehlan, insinuiieren Sie ja, dass überhaupt jemand die Idee habe, Landeswald in massiver Form zu verkaufen. Dem ist mitnichten so. Wir wissen um den Wert unseres Waldes, und der Wald bildet ja auch einen Teil der Bonität des Landes. Wir wollen natürlich im Wald wirtschaftlich arbeiten, und wir werden es schaffen, denn wir können damit sogar Geld verdienen. Wer würde da auf die Wahnsinnsidee kommen, dies nicht zu wollen und den Wald zu veräußern?! Wir haben ja gelernt: Marktradikalismus ist vorbei.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Das, was man im hoheitlichen und im wirtschaftlichen Bereich in der öffentlichen Hand erledigen kann, sollte man auch weiter tun. Denn wir können das durchaus schaffen. Dazu gibt der Gesetzestext alle Möglichkeiten, und der neue Forstbetrieb wird eine Erfolgsstory schreiben, genau wie alle anderen Landesbetriebe das bereits jetzt tun. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Norbert Schulze.

Schulze (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor gut zwei Monaten hatten wir in diesem Hause eine ausführliche Debatte zur Neuorganisation der brandenburgischen Landesforstverwaltung. Alle Fraktionen legten ihre Standpunkte zum Gesetzentwurf der Landesregierung dar, und es wurde einmütig beschlossen, eine Anhörung von Experten sowie unmittelbar Betroffenen im Fachausschuss durchzuführen. Diese Anhörung fand am 3. Dezember statt.

Im Ergebnis der Ausführungen der Angehörten sowie aus deren Antworten auf die Fragen der Ausschussmitglieder trat deutlich zutage, dass die Auffassungen zum Gesetzentwurf unterschiedlicher nicht sein könnten. Von Zustimmung über zeitliche Verschiebungen des Inkrafttretens des Gesetzes bis hin zur Ablehnung war in der Palette der Auffassungen alles vertreten.

Nun wissen wir alle, dass man es nicht jedem recht machen kann, wir wissen aber auch, dass Bedenken von Experten und Betroffenen immer ernst zu nehmen sind. Unsere Fraktion hat immer wieder betont - das wiederhole ich auch heute wieder sehr gern -, Reformen ja, aber niemals mit gravierenden Einschnitten zum Nachteil der Betroffenen und weiterführend zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger.

Gerade die Forstwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig, der unsere Bürgerinnen und Bürger im Prinzip allumfassend betrifft - seien es die Forstangestellten, die Waldarbeiter oder unsere Erholungssuchenden. Das neue Gesetz ist also Bestandteil der im Land Brandenburg auf der Tagesordnung stehenden Weiterführung der Forstreform, wozu unter anderem auch das Waldgesetz gehört.

Es muss aber auch ganz klar festgestellt werden, dass die meisten Reformen - dazu zählt leider auch die Reform der Landesforstverwaltung - in Brandenburg unter dem Druck finanzieller Probleme durchgeführt werden.

Der massive Abbau von Arbeitskräften zum Beispiel ist der notorischen Geldknappheit des Landes geschuldet, und das ist aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht so nicht hinnehmbar. Die so oft versprochene sogenannte soziale Abfederung der Betroffenen ist, wie die Erfahrungen aus der Vergangenheit immer wieder gezeigt haben, nichts anderes als ein Trostpflaster, an das sich die Regierenden meist schon nach ein paar Monaten nicht mehr erinnern können.

Der nunmehr vorliegende Tarifvertrag ist sozusagen ein Meilenstein auf dem vorgesehenen Reformweg, beseitigt er doch eine wichtige Unzulänglichkeit im Inhalt des Gesetzentwurfs. Unsere DVU-Fraktion steht der Neuorganisation der Landesforstverwaltung in der vorliegenden Form also nach wie vor sehr skeptisch gegenüber, was sich auch im Abstimmungsverhalten ausdrücken wird.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Helm.

Helm (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Wehlan, ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie auf die Entscheidungen, die in letzter Zeit getroffen wurden, etwas anders reagieren. Aber Sie bleiben Ihrer Linie treu. Grundsätzlich: Sie reden Defizite herbei, die in dieser Form nicht da sind, und ein ständiges Wiederholen dieser Defizite macht die Sache auch nicht besser.

Ich war eigentlich der Meinung, dass wir als Abgeordnete sowohl in diesem Haus als auch im Ausschuss und auch vor Ort im Wald intensiv informiert wurden. Wenn Sie dann noch unmittelbar vor der Anhörung eine Chaosvorhersage treffen, ohne dass die Anzuhörenden überhaupt zu Wort gekommen sind,

(Dr. Klocks in [SPD]: Eine Grasvorhersage?)

dann ist das natürlich eine alte Strategie der Öffentlichkeitsarbeit, Chaos vorherzusagen, wo der Gegenbeweis noch nicht angetreten werden kann; denn wir fangen mit der Arbeit ja erst an.

Das ist für mich schlicht verantwortungslos. Ich muss Ihnen das klar und deutlich sagen. Denn diese Verunsicherung in der Sache, Erwartungshaltungen wecken, mehr Stellen und mehr Geld zu fordern ist für mich mehr oder weniger unverantwortlich. Sie wissen ganz genau, dass das nicht leistbar ist. Trotzdem wird es in einer Art Gutmenschenlinie immer weiter vertreten. Diejenigen, die die Entscheidungen, die natürlich auch nicht immer alle angenehm sind, zu treffen haben, sind dann eben immer die Bösen. Aber ich möchte es damit bewenden lassen.

Ich möchte mich bei allen Mitwirkenden dafür bedanken, dass wir jetzt ein tragfähiges Konzept auf dem Tisch haben. Herr Minister Woidke, ich bitte Sie, das Ihrem Haus zu übermitteln. Die Arbeit geht zwar erst los, aber durch das, was jetzt hier auf dem Tisch liegt, haben wir den Weg und den Termin aufgezeigt und nicht die Umwege genannt. Wir geben dem Handeln Linie, und wir sind auch verpflichtet, die Zweifler in der Sache mitzunehmen, durch eine klare Beschlussfassung zu überzeugen. Denn die eigentliche Arbeit beginnt erst. Dafür brauchen wir auch als Handlungsbasis bzw. Voraussetzung dieses Gesetz.

Die Anhörung hat die große Bandbreite der Meinungen zum Gesetz verdeutlicht. Ich war auch etwas verwundert, unterschiedliche Haltungen der Gewerkschaften wahrnehmen zu müssen. Während sich ver.di durchaus positiv zur Sache geäußert hat, eher positiv eingestellt war und mitwirken will, war die Sichtweise der IG Bau-Agrar-Umwelt in der Ablehnung eine ganz andere. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Frau Wehlan, dann hätten wir auch Sie anhören können. Es wäre der gleiche Inhalt gewesen.

Für mich ist das auch nicht verwunderlich, wenn ich hier jetzt einen „Spiegel“-Bericht vor mir habe, in dem es heißt, der DGB bleibe parteipolitisch strikt unabhängig. Im nächsten Satz steht, es werde aber eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit der Linkspartei geben; sie werde sich mit der Mitbestimmung von Arbeitnehmern in der Wirtschaft befassen. Soweit zum unpolitischen Handeln der Gewerkschaften!

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Jetzt ist mir natürlich klar, dass Sie hier entsprechend gehandelt haben. Es gab auch die Meinung, diese Reform zu verschieben, zeitlich zu strecken. Genau das wurde vom Berufsstand selbst abgelehnt. Es bringt uns hier überhaupt nicht weiter. Es ist der Sache nicht dienlich. Es hält alles im Schwebezustand, wo wir entscheiden müssen. Auch das Erhalten paralleler Altstrukturen ist nicht zielführend. Man muss die Frage stellen: Wer soll es denn bezahlen?

Ganz besonders wertvoll waren die Hinweise zur Änderung im Detail. Wir haben auf diese Bedenken reagiert. Der vorliegende Gesetzentwurf wurde diesbezüglich in einigen Punkten geändert, sodass diese Vorwürfe, die man uns hier gemacht hat oder die eventuell abzuleiten waren, sicherlich nicht mehr zutreffend sind.

Für mich war die Erfahrung aus Nordrhein-Westfalen ganz wichtig, die eine derartige Organisationsform schon haben und die diesen Weg bereits beschreiten. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn in einem großen Bundesland mit fast der gleichen Menge Wald - 900 000 ha - die gesamte Waldbewirtschaftung, Hoheit und Bewirtschaftung, mit 1,1 Personen pro 100 ha erfolgreich realisiert wird, dass wir in Brandenburg das mit 1,36 Personen nicht schaffen sollen. Das muss man einmal durchdenken. Aus meiner Erfahrung auch als privater Forstwirt weiß ich, wie viel Arbeit und Aufwand nötig sind, um 1 000 ha Wald zu bewirtschaften. Mit dieser Personenzahl ist das auch zu lösen.

Das zentrale Element, das zu regeln war, ist der Tarifabschluss. Ich gönne allen Betroffenen diesen Abschluss. Das Ergebnis straft alle Zweifler, alle diejenigen, die soziale Ängste an die erste Stelle des Handelns gesetzt haben. Ich muss aber auch klar und deutlich sagen: Wer jetzt noch mehr fordert bzw. unzufrieden ist, sollte es tatsächlich in der privaten Wirtschaft versuchen. Derart privilegierte Vereinbarungen sind dort ein Fremdwort. Noch mehr zu fordern ist realitätsfremd. Wir können mit dieser Regelung sehr zufrieden sein - alle Betroffenen ebenfalls. Es steht der Umsetzung dieses Gesetzentwurfs eigentlich nichts mehr entgegen. Die Schularbeiten im Vorfeld wurden gemacht. Gehen wir deshalb an die Arbeit und begleiten diese im Parlament zumindest noch bis zum Ende der Legislaturperiode. Es sollte uns zur Ehre gereichen, dieses Reformvorhaben in dieser Legislaturperiode zu Ende zu bringen. Ein passender Ausspruch kann das alles begleiten, der da heißt: Wer an einen erfolgreichen Ausgang glaubt, hat größere Chancen als die ewigen Dauernörgler. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält jetzt Minister Dr. Woidke.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist heute schon eine wahrhaft - man kann es sicherlich so nennen - historische Stunde für die Forstverwaltung in Brandenburg.

Erstmals, seit vor mehr als 200 Jahren eine Forstverwaltung in unserer Region die Arbeit aufgenommen hatte, wird die Be-

treuung des Landeswaldes in die Hände eines Forstbetriebes übergehen. Zugleich endet eine über ein Jahrzehnt andauernde Debatte um eine Änderung der Rechtsform der brandenburgischen Forstverwaltung, die vor allem für die betroffenen Forstmänner und -frauen und deren Angehörigen quälend und mitunter unüberschaubar war. Dazu kommt, dass die Brandenburger Landesforstverwaltung seit 1990 wie kein anderer Bereich der Landesverwaltung einer Art Dauerreform, man kann auch sagen: Dauerdiskussion, ausgesetzt war, die allen Beschäftigten in diesem Bereich sehr viel abverlangt hat.

Dennoch bin ich fest davon überzeugt, dass wir mit der Gründung eines Betriebs „Forst Brandenburg“ hier und heute eine richtige und notwendige Entscheidung für die Zukunft auf den Weg bringen. Mit dem neuen Landesbetrieb sichern wir das Erbe von Generationen Brandenburger Förster und stellen zugleich die Weichen dafür, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger auch künftig Nutzen aus dem grünen Reichtum ihres Landes ziehen können.

Bei der Neuaufstellung der Landesforstverwaltung ging es nicht nur darum, Einsparbeschlüsse rationell umzusetzen, Frau Wehlan. Vielmehr wurde leidenschaftlich und gründlich mit allen Betroffenen über alle möglichen Varianten und Ländervergleiche diskutiert. Sie selbst waren in vielen Diskussionen dabei. Bekanntlich sind deutschlandweit bereits viele Bundesländer einen ähnlichen Weg gegangen und haben ihre Forstverwaltungen reformiert, optimiert und umstrukturiert. Die Diskussionen verliefen übrigens in allen Bundesländern ähnlich wie in Brandenburg, nur in keinem Bundesland wurde so lange diskutiert.

Wir befinden uns in guter Gesellschaft. In Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Saarland arbeiten bereits erfolgreich Landesforstbetriebe. Von den Erfolgen des Landesbetriebes in Nordrhein-Westfalen konnten wir uns im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf am 3. Dezember überzeugen. Die große Herausforderung für uns alle hier besteht darin, dass wir erstens trotz des erforderlichen Konsolidierungsbedarfs den Landeswald nachhaltig und kostendeckend zu bewirtschaften haben sowie zweitens die Erfüllung der hoheitlichen und gemeinwohlorientierten Aufgaben der Landesforstverwaltung auch weiterhin in hoher Qualität sicherstellen müssen.

In den bestehenden Strukturen, die für 2 300 Beschäftigte entwickelt wurden, kann diese Aufgabe mit künftig 1 500 Beschäftigten ab 2015 so nicht gelöst werden. Der alternativlose Weg, der zu mehr Zukunftssicherheit für die Beschäftigten führt, ist die Neuorganisation der Landesforstverwaltung mit der Errichtung des Landesbetriebes Forst Brandenburg. Nur so lassen sich die Ziele der Haushaltskonsolidierung erreichen, die nachhaltige Bewirtschaftung des Landeswaldes und wirksameres hoheitliches Handeln gewährleisten, und nur so kann das notwendige Personalmanagement sozial verträglich und ausgewogen erfolgen.

Mit dem höheren Maß an wirtschaftlicher Flexibilität und transparentem betriebswirtschaftlichen Handeln werden die wesentlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, um trotz notwendiger Stelleneinsparungen die Schutz-, die Nutz- und auch die Erholungsfunktion des Brandenburger Waldes weiterhin nachhaltig zu sichern.

Der Landesbetrieb Forst Brandenburg soll zum 1. Januar 2009 mit dem vorgelegten Gesetz zur Neuorganisation der Landes-

forstverwaltung errichtet werden. Die Ämter für Forstwirtschaft und die Landesforstanstalt Eberswalde werden mit diesem Datum Betriebsteile des Landesbetriebes, sodass ein fließender Übergang in die neue Struktur erfolgen kann. Unter anderem deswegen sind wir auch hier im Parlament. Wenn wir diese Organisationsform nicht ändern würden, bräuchten wir keine Beteiligung des Parlamentes für die Gründung eines LHO-Betriebs, Frau Wehlan.

(Zuruf der Abgeordneten Wehlan [DIE LINKE])

Die weiteren Reformschritte werden auch weiterhin mit großer sozialer Verantwortung erfolgen. Herr Helm hat vorhin schon etwas zum Tarifvertrag gesagt. So werden insbesondere die zum Zeitpunkt der Errichtung des Landesbetriebes in der jetzigen Landesforstverwaltung tätigen Beschäftigten mit Ausnahme einiger Mitarbeiter im Ministerium dem Landesbetrieb Forst Brandenburg zugeordnet.

Frau Wehlan, wir haben nicht mehr so viel Zeit, wie Sie es hier suggerieren. Bereits jetzt sind einzelne Aufgabengebiete insbesondere in Oberförstereien nur durch zeitlich begrenzte Abordnungen oder Umsetzungen arbeitsfähig. Diese Probleme in der Fläche haben wir heute. Wir müssen auf diese Probleme reagieren.

Auf Basis der weit vorangeschrittenen geschäftsprozessorientierten Aufgabenkritik mit regionaler Ausrichtung wird im Jahr 2009 die Aufbau- und Ablauforganisation des Landesbetriebes erarbeitet, die dieser zum 1. Januar 2010 einnimmt.

Wenn Sie sagen, der Betrieb sei ab 1. Januar 2009 ohne Führung, darf ich Sie daran erinnern, dass wir Ihnen in der letzten Woche in der Ausschusssitzung den Leiter des Aufbaustabes vorgestellt haben, nicht nur dem Namen nach, sondern er war sogar persönlich anwesend. Sie hätten ihn auch fragen können.

Alle Ämter für Forstwirtschaft und die Landesforstanstalt Eberswalde haben sich mit großem Engagement der Aufgabenkritik gestellt und mitwirkend konzeptionelle Vorschläge zur zweckmäßigen Gestaltung dieses Landesbetriebes Forst Brandenburg erarbeitet. Die Regionalkonzepte bilden eine gute Grundlage für alle weiteren Entscheidungen zur Aufgabenstruktur und zur inneren Organisation des Landesbetriebes. Das muss auch so sein, weil wir in den Regionen unterschiedliche Forststrukturen und unterschiedliche Waldbesitzarten vorfinden.

Hieraus wird deutlich, dass die neuen Strukturen - Frau Wehlan, das wissen Sie auch sehr genau - seit Anfang dieses Jahres in einem sehr intensiven Diskussionsprozess mit den Beschäftigten vor Ort in den Regionen entwickelt worden sind. Darüber hinaus wird es unvermeidbar sein, die Vermittlung von Forstpersonal einschließlich der Waldarbeiter in andere Teile der Landesverwaltung und nach außerhalb der Landesverwaltung zu verstärken. Bereits erzielte Erfolge beim flexiblen Personaleinsatz begrüße ich sehr. Ich möchte mich auch an dieser Stelle bei den Beschäftigten bedanken, die bereit waren, aus einer Tätigkeit in der Forstverwaltung bzw. aus einer Tätigkeit als Waldarbeiter heraus in andere Bereiche zu wechseln, und die die neue Tätigkeit beispielsweise in den Wasser- und Bodenverbänden sehr erfolgreich ausüben. Gerade wenn man mit dem Wald sehr eng verbunden ist, ist es nicht immer leicht, einen Arbeitsplatz dort gegen einen anderen angebotenen Ar-

beitsplatz einzutauschen. Ich möchte den Betroffenen also noch einmal meinen herzlichen Dank aussprechen, weil sie dem Land wirklich geholfen haben.

Der am 9. Dezember paraphierte Tarifvertrag zum Umbau der Landesverwaltung wird uns bei diesem Prozess sehr helfen. Frau Wehlan, ich persönlich bin sehr froh darüber, dass es gelungen ist, diesen Tarifvertrag noch vor dem heutigen Tag zu schließen bzw. zu paraphieren. Die Gremien müssen ja noch zustimmen, was sie sicherlich tun werden. Damit ist Ihrer zum Teil doch sehr demagogischen Art der Diskussion jedenfalls ein Großteil des Wassers abgegraben. Dafür bin ich allen Beteiligten sehr dankbar, insbesondere dem Finanzminister, der gerade nicht hier ist.

Die Beschäftigten verbleiben beim Arbeitgeber Land Brandenburg. Damit bleiben alle bisherigen tariflichen Regelungen bestehen. Es gelten die relevanten Flächentarifverträge und die beamtenrechtlichen Regelungen des Landes unmittelbar weiter. Die Arbeitsverhältnisse einschließlich des jeweils erworbenen tariflichen Besitzstandes gehen mit auf den Landesbetrieb über. Das sind Maßnahmen aus dem Tarifvertrag Umbau der Landesverwaltung, darunter die Förderung von Mitarbeiterqualifizierung. Die Gewährung von Mobilitätsprämien, Einkommenssicherung usw. werden den Prozess zusätzlich voranbringen.

Wir halten an dem bewährten Modell der Einheitsforstverwaltung fest, weil das wegen der Synergieeffekte auch für uns das effizienteste Modell ist.

Aufgrund der Waldbesitzverhältnisse - bekanntlich ist etwa ein Drittel der Waldfläche des Landes in Landeseigentum - wird das Land weiterhin der größte Rohholzanbieter sein. Befürchtungen dahin gehend, dass dies für die Privatwaldbesitzer negativ sei, gab es in der Vergangenheit, wurden auch in der Anhörung geäußert; aber ich denke, dass diese Befürchtungen unbegründet sind. Das Land hat die Holzpreise durch die großen Mengen, die es anbieten kann, eher positiv beeinflusst.

Frau Wehlan, was Ihren Entschließungsantrag „Unveräußerlichkeit des Landeswaldes“ betrifft, so kann ich dazu nur Folgendes sagen: Es ist der Stil der Verunsicherung, den Sie in diesem Bereich weiterhin pflegen wollen. Anders kann ich mir diesen Entschließungsantrag nicht erklären. Sie wollen erneut darauf hinwirken, per Gesetz zu beschließen, dass der Landeswald für, ich glaube, zehn Jahre unveräußerlich ist. In Artikel 40 der Landesverfassung - das habe ich, wenn ich mich richtig erinnere, im Frühsommer dieses Jahres an gleicher Stelle hier schon einmal ausgeführt - steht Folgendes:

„Die Nutzung des Bodens und der Gewässer ist in besonderem Maße den Interessen der Allgemeinheit und künftiger Generationen verpflichtet ... Grund und Boden, der dem Lande gehört, darf nur nach Maßgabe eines Gesetzes veräußert werden.“

Das heißt: Sie brauchen kein Gesetz, um einen Verkauf zu verhindern, sondern Sie brauchen ein Gesetz, um einen Verkauf überhaupt möglich zu machen. Diese Koalition und diese Landesregierung werden einem solchen Gesetz zur Veräußerung von Landeswald nicht zustimmen. Damit ist das Thema für uns erledigt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich hier ein Zitat von Prof. Dr. Ernst Wiebecke vortragen, der von 1923 bis 1924 Rektor der damaligen Forstlichen Hochschule in Eberswalde war. Er hat damals gesagt:

„Man kann Waldbau mit drei ‚J‘ betreiben. Erstens mit ‚Jeduld‘ wie der Kammerherr Kalitsch in Bärenthoren. Zweitens mit ‚Jeld‘ wie Geheimrat August Bier in Sauen. Oder mit ‚Jeist‘ wie wir in Eberswalde.“

Alle drei „J“, meine Damen und Herren, finden Sie in dem Gesetzentwurf wieder. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU - Zuruf von der SPD: Det war jut! - Weiterer Zuruf von der SPD: Das vierte „J“!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält noch einmal Frau Wehlan.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Woidke, wer in der heutigen Debatte ein Demagoge war, können die Betroffenen selbst bewerten. Sie werden mich nicht dazu locken können, auf einen groben Klotz noch einen größeren Keil zu schlagen.

Herr Helm, Sie bringen hier zum Ausdruck, dass die IG BAU im Kampf um die Vertretung ihrer Interessen besonders hervorgetreten sei. Das verwundert mich ein bisschen, weil Sie eigentlich wissen müssten, dass die IG BAU die Angestellten und Waldarbeiter vertritt, die von diesen Forstreformprozessen über Gebühr betroffen sind. Wir haben möglicherweise ganz unterschiedliche Sichten auf die betreffende Anhörung, was bei Koalition einerseits und Opposition andererseits vorkommen soll. Aber der Vertreter von Nordrhein-Westfalen hat auf Ihre Nachfrage hin explizit dargelegt, dass weder die Waldbesitzerstrukturen noch die Waldzusammensetzung vergleichbar sind. Insofern verwundert es mich also ein bisschen, dass Sie hier Zahlen benutzen, die Sie eigentlich selbst schon infrage gestellt haben.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung. Ich habe in meiner Presseerklärung nicht von „Chaos“, sondern von „chaotischen Verhältnissen“ geschrieben. Davon muss ich auch nichts zurücknehmen. Sie brauchen nur einmal nachzuschauen, was bei Wikipedia bei „Chaos“ steht, nämlich „Unordnung“. Um einen ordentlichen Prozess handelt es sich hierbei jedenfalls nicht.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Wir kommen damit zur Abstimmung. Ihnen liegt der Änderungsantrag in der Drucksache 4/7050 vor, eingebracht durch die Fraktion DIE LINKE. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mehrheitlich ist gegen diesen Änderungsantrag gestimmt worden. Er ist somit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Ver-

braucherschutz in der Drucksache 4/6965. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mehrheitlich ist für diese Beschlussempfehlung gestimmt worden. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen und das Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Wir kommen zu der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 4/7051. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mehrheitlich ist gegen diesen Entschließungsantrag gestimmt worden. Er ist somit abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Erstes Gesetz zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes des Landes Brandenburg

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6865

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Verbraucherschutz

Drucksache 4/6966

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Wir kommen somit sofort zur Abstimmung. Ihnen liegt die Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/6966 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig ist dieser Beschlussempfehlung zugestimmt worden. Das Gesetz ist somit in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Sechstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6677

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres

Drucksache 4/7009

Außerdem liegt Ihnen in der Drucksache 4/7008 ein Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vor.

Ich eröffne die Aussprache. Der Abgeordnete Dr. Scharfenberg erhält das Wort.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die 2. Lesung der sechsten Novelle des Polizeigesetzes findet vor dem Hintergrund der Diskussion um das BKA-Gesetz statt, mit dem weitere erhebliche Einschnitte in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger verbunden sind. Wenn Herr Schäuble in Reaktion auf die Ablehnung des Gesetzentwurfs im Bundesrat gesagt hat, dass die Bundesrepublik auch ohne das neue BKA-Gesetz sicher sei, dann möchte ich genau das auch für den vorliegenden Gesetzentwurf feststellen. Das Land Brandenburg braucht keine Handyortung und auch keine automatische Erfassung von Autokennzeichen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können. Bei der Bewertung des vorliegenden Gesetzentwurfs sollte man nicht vergessen, dass es nach Auffassung des federführenden Innenministeriums nicht erforderlich gewesen wäre, eine erneute Befristung - auf jetzt drei Jahre - vorzunehmen. Das Ministerium hätte auch gern die Berichtspflicht gegenüber dem Landtag gestrichen. Damit sollte wie selbstverständlich der Prozess der Ausweitung polizeilicher Eingriffsbefugnisse fortgesetzt werden, der seit Jahren eine Einbahnstraße ist.

Aber allein der Bericht über die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre zeigt in aller Deutlichkeit, dass die neuen Eingriffsmöglichkeiten mit hoher Sensibilität und kritischem Auge zu hinterfragen sind. Das hat sich auch in der Anhörung im Innenausschuss widerspiegelt. Während der Chef des Bayerischen LKA von den großen Möglichkeiten der automatischen Kennzeichenerfassung schwärmte, wies Prof. Arzt von der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin anhand der konkreten Einsatzfälle in Brandenburg nach, dass auch das in Brandenburg stark eingeschränkte Verfahren rechtlich problematisch ist. Prof. Arzt analysierte auf der Grundlage des Berichts der Landesregierung die drei aufgeführten Fälle der Kennzeichenerfassung und kam zu dem Schluss, dass offensichtlich das Vorhandensein einer gegenwärtigen Gefahr als Voraussetzung für die automatische Kennzeichenerfassung nicht so ernst genommen wird. Zudem ergibt sich angesichts der wenigen Anwendungsfälle und der hohen Kosten der notwendigen Technik die Frage, warum eine solche Ermittlung nicht auf konventionelle Weise möglich sein soll, ohne Tausende von Unbeteiligten zu erfassen. Um das Spannungsfeld deutlich zu machen, in dem wir uns hier bewegen, verweise ich auf den Bericht der Landesregierung. Darin heißt es einerseits beruhigend:

„Die durch den Gesetzgeber geschaffenen hohen tatbestandsmäßigen und verfahrensrechtlichen Hürden gewährleisten den effektiven Grundrechtsschutz für die von diesen Maßnahmen Betroffenen.“

An anderer Stelle formuliert die Landesregierung jedoch eher bedauernd:

„Die hohe Eingriffsschwelle der ‚gegenwärtigen Gefahr‘ begrenzt die Zahl der tatsächlichen Einsatzmöglichkeiten der Kennzeichenfahndung erheblich.“

Es könnte also verführerisch sein, in einem nächsten Schritt die großen technischen Möglichkeiten des jetzt gedrosselten Verfahrens besser zur Anwendung zu bringen, indem man die Bremsen löst. Genau das ist unser Problem, denn wie heißt es so schön: Wer A sagt, muss auch B sagen. - Deshalb sind wir für eine klare Kappung dieser neuen Eingriffsbefugnisse, und

das unter der Voraussetzung, dass sie eben nicht mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger bringen.

Ich habe heute in der „Süddeutschen Zeitung“ einen Kommentar von Heribert Prantl gelesen, den ich auch Ihnen zur Lektüre empfehle. Ich zitiere nur einen Teil seiner Ausführungen:

„Dieser Präventionsstaat muss, das liegt in seiner Logik, dem Bürger immer mehr Freiheit nehmen, um ihm dafür vermeintliche Sicherheit zu geben; das trägt den Hang zur Maßlosigkeit in sich, weil es nie genug Sicherheit gibt.“

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die mit diesem Gesetzentwurf verbundene Entscheidung besteht doch darin, ob das Polizeirecht weiter verschärft werden soll oder ob wir erstmalig diesen Prozess stoppen und zugunsten der Wahrung der Bürgerrechte umkehren können.

(Zuruf von Minister Speer)

- Ich dachte, Sie wollen einmal Innenminister werden, Herr Finanzminister. Dann sollten Sie genauer zuhören!

(Heiterkeit und Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Das ablehnende Votum der Vereinigung der sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen zeigt, dass die Bedenken gegen diesen Gesetzentwurf breit gestreut sind und weit über uns hinausgehen. Letztlich ist auch der von der SPD initiierte Entschließungsantrag der Koalition Ausdruck einer kritischen Bewertung. Wir stimmen diesem Entschließungsantrag als Geste guten Willens zu, sind uns allerdings auch darüber im Klaren, dass er dadurch gekennzeichnet ist, dass die SPD so muss, wie sie nicht will, und die CDU nicht so kann, wie sie will. Das ist genau das Problem dieses Entschließungsantrags und Ihrer Koalition.

Ich wünsche mir mehr Konsequenz der SPD, die in anderen Ländern energisch gegen Kennzeichenerfassung und Handyortung auftritt. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie weiter dem Sicherheitsverständnis der CDU folgen wollen, die, so die neueste Nachricht von Herrn Schönbohm, jetzt alle Straftäter gentechnisch erfassen will. Wollen Sie das auch, meine Damen und Herren von der SPD?

Es geht auch anders. Wir sollten darüber reden, ob der vorgesehene Personalabbau bei der Polizei wirklich so realisiert werden muss.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE - Zurufe)

Herrn Petke hätte ich gern gefragt, aber er ist gar nicht hier.

(Petke [CDU]: Hallo!)

- Doch? Gut. - Ich frage Sie, ob Sie außer den üblichen Dampfplaudereien wirklich bereit sind, dem Personalabbau in der Realität entgegenzuwirken. Warum ist es nicht möglich, die Handyortung analog zur Berliner Regelung wirklich auf den Fall zu beschränken, mit dem sie begründet wird, nämlich die Suche nach hilflosen Personen? Dann stellt sich auch noch die Frage, warum das im Polizeigesetz geregelt werden muss.

Da wir schon über Berlin reden: Es wäre auch ein völlig anderes Signal, wenn wir in Brandenburg ernsthaft über die Kennzeichnung von Polizeibeamten reden könnten, wie sie kürzlich vom Berliner Polizeipräsidenten vorgeschlagen wurde. Lassen Sie uns über diesen Vorschlag diskutieren, nicht aber über die mit dem Gesetzentwurf vorgesehene weitere Einschränkung der Grundrechte der Bürger. - Danke schön.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält die Abgeordnete Stark.

Frau Stark (SPD):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir schließen mit der heutigen Debatte eine im Innenausschuss sehr kontrovers geführte Debatte zum Brandenburgischen Polizeigesetz ab. Damit bringen wir ein Gesetz auf den Weg, mit dem der Brandenburger Polizei - weiterhin befristet - neue Eingriffsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere gilt das für die schon genannte anlassbezogene automatische Kennzeichenerfassung und die IMSI-Catcher, die zur Ortung von Handys verwendet werden.

An der Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen - darin sind wir uns hier sicherlich alle einig - darf es keine Abstriche geben. Unsere Polizisten und Polizistinnen müssen mit allen Mitteln ausgestattet sein, die notwendig sind, damit sie ihre Aufgaben auch künftig zuverlässig und verantwortungsbewusst erfüllen können.

Die Ausweitung der Vorfeldkompetenzen der Polizei bringt aber auch weiterhin sehr weit reichende Grundrechtseingriffe mit sich. Vor diesem Hintergrund scheint es uns angemessen zu sein, auf der Grundlage einer gutachterlich abgesicherten Analyse die positiven und negativen Folgen dieser neuen Eingriffsformen gegeneinander abzuwägen. Deshalb haben wir den Entschließungsantrag vorgelegt, in dem wir uns für eine Evaluation durch eine unabhängige wissenschaftliche Begleitforschung aussprechen. Wir wollen, dass begleitend untersucht wird, in welchem Umfang die neuen Befugnisse in der Praxis angewandt werden und in welchem Verhältnis sie zu anderen Methoden und Befugnissen stehen.

Nach den Aussagen der von Ihnen, Herr Dr. Scharfenberg, schon genannten diversen Experten im Innenausschuss ist zu resümieren, dass sowohl der Anwendungszeitraum als auch die Art der Berichterstattung, in der das Innenministerium dem Innenausschuss die Maßnahmen erläutert hat, nicht geeignet bzw. nicht aussagekräftig genug sind, um schon heute abschließend eine dauerhafte Verankerung dieser beiden Eingriffsmöglichkeiten im Brandenburgischen Polizeigesetz zu vollziehen. Der Erprobungszeitraum von zwei Jahren war zu kurz. Deshalb haben wir uns dafür ausgesprochen, ihn um weitere drei Jahre zu verlängern und gutachterlich zu begleiten. Es geht eben um mehr als nur um die Rückmeldung, ob die neuen Instrumente funktionieren. Es geht um die Abwägung der ganz grundsätzlichen Aspekte der Erforderlichkeit, der Geeignetheit und auch der Verhältnismäßigkeit.

Wir sind im Innenausschuss sehr erstaunt angesehen worden von Praktikern, die diese Evaluation grundsätzlich infrage ge-

stellt haben. Wenn man sich aber umschaute, stellt man fest: Auf Bundesebene ist es seit vielen Jahren Standard, dass vom Bundestag verabschiedete Gesetze, die sich auf den sicherheitsrelevanten Bereich beziehen, mit Evaluationsklauseln versehen sind. Ich finde das sehr positiv, weil somit durch eine unabhängige Begutachtung sichergestellt wird, dass die entsprechenden Maßnahmen von den Verantwortlichen mit guten Argumenten begründet werden können.

Aber nicht nur in Bundesgesetzen sind Evaluationsklauseln festgeschrieben. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele aus Brandenburg nennen: Die Evaluationsklauseln in unserem Jugendstrafvollzugsgesetz und im Standarderprobungsgesetz ermöglichen es, den Sinn der jeweiligen Regelungen nachzuvollziehen.

Evaluation hat eine Kontrollfunktion. Es soll geprüft werden, ob die tatsächlichen Gegebenheiten und Entwicklungen den Einschätzungen bzw. Prognosen entsprechen, die der Gesetzgeber seiner Entscheidung über das Gesetz zugrunde gelegt hatte.

Ich glaube, dass wir dem Gesetz mit diesem Entschließungsantrag gemeinsam eine gute Grundlage geben, um das für die nächsten drei Jahre zu vollziehen; denn der Innenausschuss soll an der Untersuchung beteiligt sein und über die Ergebnisse rechtzeitig informiert werden. Wir werden dann auf dieser guten, unabhängigen Grundlage entsprechend entscheiden können, ob wir diese Eingriffsmöglichkeiten dauerhaft ins Gesetz schreiben oder nicht.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche mir, dass Sie dem Entschließungsantrag und dem Gesetzentwurf folgen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Claus.

Claus (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Polizeiliche Eingriffsmaßnahmen dürfen immer nur das letzte Mittel sein und sollten für uns als Gesetzgeber immer auch Maßstab der Normengebung sein.

Die Anhörung im Innenausschuss am 6. November hat gezeigt, dass nach wie vor erhebliche Bedenken gegen die einschlägigen Befugnisse bestehen und auch nicht durch deren Vollzug seit dem 20. Dezember 2006 ausgeräumt werden konnten.

Gerade die Telekommunikationsüberwachung ist ursprünglich als Ultima Ratio der Strafverfolgung in die Strafprozessordnung eingeführt worden. Die Telekommunikationsüberwachung durch die Polizei ist in der Praxis längst nicht mehr das letzte Mittel der Wahl, meine Damen und Herren. Nach dem Bericht des Ministeriums des Innern vom Dezember 2007 zeigt sich an den sechs Überwachungsfällen, dass diese Maßnahme eben nicht restriktiv eingesetzt wird, sondern auch bei Alltagseinsätzen. Drei Fälle waren Ermittlungen des Aufenthaltsortes, die anderen eine Vollstreckung eines Haftbefehls, ein Einsatz im Rockermilieu und eine Ausreiseunterbindung.

Schon die Formulierung des § 33b Abs. 1 Nr. 1, der auf die Abwehr einer sogenannten dringenden Gefahr abstellt, ist sehr schwammig. In der Praxis hatte nämlich das Merkmal „dringend“ als Zeitfaktor keine Bedeutung, sodass die Überwachung mit einer Ausnahme mehrere Tage, in einem Fall sogar einen Monat anhielt.

Überdies birgt die Telekommunikationsüberwachung nach Erfahrungen in der Praxis nach wie vor Bedenken im Hinblick auf die Verletzung des Kernbereichs des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung. Das Bundesverfassungsgericht führt dazu aus, dass dieses Risiko verfassungsrechtlich nur bei einem besonders hohen Rang des gefährdeten Rechtsgutes hinzunehmen ist, und fordert gesetzlich geregelte Vorkehrungen, die sicherstellen, dass Überwachungen mit derartiger Eingriffsintensität nicht gespeichert, sondern unverzüglich gelöscht werden. § 33b Abs. 2 legt zwar fest, dass die Datenerhebung zu unterbrechen ist, wenn der Kernbereichsbezug erkennbar wird. Die Befolgung dieser Vorschrift erfordert jedoch ein ständiges Mithören durch die Polizeibeamten. Das sollte eigentlich nicht sein. Auch das Verwertungsverbot und das Lösungsgebot bei Daten, bei denen sich nach der Auswertung herausgestellt hat, dass die Voraussetzungen für die Erhebung gar nicht vorlagen, jedoch mit der Einschränkung einer Nutzungserlaubnis zur Gefahrenabwehr für die höchsten Rechtsgüter begründet waren, führt dazu, dass Gesprächsinhalte auch dieser Kategorie letztlich gespeichert und genutzt werden können.

Kommen wir zur automatischen Kennzeichenerfassung nach § 36a. Diese Maßnahme zur Identitätsfeststellung von Fahrzeuginsassen im Wagenraum lässt weiteren Raum für Vermutungen; denn ein Täter als Abgleichsergebnis mit einer solchen Datei bedeutet keinesfalls eine belastbare Information, auf die sich erkennbare Eingriffe stützen lassen, meine Damen und Herren. Bedenklich ist auch, dass diese Vorschrift keine eigene Benachrichtigungspflicht hinsichtlich der Betroffenen enthält. Das wurde schon angesprochen. Man kann zwar ein Fahrzeug benutzen, jedoch braucht der Halter selbst nicht damit zu fahren; er wird aber erfasst.

Bei Anwendung der §§ 29 bzw. 36 finden sich wiederum nur schwammige Formulierungen, nach denen eine Unterrichtung unterbleiben kann - das muss nicht sein -, sodass die Regelung bereits unter dem Aspekt des Anspruchs der Betroffenen auf rechtliches Gehör als verfassungsrechtlich problematisch einzustufen ist.

Wir haben diese Bedenken bereits im Gesetzgebungsverfahren geäußert und auf Löschung dieser Formulierung gedrängt. Mit unserem Änderungsantrag, den wir heute vorlegen, verlangen wir diese Konsequenz auch heute zu Recht.

Im Hinblick auf die nach wie vor bestehenden verfassungsrechtlichen Bedenken, meine Damen und Herren, bleibt jedenfalls aus Sicht unserer Fraktion für eine Verlängerung der §§ 33b Abs. 3 und 36a kein Raum. Deswegen können wir dem sechsten Änderungsantrag nicht zustimmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Petke.

Petke (CDU):*

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Scharfenberg, wie konnten Sie auf die Idee kommen, dass ich Ihre Rede verpasse?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

Nicht, dass ich erwartet hätte, dass nun unbedingt neue Argumente von Ihnen vorgetragen werden! An der Stelle sei mir erlaubt zu sagen: Warum beschleicht mich - das geht, glaube ich, nicht nur mir allein so - immer, wenn Sie, wenn die Linke von Bürgerrechten, von Datenschutz redet, so ein Gefühl: Ist denn das ehrlich gemeint? - Aber das müssen Sie mit sich selbst ausmachen. Ich dachte eigentlich, nach Plossin sind Sie ein wenig entspannter und sehen die Dinge nach der Listenaufstellung bei der Linkspartei ein Stück weit gelassener. Aber ich habe mich natürlich getäuscht, Sie sind sich treu geblieben. Ich will gar nicht so sehr zum Polizeigesetz sprechen; denn das haben wir ja im Innenausschuss und hier diskutiert. Ich will mit den falschen Dingen aufräumen, die Sie hier gesagt haben. Ich beginne mit dem BKA-Gesetz.

Das BKA-Gesetz ist durch das Bundeskabinett, durch Frau Merkel, Herrn Steinmeier, Herrn Schäuble, die Bundesjustizministerin, nicht deswegen auf den Weg gebracht worden, weil die Bundesregierung oder die Mehrheit im Deutschen Bundestag die Menschen ausspionieren will, sondern weil es eine tatsächliche terroristische Bedrohung der Menschen in diesem Land gibt. Diese Bedrohung ist real. Kollege Baaske hat auch darauf hingewiesen, dass Sie die Zeitung lesen können. Da sind in unserem Land Menschen zu langjährigen Haftstrafen, die das Gesetz in Deutschland maximal hergibt, verurteilt worden, weil sie versucht haben, Kofferbomben in einem Regionalexpress zu zünden. Aus diesem Grund haben der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung das BKA-Gesetz auf den Weg gebracht, und es ist notwendig.

Zum Zweiten zum Polizeigesetz: Sie behaupten hier, da werde jetzt eine neue Stufe der Eskalation von neuen polizeilichen Maßnahmen geschaffen. Das ist falsch. Die hier in Rede stehenden Maßnahmen zur Kennzeichenfahndung oder Handyortung gibt es in Brandenburg bereits seit zwei Jahren.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Eben!)

Diese Maßnahmen werden erfolgreich angewendet. Was hinzukommt und was von der Linken gerne verschwiegen wird - da kennen Sie sich aus -, ist die Tatsache, dass mindestens eine Maßnahme, nämlich die automatische Kennzeichenfahndung, in Karlsruhe nicht nur Bestand hatte, sondern vor allen Dingen vom Bundesverfassungsgericht sogar gelobt wurde, weil es eine gesetzliche Norm ist, bei der sich Regierung und Gesetzgeber ausdrücklich an das Grundgesetz gehalten haben. Andere sind ja hintenuntergefallen. Die brandenburgische Regelung ist ausdrücklich vom Bundesverfassungsgericht als eine Möglichkeit der gesetzlichen Grundlage für die Kennzeichenerfassung benannt worden, an der sich andere Gesetzgeber orientieren können. Wir haben durchweg positive Erfahrungen gemacht.

An der Stelle möchte ich auch mit der Behauptung aufräumen, der Entschließungsantrag sei eine Idee der SPD-Fraktion. Es ist eine gemeinsame Idee der Koalition.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE und der DVU)

- Sie können an beiden Enden des Parlaments gern zynisch lachen. Das bringt es so mit sich, wenn man so lange in der Opposition ist. Seien Sie versichert - auch wenn Sie es mir wahrscheinlich nicht glauben -, in beiden Fraktionen macht man sich Gedanken darüber, wie man die Bürgerrechte und die innere Sicherheit, wie man Sicherheit und Freiheit unter einen Hut bringt.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Petke (CDU):*

Gern.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Petke, ich bin erstaunt über Ihre seherischen Fähigkeiten. Wie können Sie aus drei Fällen automatischer Kennzeichenerfassung und aus sechs Fällen der Handyortung Erfahrungen ableiten? Es ist ja die Grundlage Ihres Entschließungsantrags, dass es diese Erfahrungen eben noch nicht gibt. Können Sie mir diese Frage bitte beantworten?

Petke (CDU):*

Herr Kollege Scharfenberg, durch die Handyortung konnte Menschen in Brandenburg geholfen werden. Wir hören ja genau zu. Selbst Sie haben gesagt, es sei eine sinnvolle Sache, nur: Müsse man sie denn unbedingt im Polizeigesetz regeln? - Ich merke, da ist ein Stückchen Vernunft auf Ihrer Seite, ein Stückchen Anerkenntnis, dass man mit der Handyortung Menschen Gutes tun kann, dass man in Not geratenen Menschen ärztliche Hilfe zuteil werden lassen und Leben retten kann.

Was ich konkret gemeint habe, ist: Das Bundesverfassungsgericht hat unser Gesetz geprüft und für gut befunden. Die Richter haben nicht nur gesagt, dass es mit dem Grundgesetz vereinbar sei - wir haben über dieses Thema im Plenum diskutiert -, sondern sie haben auch gesagt, es sei eine sehr gute Norm. An der Stelle kann man durchaus stolz darauf sein, dass wir es geschafft haben, Freiheit und Sicherheit gesetzgeberisch so gut unter einen Hut zu bekommen. In der Koalition werden diese Fragen zu Recht diskutiert. Wenn Sie Jörg Schönbohm vorwerfen, er wolle den genetischen Fingerabdruck mit dem herkömmlichen Fingerabdruck gleichstellen, dann bleibt es lediglich bei dem Vorwurf. In der Sache haben Sie ja nichts beizutragen.

Wie steht es denn eigentlich mit dem Datenmissbrauch in Deutschland? Wenn man den Verlautbarungen der Presse folgt, ist es nicht der Staat, sondern die Privatwirtschaft. Es verschwinden Daten auf der Autobahn, es werden CDs mit Millionen von Daten gehandelt - Urheber ist nicht das Land Brandenburg, nicht die Polizei, sondern der private Bereich. Ich glaube, an der Stelle in eine Diskussion einzutreten, wie sie der Innenminister angeregt hat, ist sinnvoll; denn wir wissen ebenso wie Sie, dass der genetische Fingerabdruck eine Riesenerfolgsgeschichte im Bereich innere Sicherheit ist.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Petke, lassen Sie noch eine Zwischenfrage zu? Es wäre die letzte. Ihre Redezeit ist nämlich fast schon überschritten.

Petke (CDU):*

Danke für das Verständnis, Frau Präsidentin. Aber die Antwort darf ich doch noch geben, oder?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Natürlich.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Petke, Sie haben richtigerweise gesagt, dass das Problem des Datenmissbrauchs im privaten Bereich liegt. Warum sind Sie dann gegen die Zusammenlegung der Datenschutzaufsicht? Das erstaunt mich.

Petke (CDU):*

Kollege Scharfenberg, ich habe gesagt, dass die Verstöße im privaten Bereich stattfinden. Wir haben kein Aufsichtsproblem. Die meisten Verstöße, die die Menschen in Deutschland betreffen, finden - anders, als Sie es hier im Landtag und anderswo immer wieder predigen - nicht im staatlichen Bereich - da haben wir ein sehr gutes Controlling und klare Gesetze -, sondern im privaten Bereich statt. Das ist so. Mir ist nicht bekannt, dass Brandenburg oder andere Länder ein Aufsichtsproblem hätten. Das wollen Sie herbeireden.

Ich komme zum Schluss. Die Verabschiedung des Polizeigesetzes ist ein sehr gutes Signal. Brandenburg ist ein sicheres Land. Wir werden seiner Polizei mit dem Polizeigesetz weiter die Möglichkeit geben, für die Sicherheit der Menschen in Brandenburg zu sorgen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält Minister Schönbohm.

Minister des Innern Schönbohm:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte mitunter den Eindruck, wir reden heute zum ersten Mal über dieses Gesetz. Das trifft nicht zu.

Die Sachverhalte sind bekannt. Wenn sich der Vermittlungsausschuss auf Bundesebene heute auf das BKA-Gesetz verständigt hat, so zeigt das, dass man manchmal lange und intensiv um ein Ergebnis ringen muss.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das macht das Gesetz nicht besser!)

Wir hatten eine Anhörung im Innenausschuss. Allen Kollegen, die sich für das Thema wirklich interessieren, empfehle ich nachzulesen, was dort gesagt wurde. Es waren fünf Fachleute eingeladen, zwei haben sich kritisch, drei haben sich positiv geäußert, darunter auch der Universitätsprofessor Dr. Dr. Batis. Sie haben einen Vertreter der Fachhochschule Berlin zitiert, ein anderer Vertreter einer Fachhochschule hat sich ebenfalls zustimmend geäußert. Wenn Sie das Protokoll lesen, werden Sie feststellen, dass die Stellungnahmen überwiegend positiv ausfielen. Die Berichterstattung hört sich an, als seien nur ne-

gative Äußerungen gefallen. Da scheinen merkwürdige Kräfte zu wirken, die diesen Eindruck erwecken wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

- Es gibt Protokolle, Herr Vorsitzender, darin können Sie das nachlesen. Wir haben dieses Thema gemeinsam erörtert.

Zu dem von Ihnen angesprochenen Beschlussantrag: Ich mache keinen Hehl aus meiner Auffassung. Ich glaube, es ist entbehrlich.

Ich möchte Ihnen ein sehr persönliches Wort sagen: Bundesinnenminister Schäuble und ich waren heute Nachmittag mit 340 Polizeibeamten aller Bundesländer und des Bundes, die von Auslandseinsätzen zurückgekehrt sind, zusammen. Schauen Sie sich an, wo überall unsere Polizeibeamten in der Welt eingesetzt werden! Man überträgt ihnen eine Verantwortung, die weit über ihre Verantwortung hierzulande hinausgeht; die Bedingungen sind weit schwieriger. Wir erwarten von ihnen, dass sie dieser Verantwortung gerecht werden. Warum also sollte man so leichtfertig davon ausgehen, dass Beamte, die einen Eid auf unsere Verfassung geleistet haben, diese Verantwortung nicht tragen können?

Meine Bitte an alle - das meine ich sehr ernsthaft -: Wenn Sie den Beschlussantrag zur Evaluierung stellen, dann lässt sich eine Begründung aus dem genannten Spannungsverhältnis durchaus herleiten. Aber die Begründung darf nicht Ausdruck dessen sein, dass Sie den Polizeibeamten bezüglich ihres rechtsstaatskonformen Verhaltens misstrauen. Dafür besteht überhaupt kein Anlass. Wenn wir uns auf diese Basis verständigen, können wir zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen.

Es wird immer wieder gesagt, es gehe möglicherweise auch um den Eingriff in die Grundrechte unbescholtener Bürger. Nein! Die Polizei soll Gefahren abwenden. Wir reden immer über Prävention. Hier können wir vorbeugend tätig werden. Im Bericht sind Beispiele genannt, warum wir die Fahrzeugerkennung für positiv erachtet haben: Wir konnten Straftaten abwehren. Das ist doch positiv. Warum soll denn immer erst jemand Gewalt anwenden, damit wir dann am Ende feststellen können: Das waren ja die, die wir gesucht haben?

Wir sind zu einem Ergebnis gekommen, dem Sie guten Herzens und voller Überzeugung zustimmen können. Wenn Sie sich - wie vorgesehen - dazu entschließen, den Beschlussantrag zu stellen, so sehe ich dem mit großer Gelassenheit entgegen. Ich werde in drei Jahren aus der Fachpresse und aus den Protokollen erfahren, was tatsächlich gesagt wurde. Ich glaube, das Ergebnis wird sein: Wir haben uns mit der modernen Technik auf neue Herausforderungen eingestellt. Das ist unsere Aufgabe. Darauf haben wir unseren Eid geleistet, und dazu sind wir verpflichtet. Ich bitte Sie um Zustimmung, wenn es sein muss, mit dem Evaluationsauftrag. - Danke.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Ich beende die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung. Ihnen liegt der Änderungsantrag in der Drucksache 4/7036 - eingebracht von der DVU-Fraktion - vor. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möch-

te, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen den Änderungsantrag? - Wer enthält sich? - Mit großer Mehrheit ist gegen den Änderungsantrag gestimmt worden; er ist somit abgelehnt.

Ihnen liegt - zweitens - die Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/7009 vor. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Mehrheitlich ist dieser Beschlussempfehlung zugestimmt worden. Das Gesetz ist damit in 2. Lesung verabschiedet.

Drittens liegt Ihnen der Entschließungsantrag in der Drucksache 4/7008 - eingebracht von den Fraktionen der SPD und der CDU - vor. Wer dem Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Mehrheitlich ist für diesen Entschließungsantrag gestimmt worden; er ist somit angenommen worden.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [SPD])

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gesetz zu dem Dritten Staatsvertrag vom 28. November 2008 zur Änderung des Staatsvertrages über den Ostdeutschen Sparkassenverband

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6997

1. Lesung

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Wir kommen damit sofort zur Abstimmung.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuss federführend und an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig ist für die Überweisung gestimmt.

Ich kann damit den Tagesordnungspunkt 8 schließen und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Bundesratsinitiative zur Senkung der Umsatzsteuer

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/6981

Ich eröffne die Aussprache und Frau Hesselbarth erhält das Wort.

Frau Hesselbarth (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, die Umsatzsteuer muss gesenkt werden. Gemäß den Regeln für ein gutes Konjunkturpaket bedeutet das: Erstens ist diese Maßnahme schnell wirksam, zweitens wird viel Umsatz ausgelöst und drittens entsteht ein Handlungszwang für die Verbraucher aufgrund der

eingeleiteten Maßnahme. - Wir erinnern uns: Als die Umsatzsteuererhöhung von 16 % auf 19 % angekündigt war, kauften viele noch schnell zum günstigen Preis ein. Wird nun die Umsatzsteuer von 19 % auf 14 % gesenkt, wird damit automatisch erreicht, dass viele Ausgaben vorgezogen werden und die einsetzende Rezession aufgehalten oder zumindest verlangsamt wird.

Wir alle wissen, dass sich die Wirtschaft in Brandenburg wie in ganz Deutschland derzeit nach Aussagen aller Experten in der schlimmsten Krise seit 1929 befindet. Aufgrund der durch die internationale Finanzkrise bewirkten Deflation kam und kommt es zu massiven Nachfragerückgängen, die sich derzeit besonders im Bereich der Investitionsgüterproduktion niederschlagen.

Im Bereich der Automobilindustrie, Stahlindustrie, Chemieindustrie und vielen weiteren Bereichen der wichtigsten deutschen Industriezweige kommt es bereits jetzt zu massiven Produktionsausfällen und Kurzarbeit. Für 2009 wird mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Deutschland um 700 000 gerechnet. Wie stark die Krise derzeit in Brandenburg bereits ist, sehen wir an den alarmierenden Meldungen über Produktionseinschränkungen bis hin zum Produktionsstillstand, Kurzarbeit und angekündigten Entlassungen unter anderem an den Standorten Eisenhüttenstadt, Hennigsdorf, Schwarze Pumpe usw.

Aber auch im Bereich der Konsumgüterindustrie ist die Krise längst angekommen. So klagte der Brandenburger Einzelhandel im Süden und Osten unseres Landes über zum Teil zweistellige Einbußen im Weihnachtsgeschäft dieses Jahres. Dieser gefährlichen Entwicklung mit drohender Massenarbeitslosigkeit und einem neuen Insolvenzrekord im Bereich unserer mittelständischen Wirtschaft muss gegengesteuert werden.

Das von der Bundesregierung geplante Konjunkturpaket und die von der Landesregierung in Aussicht gestellten flankierenden Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um den bereits entstandenen und den zu befürchtenden massiven Nachfragerückgang auszugleichen. So fordert auch die EU-Kommission eine Umsatzsteuersenkung zur Konjunkturbelebung. Machen wir es doch einigen unserer wichtigsten europäischen Nachbarländer nach:

Die britische Regierung will die strauchelnde Wirtschaft mit einer Senkung der Umsatzsteuer ankurbeln. Beschlossen wurde eine Senkung von 17,5 % auf 15 %. Insgesamt unterstützt die britische Regierung die dortige Wirtschaft mit etwa 15 bis 20 Milliarden Pfund, davon allein 12,5 Milliarden Pfund zur Senkung der Umsatzsteuer. Italien erwägt ebenfalls eine Umsatzsteuersenkung. In Russland schließlich soll laut Beschluss der Regierung Putin die Umsatzsteuer von 18 % auf nur noch 10 % im Jahre 2010 abgesenkt werden.

Meine Damen und Herren, da eine Wirtschaftsflaute sich bekanntlich selbst verstärkt, wäre diese durch Absenkung der Umsatzsteuer damit schon deutlich abgemildert. Als nächste Schritte müssten langfristige Maßnahmen getroffen werden, insbesondere durch groß angelegte staatliche Konjunkturprogramme. Doch die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel steht handlungsunfähig vor der Krise, die auf uns alle zukommt. Die von ihr geplanten Maßnahmen werden konjunkturpolitisch entweder verpuffen, wie die geplante Kfz-Steuer-Senkung, oder sich nur langfristig auswirken wie die an sich begrüßenswerten neuen Abschreibungsregelungen oder das geplante Mittel-

standsprogramm. Doch bis dahin ist die Wirtschaft nach allen Aussagen bereits in einem Depressionsloch. Um es dazu nicht kommen zu lassen und die Nachfrage kurzfristig anzukurbeln, auch und gerade im Hinblick auf den Warenaustausch mit unseren europäischen Nachbarländern, ist eine Umsatzsteuersenkung dringend erforderlich. - Ich bedanke mich vorerst.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Herr Dr. Niekisch spricht für die Fraktion der SPD und der CDU.

Dr. Niekisch (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete von der DVU-Fraktion, das, was Sie hier vorlegen, ist nicht nur abenteuerlich. Die Umsatzsteuer in Deutschland um mehr als ein Viertel, von 19 % auf 14 % zu senken, ist nicht nur für die Volkswirtschaft schädlich und tödlich, sondern für alle Bundesländer und den Bundeshaushalt. Wenn man sein Land, seine Nation liebt, sollte man ihr Medizin und nicht Gift verschreiben. Das, was Sie uns hier verschreiben wollen, ist Gift. Deswegen muss das dringend abgelehnt werden.

Es gibt überhaupt eine ganze Menge von radikalen, unverantwortlichen Dingen, die Sie sagen. Ihre Fraktionsvorsitzende hat heute in der Debatte zur Regierungserklärung behauptet, in Brandenburg treibe man nicht nur willentlich, sondern sogar wissentlich den Mittelstand oder Teile des Mittelstandes in den Ruin. - Wie wollen Sie das denn rechtfertigen?

Ich komme nun zum Kern Ihres Problems und Ihrer Sichtweise. In der Begründung schreiben Sie einen Satz:

„Die Wirtschaft in Brandenburg wie in ganz Deutschland befindet sich nach Aussagen aller Experten in der schlimmsten Krise seit 1929.“

Das müssen sie erst einmal belegen. Ich kenne pessimistische und kritische Aussagen, die meinen, dass wir, wenn wir nicht entsprechend handeln, in einer starken Krise oder vielleicht in der stärksten Krise seit 1949, seit der Gründung der Bundesrepublik, sein könnten. Aber in der größten Krise seit 1929? Ich möchte Sie bitten, in Ihr Geschichtsbild aufzunehmen, dass es in den 30er und 40er Jahren viel stärkere Krisen und fürchterliche, unvergleichbare Katastrophen gegeben hat. Die übersehen Sie einfach. Die sollten Sie mit einbeziehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Diese Mischung aus Schwarzseherei, Geschichtsklitterung und einseitigem Populismus muss deutlich zurückgewiesen werden. Populismus ist ein ganz großes Übel der europäischen Politik und auch von Ihnen und meistens eine Vorstufe für radikale und extreme Politik.

Kein Landeshaushalt in Deutschland und auch kein Bundeshaushalt könnte diese Senkung verkraften. Das würde die Handlungsfähigkeit und die Flexibilität des Staates und der Staaten in der Krise völlig ad absurdum führen und nicht zu der Frei-

heit für Verbraucher und Unternehmer, zu konsumieren, zu verbrauchen und zu investieren. Deswegen ist es Gift für Deutschland. Wer so etwas will, meint es nicht gut mit unserer Nation. Deswegen lehnen wir das ab.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Herr Christoffers hat signalisiert, dass er verzichtet. Die Landesregierung verzichtet ebenfalls. Frau Hesselbarth, Sie sind wieder an der Reihe.

Frau Hesselbarth (DVU):

Deutschland in der Liquiditätsfalle, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren. Wir erleben eine Situation, in der die gewöhnlichen Rezepte der Wirtschaftspolitik nicht mehr funktionieren, Herr Niekisch. Die Geldpolitik ist weitgehend wirkungslos. Dafür ist die Fiskalpolitik weitaus wirksamer als in normalen Zeiten. Um eine Depression zu verhindern, müssen daher die Steuern, insbesondere die Umsatzsteuer, deutlich gesenkt werden.

Nach den Kommentaren der Bundeskanzlerin und ihres Finanzministers sollte man sich am Ende dieses Monats nicht ein frohes neues Jahr wünschen, sondern eine frohe Depression. Die Bundesregierung ist offensichtlich nicht bereit, für den Fall einer Liquiditätsfalle vorzubeugen. Stattdessen will sie abwarten, bis man tatsächlich dort hineintappt. Daran ändert auch ihr sogenanntes Konjunkturpaket nichts, ebenso wenig wie das von Ihnen angekündigte Programm, Herr Wirtschaftsminister Junghanns.

(Beifall bei der DVU-Fraktion)

Wir als DVU-Fraktion wollen wirklich etwas tun, damit dieses Land und seine Bürgerinnen und Bürger die Krise überstehen. Dazu muss es einen gewaltigen Nachfrageschub geben, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, und das ist kein Populismus, Herr Dr. Niekisch.

Ich beschreibe die Effekte einer Senkung der Umsatzsteuer in nüchternen Worten: Da es sich bei einer Umsatzsteuersenkung um 5 Prozentpunkte mikroökonomisch nicht um mächtige Beträge handelt, die man unter anderem in Form von Wertpapieren anlegen könnte, ist davon auszugehen, dass diese Beträge sofort wieder in den Konsum fließen. Durch diesen Konsum wird erneut Umsatzsteuer generiert. Natürlich müsste der Staat zunächst einmal für einige Monate auf erhebliche Steuereinnahmen verzichten, jedoch würden diese anschließend durch deutlich mehr Konsum und eine damit einhergehende Umsatzsteuer mehr als ausgeglichen. Dieser Auffassung sind im Übrigen auch führende Wirtschaftsexperten.

(Bischoff [SPD]: Da können Sie einen Weihnachtsbrief schreiben!)

Unter anderem spricht sich das Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung, Peter Bofinger, in deutlicher Weise für eine Umsatzsteuersenkung aus, um den Konsum im Inland anzukurbeln. Gegenüber dem „Handelsblatt“ äußerte sich Herr Bofinger wie folgt:

„Eine Steuerentlastung wäre als kurzfristige Maßnahme sinnvoll. Das wäre eine Maßnahme mit großer Breitenwirkung und wenig Versickerungseffekten. Die Maßnahme wirkt direkt und schnell auf die Konsumnachfrage ... Das Falscheste, was man jetzt machen könnte, wäre der Versuch, der durch die Rezession ansteigenden Neuverschuldung mit Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen entgegenzuwirken. Damit würde wie Anfang der 30er Jahre die Gefahr einer Deflation heraufbeschworen.“

Auch der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat sich für eine Senkung der Umsatzsteuer als ein Modell der Nachfragersteigerung ausgesprochen. In einer „Phoenix“-Sendung erklärte er Folgendes:

„Es muss einen Schub geben. Ich finde ganz intelligent, was die Engländer gemacht haben: die Mehrwertsteuer zu senken. Also nicht so eine allgemeine Steuersenkung. Wir brauchen jetzt Nachfrage, und zwar nicht nach Finanzprodukten, sondern nach realen Produkten.“

Ähnlich äußerte sich auch der stellvertretende FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle.

Demnach befinden wir uns mit unserem Antrag in guter Gesellschaft. Mit unserem Antrag können den Reden Taten folgen.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Damit ist die Aussprache beendet. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der DVU beantragt die Überweisung des Antrags, der Ihnen in der Drucksache 4/6981 vorliegt, federführend an den Ausschuss für Wirtschaft sowie an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dieser Überweisung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Wer stimmt gegen diese Überweisung? - Gibt es Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist gegen diese Überweisung gestimmt.

Für den Fall der Ablehnung des Überweisungsantrags beantragt die Fraktion der DVU, über den Antrag der Sache abzustimmen. Aus diesem Grund stelle ich ihn zur Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diesen Antrag? - Wer enthält sich? - Mit großer Mehrheit ist gegen diesen Antrag gestimmt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich schließe die Tagesordnung und die heutige Landtagssitzung. Ich erinnere daran, dass um 19.30 Uhr im Krongut Bornstedt ein Parlamentarischer Abend der „Lausitzer Rundschau“ stattfindet. Die morgige Sitzung beginnt, wie gewohnt, um 10 Uhr.

Ende der Sitzung: 19.13 Uhr

Anlagen**Gefasster Beschluss****Zum TOP 7:****Sechstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 77. Sitzung am 17. Dezember 2008 folgende Entschließung angenommen:

„Evaluation durch eine unabhängige wissenschaftliche Begleitforschung

Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag eine Evaluation der praktischen Anwendung der §§ 33b Abs. 3, Abs. 6 Satz 2 und 36a des Brandenburgischen Polizeigesetzes vorzulegen. Die Evaluation soll unter Hinzuziehung eines wissenschaftlichen Sachverständigen, der im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Inneres bestellt wird, gefertigt werden und dem Landtag so rechtzeitig vorgelegt werden, dass dem Gesetzgeber bis zum Fristablauf am 31. Dezember 2011 noch hinreichend Zeit verbleibt, Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die wissenschaftliche Untersuchung soll die Erhebungspraxis, den Nutzen der gewonnenen Daten für die polizeiliche Arbeit sowie die Effektivität und Effizienz der entdeckten Datenerhebung, auch in Kombination mit anderen Befugnissen, auswerten; dabei ist unter anderem auf Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Anzahl der Betroffenen und auf die Wirkung der Befugnisse einzugehen. Darüber hinaus sollen rechtliche und praktische Anwendungsprobleme erforscht sowie eventuell Verbesserungsvorschläge unterbreitet werden.

Die begleitende Evaluierung erfolgt in enger Kooperation zwischen dem Sachverständigen und dem Ministerium des Innern.“

Gefasster Beschluss zur 75. Sitzung am 19. November 2008**Zum TOP 13:****14. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht für die Jahre 2006 und 2007 nach § 27 Satz 1 Brandenburgisches Datenschutzgesetz**in Verbindung damit:**Stellungnahme der Landesregierung zum 14. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht für die Jahre 2006 und 2007 nach § 27 Satz 2 1. Halbsatz Brandenburgisches Datenschutzgesetz**

und

14. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörde an den Landtag des Landes Brandenburg für die Jahre 2006 und 2007 nach § 27 Satz 2 2. Halbsatz Brandenburgisches Datenschutzgesetz

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 75. Sitzung am 19. November 2008 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag nimmt den 14. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht und den 14. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörde für die Jahre 2006 und 2007 zur Kenntnis.

Der Landtag teilt die in dem Bericht formulierte Auffassung der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, dass die Bedeutung des Datenschutzes und der Informationsfreiheit in den vergangenen Jahren gewachsen ist. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht innerhalb von sechs Monaten die IT-Sicherheitskonzepte beim Verfassungsschutz und für das Projekt ‚Neues Finanzmanagement‘ sowie zeitnah die Sicherheitskonzepte der Landesministerien vorzulegen. Des Weiteren fordert der Landtag die Landesregierung auf, ein Ausführungsgesetz zur Regelung des Datenschutzaudits nach § 11 c Brandenburgisches Datenschutzgesetz vorzubereiten.

Der Landtag empfiehlt der Landesregierung, im Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz zu regeln, dass die Verwaltung zur Erfüllung des Anspruchs auf Akteneinsicht neben der Gewährung der Einsicht in die Originaldokumente verpflichtet ist, auf Verlangen des Antragstellers Vervielfältigungen zur Verfügung zu stellen.“